



Putin bringt zehn Jahre Stagnation

Analyse. Die hohen Rohstoffpreise bescheren Russland Unmengen an Geld. Doch Putin kann sie nicht mehr nutzen, ohne seine Macht zu gefährden. Mit dramatischen Folgen - der Abstand zur Weltwirtschaft wächst.

VON EDUARD STEINER

Moskau/Wien. Unter den großen Glücksrittern der Geschichte nimmt Wladimir Putin, der in der Vorwoche die Welt wieder zu einem pompösen Wirtschaftsforum nach St. Petersburg geladen hat, bei Weitem nicht den letzten Platz ein. Gerade was die Zeit seines Aufstiegs als Kreml-Chef in den Nullerjahren betrifft, lief alles fast wie am Schnürchen. Im Zuge des damaligen Rohstoffbooms kletterte allein der Preis für Öl, Russlands wichtigstes Exportgut, von unter 20 Dollar je Fass (159 Liter) auf das Allzeithoch von 147 Dollar im Jahr 2008. Bei Gas, dem zweitwichtigsten Exportprodukt, eine ähnliche Dynamik. Das Land schwamm in Geld, die Wirtschaftsleistung, mitangekurbelt durch einen anfänglich reformfreundigen Putin, explodierte. Der Rohstoffstaat war zurück im Spiel der Starken.

Fast eineinhalb Jahrzehnte später eilen die Rohstoffpreise schon wieder von einem Hoch zum nächsten, nachdem sie zu Beginn der Coronakrise abgesackt waren. Bei Kupfer etwa wurde neulich ein Allzeithoch markiert. Bei Palladium ebenso. Bei Stahl ging vor der Korrektur im Mai monatelang die Post ab. Bei Aluminium reicht der Preis nah an den Höchststand von 2008 heran.

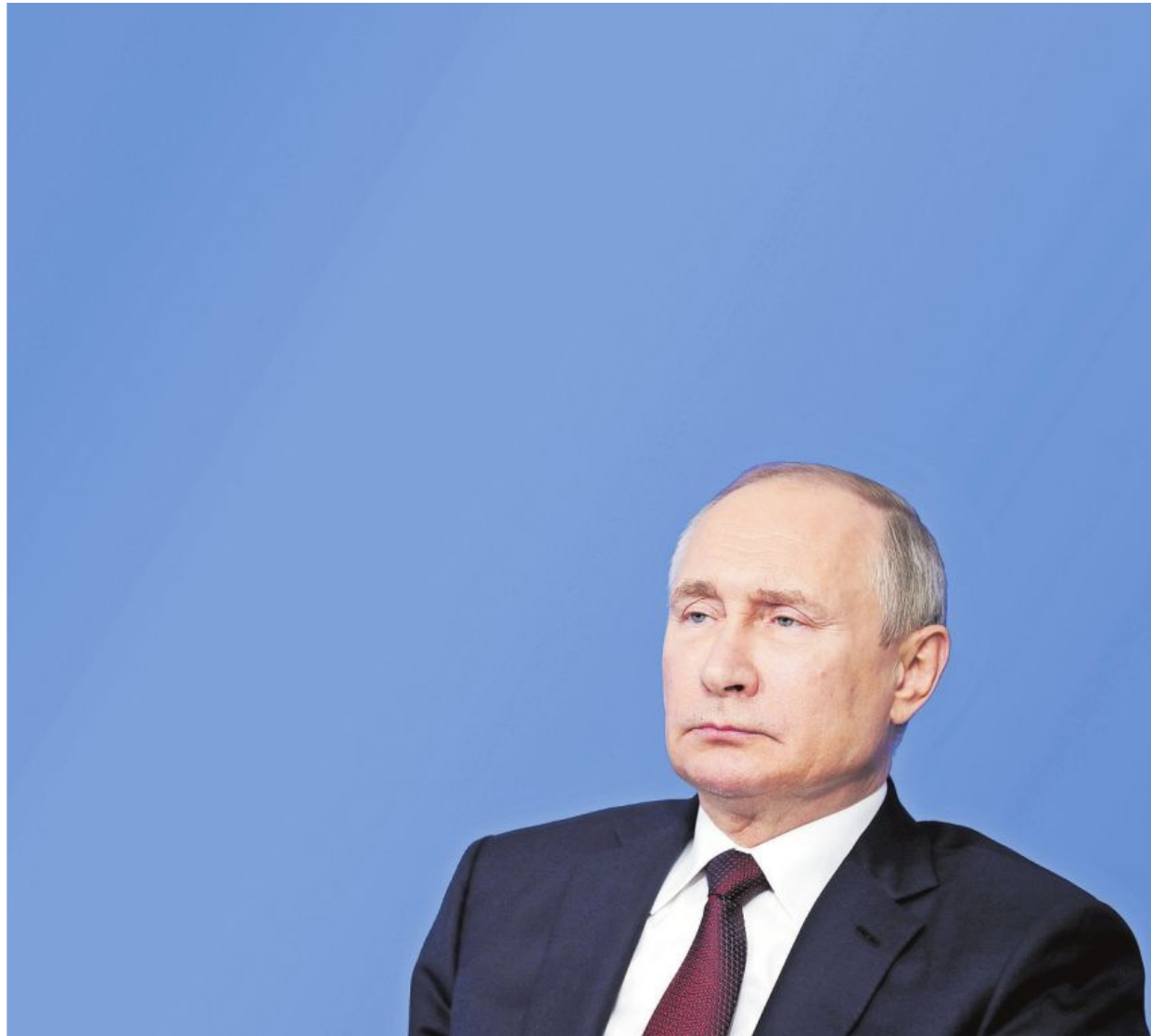
Bei all diesen Rohstoffen nimmt Russland als Produzent global einen der Top-Ränge ein. Die bedeutsamsten Sektoren freilich bleiben Öl, wo Russland weltweit zweitgrößter Exporteur hinter Saudiarabien ist, und Gas, von dem vor allem Europa abhängt.

Der Abstand zur Welt wird größer

Zumindest bei Öl passt inzwischen auch der Preis wieder, nachdem er im Vorjahr kurz auf unter 20 Dollar abgestürzt war. Aktuell wird über 70 Dollar gezahlt. Das ist zwar deutlich von den traumhaften 147 Dollar aus dem Jahr 2008 entfernt und bleibt auch klar unter den 115 Dollar, die gezahlt wurden, ehe der epochale Ölpreisverfall 2014 auf damals unter 30 Dollar eine neue Realität auf dem Ölmarkt eingeläutet hat. Aber angesichts der Tatsache, dass die russische Regierung 2018 eine Spar-Regel eingeführt hat, wonach nur die Einnahmen aus dem Ölexport bis zu einer Grenze von 42,4 Dollar je Barrel für das Budget genutzt werden dürfen, der Rest aber in die Staatsreserven fließt, besteht eigentlich kein Grund zur Sorge. Denn die günstige Coronalage in weiten Teilen der Welt spricht für eine deutlich höhere Ölnachfrage, die auch mittelfristig anhalten werde, wie die Internationale Energieagentur prognostiziert.

Es scheint rund zu laufen für Russland, das nach der Krim-Annexion 2014 in eine mehrjährige Wirtschaftskrise gestürzt war. Zumindest die äußeren Bedingungen haben sich aufgehellt.

Allein, wie sehr Putin auch in den neuen Geldzuflüssen schwimmt: Der Wirtschaftsmotor will nicht mehr so richtig anspringen. Zwar werde das Bruttoinlandsprodukt laut



Wirtschaftsministerium heuer und nächstes Jahr um etwa drei Prozent zulegen, nachdem man 2020 aufgrund eines Verzichts auf Lock-downs mit minus drei Prozent relativ glimpflich davongekommen ist. Aber schon in der jetzigen Erholungsphase wächst die globale Wirtschaft deutlich schneller: Laut OECD doppelt so schnell wie die russische.

Zehn Jahre Durststrecke

Wirklich schlimm aber könnte es danach werden. Wie nämlich die renommierte Moskauer Higher School of Economics (HSE) in einer Studie im April darlegte, laufe das Land nicht nur Gefahr, den Anschluss bei Zukunftstechnologien zu verpassen, es stehe ihm auch generell eine Stagnation auf zehn bis 15 Jahre bevor, in denen das jährliche Wachstum auf - für ein Schwellenland sehr niedrige - 1,4 bis 1,8 Prozent beschränkt sei. Die Anzahl der arbeitsfähigen Bevölkerung nämlich sinke. Dazu kämen die niedrige Produktivität und die vergleichsweise geringen Investitionen in Humankapital.

Die HSE-Experten sind nicht die Einzi-

Um einen Investitions-schub zu entfachen, müsste Wladimir Putin das ganze System radikal umkrempeln. Aber der einstige Motor und Hoffnungsträger ist zum Bremsklotz geworden.

[Getty Images]

gen mit einer solchen Prognose. Bereits im Jänner hat eine ganze Reihe führender Wirtschaftsexperten - darunter der Aufsichtsratschef der Moskauer Börse, Oleg Vjugin - mit einer Analyse für die Stiftung „Liberale Mission“ für Aufsehen gesorgt, da sie dem Land ein Jahrzehnt der Stagnation voraussagte. Der Kampf gegen die wiederholten Krisen würde - so der Tenor - nicht zu einer Veränderung der Wirtschaftsstruktur, sondern zu ihrer Einzementierung führen.

In Wirklichkeit befindet sich das rohstofflastige Russland bereits seit 2009 in der Falle der Stagnation. Hatte das Wachstum in der Rohstoffhaushaus vor der Finanzkrise durchschnittlich etwa sieben Prozent pro Jahr betragen, ist es seither gerade noch ein Prozent. Entgegen Putins Vorgabe ist der Abstand zur globalen Ökonomie gestiegen. Und nun habe sich die Regierung damit abgefunden, dass sie eben in ein zweites Stagnationsjahrzehnt gehe, heißt es in der Analyse der „Liberale Mission“. „Schuld ist das schlechte Investitionsklima“, sagt Sergej Guriev, Mitautor

Fortsetzung auf Seite 2



MENSCHEN
Geld ausgeben als Kinderspiel
Alexandra Wolk vom Sozialunternehmen Three Coins will Kindern mit einem Brettspiel den Umgang mit Finanzen beibringen. **S. 18**

WIEN
Kritik nach Platzverbot am Karlsplatz
Die Maßnahme war nicht abgesprochen, sagt Bürgermeister Ludwig. **S. 5**

MEIN GELD
„Da wird ein Luxusauto versoffen“
Trinkreif-Gründer Clemens Riedl über die Käufer von teurem Wein. **S. 12**

RECHT
Politik via Strafrecht?
Strafrechtsprofessorin Susanne Reindl-Krauskopf im Interview. **S. 13**

FEUILLETON
Warum Chats so gefährlich sind
Über das Zwitterwesen eines Mediums. **S. 19**

NAVIGATOR
Aktien, Fonds **S. 7**
Sport **S. 16**
Menschen **S. 18**
Radio & TV **S. 20**
Wetter **S. 24**
Impressum **S. 24**
[Foto: Katharina F. Rößboth]





**„Die Presse“
GESCHICHTE**

Napoleon



Sichern Sie sich Ihr Magazin!

DiePresse.com/geschichte

Die Presse

LEITARTIKEL

VON IRIS BONAVIDA



Wenn Herbert Kickl Chef sein will, muss er auch Vermittler werden

In der FPÖ sind einige gegen Kickl als Obmann. Sie haben aber niemanden, für den sie sein könnten. Ihnen bleibt: Warten - und hohe Erwartungen stellen.

Der Moment, in dem Herbert Kickl seine Möglichkeiten bewusst wurden, war vor ziemlich genau drei Monaten. Am 6. März stand der FPÖ-Klubobmann am Podium auf der Jesuitenwiese im Prater, und er war nicht allein. Tausende Menschen waren zu der Kundgebung gekommen. Und sie riefen gemeinsam mit Kickl: „Kurz muss weg!“ Wie viele Leute gegen die Corona-Maßnahmen protestierten, überraschte selbst Kickl und sein Team. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wusste man: Das sind Menschen, die sonst keine politische Heimat haben. Das sind die Wähler, die man sich (zurück-)holen will. Auch wenn sie von einigen in der FPÖ als „Narrensaum“ bezeichnet werden. Und man dafür teilweise wissenschaftlich fragwürdige bis hin zu widerlegte Aussagen tätigen muss.

Mit Selbstbewusstsein sprachen Freiheitliche, auch im Kickl-Lager, aktuelle Umfragen an. Proaktiv. Das ist durchaus überraschend: Für gewöhnlich werden solche Befragungen in der FPÖ bestenfalls als Momentaufnahme, schlimmstenfalls als Stimmungsmache belächelt. Aber der sanfte Anstieg auf 18 Prozent gefiel der FPÖ. Die Frage war nur, woher die neuen Anhänger kamen. 2019 hatte man Stimmen fast zu gleichen Anteilen an die ÖVP und das Nichtwählerspektrum verloren.

Diejenigen, die ein bürgerliches Image der FPÖ pflegen, argumentierten mit Norbert Hofer: Der Parteichef biete eine Alternative zur ÖVP. Und Kickl würde eben ein paar Prozentpunkte dazu holen. Das Kickl-Lager hingegen sieht das anders: Wer damals zur Volkspartei gewandert ist, den holt man nicht so schnell zurück. Besser ist es, sich auf jene zu konzentrieren, die gar nicht mehr zur Wahl gehen. Und nach Corona erst recht von der Politik enttäuscht sind. Schonungslose Ehrlichkeit sei das, was diese Leute möchten. Daher habe Kickl auch offen gesagt: Er wolle Spitzenkandidat werden. Gemeint war natürlich: Bundesparteichef.

Mittlerweile haben sich selbst seine Widersacher damit abgefunden: Herbert Kickl wird es werden. Es gibt zwar genügend Freiheitliche, die gegen ihn an der Spitze sind. Sie haben aber niemanden, für den sie sein könnten: Der Partei fehlt es schlicht an Alternativen. Hofers Rück-

tritt traf vor allem seine Unterstützer unvorbereitet. Die strittige Frage ist also: Wann wird es für Kickl so weit sein?

Ursprünglich hätte es schon vergangenen Freitag Klarheit geben sollen. Die Bundespartei wollte schnell eine Entscheidung fällen. Doch einige Landesparteien sollen dagegen protestiert haben: Man brauche noch etwas Zeit, um die Lage zu sondieren. Nun trifft sich das Gremium am Montagvormittag - und schlägt einen Termin für den Bundesparteitag vor. Oberösterreich würde gern die Landtagswahl im September abwarten. Gründe dafür gibt es einige: Im Wahlkampf und bei potenziellen Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP will man nicht ständig auf einen Parteichef Kickl angesprochen werden. Dazu kommt die Hoffnung: Geht Oberösterreich als erste Landespartei nach Ibiza halbwegs gestärkt aus einer Wahl, könnte das die Hausmacht von Manfred Haimbuchner weiter ausbauen. Das sind alles Argumente aus Linzer Sicht - aber nicht aus der Perspektive aller anderen. Wenn man ohnehin für Kickl ist, warum ihn nicht sofort wählen?

Also bleibt seinen Kontrahenten noch eine andere, langwierige Option: Warten - und hohe Erwartungen stellen. Will Kickl ein Chef für alle in seiner Partei sein, muss er auch Vermittler werden. Denjenigen, die für einen anderen Tonfall und einen abgeschwächteren Corona-Kurs stehen, Raum geben. Sonst könnte sich die Geschichte in der FPÖ, wieder einmal, wiederholen: Und sich ein Lager von der Parteispitze immer weiter entfernen.

Kickls Erfolg, sollte er Chef und Spitzenkandidat werden, wird bei der nächsten Nationalratswahl gemessen. Die Basis mag ihm bei Veranstaltungen zujubeln, aber die Funktionäre wollen auch weiterhin Posten und Förderungen. Langfristig wünschen sich viele - wenn auch nicht alle - wieder eine Aussicht auf eine Koalitionsbeteiligung. Wenn von den anderen Parteien niemand mit Kickl will, könnte dann auch die FPÖ nicht mehr mit ihm wollen.

E-Mails an: iris.bonavida@diepresse.com



Wut über Korruption und Misswirtschaft. Protest gegen Iraks Regierung in der Hauptstadt Bagdad.

[Reuters]

Der lebensgefährliche Kampf gegen Iraks mächtige Milizen

Attentate. Eine Mordserie an Aktivisten schockiert den Irak. Feministin Israa Abed gibt nicht auf: „Wir bleiben nicht still.“

Von unserem Korrespondenten
KARIM EL-GAWHARY

Kairo/Bagdad. Irgendeine Überwachungskamera zeichnet die Morde fast immer auf. Es sind ähnliche Szenen. Meist wird jemand am helllichten Tag auf offener Straße vor seinem Haus oder in seinem Auto von einem Killerkommando auf Motorrädern niedergeschossen. Es sind die Bilder, die dann in den irakischen Fernsehstationen laufen oder auf den sozialen Medien verbreitet werden.

So wie sich diese Szenen politischer Morde im Irak ähneln, so gleicht sich auch das Profil der Opfer. Es sind Aktivisten oder Journalisten, die zuvor öffentlich die Allmacht religiöser Parteien und schiitischer Milizen angeprangert haben, entweder in der Hauptstadt Bagdad oder im Süden des Landes. Seit 2019, als eine Protestwelle gegen Korruption, Misswirtschaft und Machtmissbrauch der Milizen und der Regierung das Land erschütterte, wurden mehr als 80 Aktivisten ermordet. Viele andere Reformer sind inzwischen in die als sicher geltenden kurdischen Gebiete im Norden des Landes oder ins Ausland geflüchtet.

Die irakische Feministin und Reformaktivistin Israa Abed ist eine von ihnen. Sie spricht über Internet-Telefon von ihrem Versteck in den kurdischen Gebieten aus, dort wo der Arm der vom Iran gesteuerten Milizen wahrscheinlich nicht hinreicht. „Ich habe Drohbotschaften auf meinem Handy erhalten. Sie kennen meine Nummer, denn sie leben unter uns, geben sich zum Teil sogar selbst als Aktivisten aus“, erzählt sie im Gespräch mit der „Presse“. Mehrere Dutzend Aktivisten würden gerade zwischen den kurdischen Gebieten und Bagdad hin- und herpendeln. Für viele ist das Leben in den kurdischen Gebieten zu teuer und das in Bagdad zu gefährlich, erzählt sie. Auf beiden Seiten können sie sich nicht allzu lang aufhalten.

„Die Maske vom Gesicht gerissen“

Noch Ende 2019 waren viele vor allem junge Aktivisten gegen die grassierende Korruption und Misswirtschaft im ganzen Land auf die Straße gegangen. Ihr Ärger richtete sich nicht nur gegen die Regierung in Bagdad, sondern auch gegen die religiösen Parteien und schiitischen Milizen. Sie werden oft vom Iran kontrolliert und sind für viele zum Inbegriff der Selbstbereicherung, Korruption und des Postenschachers geworden.

„Durch unsere Proteste haben wir ihnen die religiösen Masken vom Gesicht gerissen. Hinter ihrem heiligen Vorhang kam ihr wahres Gesicht zum Vorschein, ihre Korruption, ihre krummen Geschäfte, ihr Stehlen im Namen der Religion“, beschreibt Israa die damalige Zeit des gefühlten Aufbruchs. Immerhin hatten sie erreicht, dass der damalige Premier Adel Abdul Mahdi zurücktrat.

Dann wurde die Protestbewegung von der Coronapandemie ausgebremst. Und auch der heute regierende Premier Mustafa al-Kadhimi, der bei Amtsantritt der Protestbewegung seine Sympathie ausgedrückt hatte, hat seitdem wenig an dem verrotteten politischen System geändert. Mehr oder weniger machtlos sieht er zu, wie die Milizen einen Kritiker nach dem anderen ausschalteten. Erst vergangenen Monat wurde Ehab al-Wazni, einer der Organisatoren der Proteste in der schiitischen Stadt Kerbala erschossen. Weniger als 24 Stunden später fiel der Journalist Ahmad Hassan im schiitischen Diyala einem Mordanschlag zum Opfer.

In einem aufgezeichneten Telefongespräch zwischen dem damals noch lebenden Wazni und Fahem El-Taie, einem anderen Kritiker der Milizen, sprachen beide die Befürchtung aus, dass sie demnächst selbst an der Reihe sein könnten. Einer der Milizkommandanten Qassem Musleh werde kommen, um ihre Knochen zu brechen, sagen sie. Kurze Zeit nach dem Gespräch waren beide tot, auf offener Straße erschossen.

„Er ist Teil von Irans Killermaschine“

Die nach dem Mord veröffentlichte Telefonaufzeichnung mit der ausgesprochenen Anklage gegen den Milizkommandanten Qassem Musleh verbreitete sich auf den sozialen Medien im Irak wie ein Lauffeuer. „Er ist ein Mörder, Musleh ist ein Teil der iranischen Killermaschine, die im Irak ihr Unwesen treibt“, meint Israa Abed. Musleh ist einer der Kommandanten der sogenannten Volksmobilisierungseinheiten, einer Schirmorganisation vor allem schiitischer Milizen. Sie wurde 2014 gegründet, um den IS zu bekämpfen. Musleh wurde inzwischen festgenommen. Ein Politikum, denn seine Miliz ist eng mit dem irakischen Sicherheitsapparat verweben. Ihm wird vorgeworfen, gegen die irakischen Antiterror-Gesetze verstoßen zu haben. Nur wenige Iraker glauben, dass er zur Rechenschaft gezogen wird. Zu mächtig seien seine Protegés im Regierungs- und Sicherheitsapparat.

Wie sich das alles auf die für Oktober angesetzte Parlamentswahl auswirken wird, ist noch unklar. „Wir haben nicht nur ein Problem mit den Mördern, sondern mit dem gesamten politischen System, das uns an den Nullpunkt gebracht hat“, sagt Israa. Unter den Aktivisten findet gerade eine heftige Diskussion darüber statt, ob es klug sei, die Wahl zu boykottieren. Aber auf Dauer, sagt die Aktivistin Israa, werde die Politik der Einschüchterung durch politische Morde nicht aufgehen. „Wir bleiben wie ein Messer in ihrem Fleisch. Wir werden nicht still bleiben. Wir ordnen nur unsere Karten neu und warten auf unsere Chance“, sagt sie - hofft sie - glaubt sie, während sie sich irgendwo im kurdischen Norden des Irak vor ihren potenziellen Mördern versteckt hält.

Fortsetzung von Seite 1

Putin bringt zehn Jahre Stagnation

der Studie und Professor an der Pariser Hochschule Sciences Po, zur „Presse“. „Das Kapital flieht aus dem Land. Und der Staat investiert lieber in Staatskonzerne, Geheimdienst und Militär statt in Gesundheit und Bildung.“ Dazu kämen die ständigen Attacken auf Privatfirmen, wie soeben auf die Stahlkonzerne, die vom Vizepremier im tiefsten Jargon zur Rückzahlung von 100 Milliarden Rubel (1,13 Mrd. Euro) an angeblich überhöhten Gewinnen aufgefordert wurden.

Der von Hardlinern gelenkte Staat hole sich einfach Geld, um Geopolitik wie in Weißrussland oder zweifelhafte Infrastrukturprojekte zu finanzieren, bei denen dann Putins engster Kreis mit Aufträgen bedient werde, sagt ein milliardenschwerer Tycoon, der anonym bleiben möchte, im Gespräch mit der „Presse“. „Wenn ich an einem Tag eine Grube grabe, und am nächsten Tag zuschüttele, steigt die Wirtschaft formal auch.“

„Es sind die Repressionen, die inzwischen zum Hauptgrund für die Stagnation geworden sind“, meinte Konstantin Sonin, der an der University of Chicago und an der Moskauer HSE lehrt, kürzlich in einem Radiointerview. „Wenn Medien als ausländische Agenten gebrandmarkt werden und weder Korruption noch andere Ineffizienzen

aufdecken dürfen, funktioniert ein Hauptmechanismus für den Fortschritt nicht mehr.“

Es sei bezeichnend, dass Putin in seiner Rede zur Lage der Nation Ende April keinen Plan für Wirtschaftswachstum habe erkennen lassen, sagt Guriev: Das Wachstum vor 2008 sei nur vom Ölpreis getrieben und daher politisch ungefährlich gewesen. „Um aber jetzt ein Wachstum und Investitionen zu stimulieren, würde es einen entschlossenen Kampf gegen Korruption, mehr Konkurrenz auf dem Markt und unabhängige Gerichte brauchen. Und das würde Putins Machtssystem bedrohen.“

So scheint Russland in ein Jahrzehnt der Stagnation 2.0 zu gehen. Das sei nicht gleichbedeutend mit einer Krise, so Guriev. Makroökonomisch werde nichts passieren, denn die Zentralbank agiere kompetent, das Budget sei mehr oder weniger ausgeglichen und die internationalen Gold- und Währungsreserven mit 605,9 Milliarden Dollar so hoch wie nie. Zudem beträgt die Staatsverschuldung gerade einmal 19 Prozent des BIPs.

Glücksritter Putin hat also Geld. Nur Kraft und Willen für einen Ausbruch aus der Stagnation scheint er nicht mehr zu haben.

Weitere Infos: www.diepresse.com/wirtschaft

Hetze gegen Anti-Netanjahu-Allianz

Israel. Premier Netanjahu wehrt sich massiv gegen ein Ende seiner Amtszeit. Der Chef des Inlandsgeheimdienstes warnt vor der Stimmungsmache rechter Kräfte gegen die künftige Regierung.

Von unserer Korrespondentin
MAREIKE ENGHUSEN

Tel Aviv. Von den zwölf Kundschaftern, die Moses laut der biblischen Erzählung ins Gelobte Land aussandte, brachten nur zwei frohe Kunde: Die Israeliten, die aus Ägypten geflohen waren, könnten unbesorgt in das Land zurückkehren, das der Herr ihnen versprochen hatte. Die übrigen zehn Kundschafter schwindelten: Gefährliche Riesen bewohnten das Land. Ihre Lügen brachten Leid über ihr Volk. Am Ende starben sie an einer Pest.

Wünscht Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu seinen politischen Gegnern ein ähnliches Schicksal? Ganz abwegig ist der Gedanke nicht, seit er nun auf seiner Facebook-Seite jene Bibelstelle zitiert hat, die vom Betrug der zehn Kundschafter handelt. Anschließend schlug er einen Bogen zur Innenpolitik: „Auch in unserer Generation, in unserer Zeit, müssen diejenigen, die von den Rechten gewählt worden sind, aufstehen und das Richtige tun: eine starke und gute rechte Regierung bilden, die das Land Israel, die Bürger Israels und den Staat Israel schützt.“

Debatte wird aggressiver

Die Verbindung ist nicht explizit, aber deutlich: Netanjahu und seine rechts-religiösen Verbündeten stehen – aus ihrer Sicht – auf der Seite der beiden gottesfürchtigen Kundschafter. Die Gegner hingegen sind die Parteien, die vergangenen Donnerstag eine neue Koalition geformt haben. Dazu zählen rechte Kräfte wie Yemina und Neue Hoffnung ebenso wie zentristische Parteien, Linke und arabische Islamisten.

Dass der politische Diskurs in Israel oft aggressiv geführt wird, ist keine Neuigkeit. Doch in jüngster Zeit hat sich die Debatte auf eine Temperatur erhitzt, die selbst Israels Inlandsgeheimdienst, der Shin Bet, für bedrohlich hält. Am Wochenende veröffentlichte Shin-Bet-Direktor Nadav Argaman eine ungewöhnliche Warnung: Sein Dienst habe zuletzt „einen Anstieg von extrem gewalttätigen und hetzerischen Äußerungen“ beobachtet, die „von bestimmten Gruppen oder Individuen als Erlaubnis für gewalttätige und illegale Handlungen



Anhänger von Benjamin Netanjahu protestieren gegen die geplante Koalition, in der ihr Idol keinen Platz mehr finden soll. [AFP]

interpretiert werden könnten“. Namen nannte er keine, doch es gilt als gesetzt, dass er sich auf die Hetze gegen führende Köpfe des neuen Bündnisses bezieht: den Oppositionsführer Yair Lapid, den Yemina-Vorsitzenden Naftali Bennett, der in den ersten zwei Jahren die neue Regierung anführen soll, und dessen Parteifreundin Ayelet Shaked. Die beiden Letzteren erhalten so viele Drohungen, dass die Sicherheitsbehörden kürzlich ihre Schutzstufe erhöht haben.

„Unterstützer des Terrors“

Das neue Bündnis muss in den nächsten Tagen noch eine Abstimmung im Parlament überstehen. Ein Yemina-Vertreter hat bereits angekündigt, dagegen zu stimmen. Sollte nur ein einziger weiterer Abgeordneter rebellieren, würde die Koalition die Mehrheit verfehlen.

Darauf scheint Netanjahu es abzusehen. Dem Land drohe eine „gefährliche linke Regierung“, die „von Unterstützern des Terrors“ mitgetragen werde, schreibt er, un-

geachtet der Tatsache, dass die linken Kräfte in dem Acht-Parteien-Bündnis in der Minderheit sind.

Dazu veröffentlichten sechs Rabbiner aus dem nationalreligiösen Spektrum, das die Wählerbasis von Yemina bildet, Samstagabend einen Aufruf an ihre Anhänger, „alles zu tun“, um die Bildung der neuen Regierung zu verhindern. Die Warnung des Shin Bet scheint die Rabbiner nicht zu beeindrucken. „Die Hetze existiert nur in der Vorstellung derjenigen, die davon sprechen“, sagte am Wochen-

AUF EINEN BLICK

In Israel hat sich eine heterogene Allianz zusammengefunden, die die neue Regierung bilden und damit der Ära des Langzeitpremiers Benjamin Netanjahu ein Ende setzen will. Dem Bündnis gehören rechte, linke und zentristische Parteien sowie eine arabische, islamisch-konservative Partei an. In den ersten Jahren soll der weit rechts stehende Politiker Naftali Bennett das Amt des Premiers übernehmen.

ende einer der prominentesten von ihnen.

Manche Beobachter fürchten, die aufgeladene Stimmung könnte sich in einem Ereignis wie dem Sturm aufs US-Kapitol entladen, als Anhänger des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump ins Parlamentsgebäude eingedrungen sind. Andere vergleichen die Atmosphäre mit den Tagen vor der Ermordung des damaligen israelischen Premiers Yitzhak Rabin 1995 durch einen rechtsextremen Fanatiker. Netanjahu, damals Oppositionsführer, hatte sich schon zu jener Zeit durch aggressive Rhetorik hervorgetan.

Verteidigungsminister warnt

„Es scheint, als hätten wir nicht die nötigen Lehren aus früheren Ereignissen gezogen“, schrieb Verteidigungsminister Benny Gantz auf Twitter. „Jeder, der versucht, grundsätzlichen demokratischen Prozessen die Legitimität abzuspüren, und Aufwiegelung betreibt, trägt auch Verantwortung.“

Papst gedenkt toter Kinder

Entsetzen über Fund von Leichen in katholischem Internat in Kanada.

Rom. „Ich habe mit Schrecken die Nachricht empfangen.“ Mit diesen Worten zeigte sich Papst Franziskus am Sonntag über den Fund von 215 Kinderleichen in einem jahrzehntelang von der römisch-katholischen Kirche betriebenen Internat in Kanada entsetzt. In dem Internat waren so wie in anderen derartigen Anstalten Kanadas Kinder von Ureinwohnern festgehalten worden. Sie sollten dort zum „westlichen Lebensstil“ umerzogen werden. Dabei waren sie schweren Misshandlungen ausgesetzt.

Der Papst rief nach dem Angelus-Gebet in Rom dazu auf, sich von dem ideologischen Kolonisationsmodell zu entfernen und die Rechte aller Söhne und Töchter Kanadas anzuerkennen. (APA/DPA)

Warnung an Minsk und Moskau

Verteidigung. Nato-Generalsekretär Stoltenberg zeigt sich über Lage in Belarus besorgt.

Berlin. Angesichts der jüngsten Spannungen mit dem Regime in Belarus und Russlands wachsendem Einfluss auf das Land hat der Generalsekretär der Nato eine Warnung ausgesprochen: „Wir sind natürlich bereit, im Ernstfall jeden Alliierten zu beschützen und zu verteidigen gegen jede Art von Bedrohung, die von Minsk und Moskau ausgeht“, sagte Jens Stoltenberg der deutschen Zeitung „Welt am Sonntag“. „Wir sind wachsam, und wir verfolgen sehr genau, was in Belarus passiert“, bekräftigte Stoltenberg.

Die Nato-Alliierten seien über die immer engere Zusammenarbeit zwischen Moskau und dem belarussischen Regime in Minsk ernsthaft besorgt, sagte der Generalsekretär. Bereits in der Vergangenheit habe Russland die territoriale Integrität von Staaten wie der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau „massiv verletzt“. „Die Nato ist eine defensive Allianz. Die

Nato-Länder Litauen, Lettland und Polen haben eine gemeinsame Grenze mit Belarus“, sagte Stoltenberg.

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hatte vor rund zwei Wochen eine Ryanair-Passagiermaschine auf dem Weg von Athen nach Vilnius zur Zwischenlandung in Minsk zwingen lassen. Er ließ danach den an Bord reisenden regierungskritischen Blogger Roman Protassewitsch und dessen Freundin Sofia Sapega festnehmen. Beide sitzen in Haft. Die EU erließ daraufhin Sanktionen, um den Druck auf Lukaschenko zu erhöhen. Russlands Präsident Wladimir Putin dagegen empfing Lukaschenko – und half ihm mit einem Großkredit. Putin betonte, Lukaschenko in der Konfrontation mit dem Westen weiter zu unterstützen.

Die Lage in Belarus werde auch Thema beim Nato-Gipfel in einer Woche in Brüssel sein, hat nun

Stoltenberg im Interview mit der „Welt am Sonntag“ bekannt gegeben. An dem Treffen soll auch US-Präsident Joe Biden teilnehmen.

Laut Stoltenberg hält die Nato auch weiterhin an ihrem zweigleisigen Ansatz gegenüber Russland aus Abschreckung und Dialog fest. Gerade in schwierigen Zeiten müsse die Nato mit Moskau im Gespräch bleiben.

Nato-Militärübung

Am Sonntag hat die Allianz ein größeres Manöver im Ostseeraum gestartet: Bis 18. Juni beteiligen sich 40 Marineeinheiten, 60 Flugzeuge und rund 4000 Soldaten an der Übung „Baltops“. Mit dabei sind neben 16 Nato-Ländern auch Schweden und Finnland. Zum ersten Mal werden auch Verteidigungstaktiken gegen Cyberangriffe geübt. In Litauen ist eine Landeoperation geplant. Derartige Manöver finden seit 1972 regelmäßig im Ostseeraum statt. (APA/DPA)

Trump fordert Schadenersatz von China

Der frühere US-Präsident deutete auf Parteitag in North Carolina eine erneute Kandidatur 2024 an.

Greenville. Es war sein erster großer Auftritt seit seinem Auszug aus dem Weißen Haus im Jänner. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump zeigte sich dabei – so wie früher – äußerst angriffslustig. Bei seiner Rede auf dem Parteitag der Republikaner in Greenville in North Carolina attackierte Trump den US-Experten für Infektionskrankheiten, Anthony Fauci, forderte von China Reparationen und prangerte die Untersuchung seiner Finanzen als „Hexenjagd“ an. Zugleich deutete er an, bei den Präsidentenwahlen 2024 erneut kandidieren zu wollen.

Fauci sei „kein großer Arzt, aber ein großer Selbstdarsteller“, donnerte Trump. Fauci habe in der Pandemie fast alles falsch gemacht und liege auch bei seiner Einschätzung zur Herkunft des Coronavirus falsch. Fauci hatte sich skeptisch zu einer Theorie geäußert, dass das Virus aus einem Labor im chinesischen Wuhan stammen könnte. Von China verlangte Trump, wegen der Pandemie zehn Billionen US-Dollar Entschädigung an die USA und die Welt zu zahlen. Auch sollten alle Länder ihre Schulden an China nicht zurückerstatten.

Trump schwor, den Republikanern bei den Kongresswahlen 2022 zu helfen, und deutete erneut eine mögliche Kandidatur für das Präsidentenamt im Jahr 2024 an. „Das Überleben Amerikas hängt von unserer Fähigkeit ab, Republikaner auf jeder Ebene zu wählen, beginnend mit den Wahlen im nächsten Jahr.“

„Unser Präsident“

Der Vorsitzende der Republikanischen Partei von North Carolina, Michael Whatley, stellte Trump bei dem Auftritt als „unseren Präsidenten“ vor. Damit spielte Whatley auf die Behauptung Trumps und dessen Anhänger an, dass dem Republikaner die Wahl 2020 von den Demokraten „gestohlen“ worden sei. (APA/Reuters)

NACHRICHTEN

Türkische Attacke in Iraks Kurdenregion

Bei einem türkischen Drohnenangriff auf ein Flüchtlingslager im kurdischen Nordirak sind mindestens drei Menschen getötet worden. Iraks Präsidialamt teilte mit, der Angriff in der Stadt Mahmur sei eine „ernsthafte Eskalation“. Im von der UNO unterstützten Flüchtlingslager leben rund 12.000 Menschen. Die Türkei gab an, der Angriff habe Kämpfern der kurdischen Untergrundorganisation PKK gegolten.

Afghanistan: Taliban rücken weiter vor

Während die internationalen Truppen ihren Abzug aus Afghanistan vorantreiben, rücken die Extremisten der Taliban immer weiter vor. Am Wochenende konnten die Kämpfer der islamistischen Organisation drei weitere Bezirke in drei Provinzen erobern.

Nachspiel für Brandstetter und Pilnacek?

Rechtsanwälte-Chef Wolff schließt Verletzung des Amtsgeheimnisses nicht aus.

Wien. Die Chats zwischen dem suspendierten Justizsektionschef Christian Pilnacek und Wolfgang Brandstetter, dem inzwischen zurückgetretenen Verfassungsrichter auf ÖVP-Ticket, könnte für beide ein gerichtliches Nachspiel haben, glaubt Rechtsanwältin Rupert Wolff: Die Staatsanwaltschaft werde wohl wegen des Verdachts der Amtsgeheimnisverletzung ermitteln.

Klar sei, dass Pilnacek und Brandstetter für höchste Justizpositionen nicht „fit and proper“ seien, findet Wolff. Mit seinem Rücktritt habe Brandstetter aus Sicht eines Juristen die richtige Entscheidung getroffen. „Dennoch wird das ein Nachspiel haben.“ Die mögliche Verletzung des Amtsgeheimnisses beim Austausch über VfGH-Interneta sei ein Tatbestand nach dem Strafgesetzbuch, letztlich müsse die Staatsanwaltschaft da tätig werden. Dies gelte auch für Pilnacek als Beteiligten.

Die versuchte Intervention Pilnaceks beim – dafür unzuständigen – steirischen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (ÖVP), um seiner Frau einen Posten am Oberlandesgericht in Graz zu sichern, dürfte aus Sicht des Präsidenten des Rechtsanwaltskammertages dagegen keine rechtlichen Konsequenzen nach sich ziehen. Mehr als einen „untauglichen Versuch“, sich per nächtlicher SMS für das berufliche Fortkommen seiner Ehefrau einzusetzen, sieht er darin nicht.

Verurteilung: Kurz-Rücktritt

Im Fall Sebastian Kurz erinnerte Wolff an die Unschuldsvermutung, sollte der Bundeskanzler wegen Falschaussage vor dem U-Ausschuss angeklagt werden. Etwas anderes wäre es, wenn es zu einer Verurteilung käme, wobei der Rechtsanwältin hier vor allem an moralische Standards erinnert: „Wäre ich Bundeskanzler, würde ich zurücktreten.“ (APA/red.)

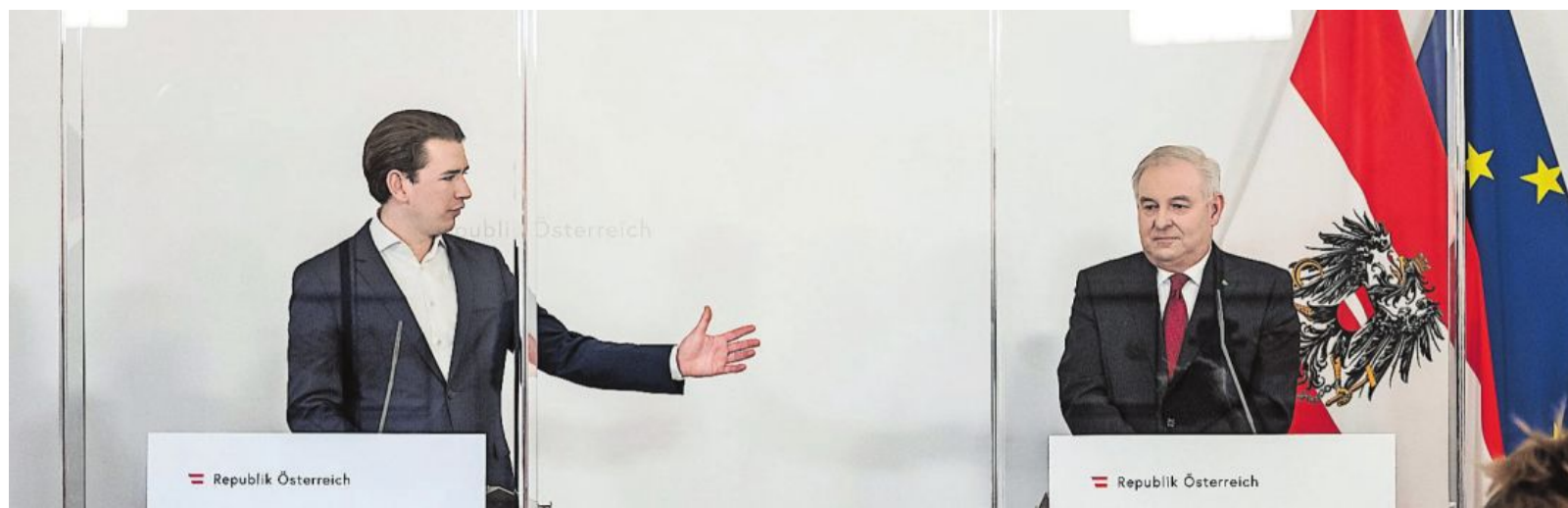
NACHRICHTEN

Ischgl: Ermittlungen gegen Landesamtschef

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Innsbruck in der Causa Ischgl betreffen offenbar auch den Tiroler Landesamtsdirektor Herbert Forster. Dieser wird neben vier weiteren Personen als Beschuldigter geführt, berichtete das Nachrichtenmagazin „profil“ unter Verweis auf entsprechende Ermittlungsakten. Die Anklagebehörde hatte diese Woche mitgeteilt, die Ermittlungen abgeschlossen zu haben und zu einem „Ergebnis“ gekommen zu sein.

Niessl zum Siebziger: SPÖ-Ansätze verbinden

Der ehemalige burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl sieht bei der SPÖ „Potenzial nach oben“. Um erfolgreich zu sein, müsse die Partei den burgenländischen Weg mit jenem der Bundespartei verbinden – dies sei Aufgabe von Parteiführin Pamela Rendi-Wagner, sagte Niessl im APA-Interview anlässlich seines 70. Geburtstag nächsten Samstag.



Für Sebastian Kurz (l.) gab es am Sonntag einen Ratschlag von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer: Der Kanzler möge sich gegenüber der Justiz im Ton mäßigen. [Imago]

Schützenhöfer will türkise Mäßigung

ÖVP. Der Steirer Hermann Schützenhöfer, aktuell Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz, kritisiert den Umgang der Parteispitze mit der Justiz. Die veröffentlichten Chats nennt er „grauslich“.

Wien. Es wäre vielleicht zu viel gesagt, Hermann Schützenhöfers Worte als Rüge zu bezeichnen. Aber eine Mahnung an die ÖVP-Spitze, sich im Ton zu mäßigen, hat der steirische Landeshauptmann am Sonntag in der ORF-„Pressestunde“ allemal ausgesprochen.

Besonders die Attacken gegen die Justiz sieht Schützenhöfer kritisch: Er verstehe zwar, dass sich der Kanzler ungerecht behandelt fühle – nicht aber die Reaktion: „Ich persönlich würde die Justiz jedenfalls nicht angreifen.“ Schon Alfons Gorbach, ÖVP-Bundeskanzler in den 1960er-Jahren, habe gesagt, dass es besser sei, seine Meinung in den eigenen vier Wänden zu äußern und nicht am Hauptplatz.

„Die Justiz ist eine große Säule des Rechtsstaats“, sagte der aktuelle Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz. Er sei zwar auch nicht mit jedem Urteil des Verfassungsgerichtshofs einverstanden, „aber was die urteilen, das gilt“. Er habe auch Verständnis dafür, dass die Staatsanwaltschaft gegen Sebastian Kurz ermittle: „Die müssen ja untersuchen“, wenn es Anzeigen gegen den Bundeskanzler gebe.

Ihm sei aber auch der Ärger in der Bevölkerung nicht entgangen: darüber, dass die Opposition nun geschlossen gegen Kurz vorgehe. Und Schützenhöfer ließ nicht unerwähnt, dass „kampagnenmäßig“ hier auch die Grünen mitmachten.

Der Tenor in der Bevölkerung sei aber eindeutig: Man lasse sich den Kanzler „nicht herauschießen“.

Was die ÖVP tun würde, wenn die Staatsanwaltschaft tatsächlich Anklage gegen Sebastian Kurz wegen Falschaussage im Ibiza-U-Ausschuss erheben würde? Das werde man dann besprechen müssen, sagte Schützenhöfer. Aber er gehe nicht davon aus, erst recht nicht von einer Verurteilung. „Ich bin überzeugt, dass er nicht verurteilt wird.“

Vizekanzler Werner Kogler hatte am Samstag das Ende von Türkis-Grün in Aussicht gestellt, sollte Sebastian Kurz verurteilt werden. Damit wären „andere Regionen der Beeinträchtigung der Amtsfähigkeit erreicht“, sagte Kogler im ORF-Radio. „Da würde ich meinen, dass sich das nicht ausgeben wird. Also ein verurteilter Bundeskanzler ist tatsächlich nicht vorstellbar.“

„Die ÖVP geht durch ein Tal“

Hermann Schützenhöfer leugnete am Sonntag nicht, dass die Volkspartei derzeit „durch ein gewisses Tal“ gehe. Aber es gebe keine Alternative zu Sebastian Kurz, nicht nur in den eigenen Reihen: In den Umfragen liege die ÖVP nach wie vor

weit vorn, und das decke sich auch mit seinem Bauchgefühl.

Auf den Bundeskanzler ist der Landeshauptmann laut eigenen Angaben sogar stolz – „über manche in seinem Umfeld nicht wirklich“. Gemeint war unter anderem der scheidende Öbag-Chef Thomas Schmid, der sich etwa über den „Pöbel“ beklagt hatte, unter den er sich auf Flugreisen mischen müsse, wenn er nach dem Ausscheiden aus dem Finanzministerium keinen Diplomatentpass mehr habe.

Noch „viel mehr entsetzt“ war Schützenhöfer „über das, was über die Kirche zu lesen war“. Die bekannt gewordenen Chats, egal, ob zwischen Spitzenvertretern der ÖVP oder ÖVP-nahen Spitzenjuristen, seien „in allen Fällen grauslich“. Aber dass sie veröffentlicht wurden, sei „ebenso grauslich“. Denn: „Das gibt es nirgends, auch in Deutschland nicht.“

Dem suspendierten Justizsektionschef Christian Pilnacek, der sich am Samstag für seine Äußerungen im Austausch mit dem mittlerweile zurückgetretenen Verfassungsrichter Wolfgang Brandstetter (siehe nebenstehenden Artikel) entschuldigt hatte, gestand Schützenhöfer immerhin zu, gute

Arbeit für die Justiz geleistet zu haben. Und dass sich Pilnacek per SMS an den Landeshauptmann dafür eingesetzt hatte, dass seine Ehefrau, Caroline List, ein hohes Richteramt bekommt, wollte der Landeshauptmann auch nicht verurteilen: „Was glauben Sie, wie viele Menschen bei mir intervenieren?“ Er habe in dem Fall nicht geantwortet. Zudem solle Caroline List, Präsidentin des Grazer Straflandesgerichts, nicht schlecht gemacht werden – sie wäre „sicher auch für ein Ministeramt geeignet“.

Hofburg: Griss? Rabl-Stadler?

Und wie geht es mit der Bundesregierung weiter? Er hoffe, dass Türkis-Grün dieses Mal „annähernd“ die gesamte Legislaturperiode durchhält. Die Menschen wollten nicht, dass alle zwei Jahre neu gewählt werde. Dafür müssten beide Seiten einander „Raum geben“.

Der ÖVP riet Schützenhöfer, keinen Hofburg-Kandidaten aufzustellen, sollte Alexander Van der Bellen 2022 erneut antreten. Damit würde man „Größe zeigen“. Sollte sich Van der Bellen jedoch anders entscheiden, würde er für eine Kandidatin plädieren, die nicht nur die klassischen Wählerschichten anspricht: die frühere OGH-Präsidentin und Neos-Abgeordnete Irmgard Griss etwa. Oder die Präsidentin der Salzburger Festspiele, Helga Rabl-Stadler. (pri/APA)

Tirol: Kein (ernsthafter) Gegner für Herbert Kickl

FPÖ. Landesparteichef Markus Abwerzger wünscht sich im Parteipräsidium ein einstimmiges Votum pro Kickl.

Wien/Innsbruck. Vor der Sitzung des Bundesparteipräsidiums der FPÖ drängt Tirols Landesparteichef Markus Abwerzger auf einen einstimmigen Beschluss für Herbert Kickl als designierten neuen Bundesparteiobmann. „Wenn es nach fachlichen Kriterien geht, kann es nur ein einstimmiges Votum für den blauen Klubobmann geben“, sagte Abwerzger am Sonntag. „Die Fakten liegen auf dem Tisch. Mit Herbert Kickl steht schließlich kein No-Name zur Wahl.“

Es gehe nun darum, „zügig“ vorzugehen, zu entscheiden und dann so rasch wie möglich einen Bundesparteitag mit der Wahl Kickls abzuhalten, so der Tiroler FPÖ-Obmann. Länger mit der Entscheidung zuzuwarten, sei „nicht im Sinne der Bundespartei“. Abwerzger hofft jedenfalls auf ein entsprechendes Ergebnis bei der Präsidiumssitzung am Montag. Angesprochen auf die zuletzt auf der Bremse stehende oberösterrei-

chische Landespartei, meinte der Tiroler FPÖ-Chef: „Ich gehe davon aus, dass es zuletzt Gespräche mit den Oberösterreichern gegeben hat.“ Einen Gegenkandidaten zu Herbert Kickl erwartet er nicht – zumindest keinen, „der dieselbe Qualität wie Kickl hat“.

Hofer als Hofburg-Kandidat

Den abtretenden Parteichef Norbert Hofer sieht Markus Abwerzger weiterhin in wichtigen Funktionen für die FPÖ, auch „über die Legislaturperiode hinaus“. Hofer soll nach Meinung der Tiroler Dritter Nationalratspräsident bleiben. Und sollte sich der Burgenländer dafür entscheiden, erneut als Bundespräsidentenskandidat der FPÖ ins Rennen zu gehen, wäre er auf jeden Fall dafür, stellte Abwerzger klar. Denn Norbert Hofer sei „mehr als das freundliche Gesicht der Partei“. (APA/red.)

Leitartikel zum Thema: Seite 2

Koalitionsfriede in der Corona-Politik

Regierung. Kanzler und Vizekanzler rechnen mit einer Stabilisierung der Situation auf derzeitigem Niveau.

Wien. Kanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler demonstrieren Koalitionsfrieden in der Corona-Politik und zeigen sich „angesichts der vielen positiven Entwicklungen erfreut“, wie es in einer gemeinsamen Presseaussendung am Sonntag hieß. Die Strategie im Kampf gegen Pandemie und Wirtschaftskrise trage Früchte, so die Botschaft.

Man befinde sich vor dem Sommer in einer sehr guten Situation, die sogar besser sei, als von vielen erwartet. „Die bereits erfolgten Öffnungsschritte führen zu einer spürbaren Erholung auf dem Arbeitsmarkt und auch die Wirtschaftsprognosen werden mittlerweile, stärker als erwartet, nach oben revidiert. Im Kampf gegen das Virus haben wir alle gemeinsam viel geschafft.“

Für die kommenden Monate rechnen Kurz und Kogler mit einer Stabilisierung der Situation auf derzeitigem Niveau. Falls es,

wie durch die Öffnungen zu erwarten, zu regionalen Clustern oder vermehrten Ansteckungen komme, werde weiterhin regional und zielgerichtet reagiert. Mit breitflächigen Einschränkungen der Bevölkerung sei nach den geplanten Öffnungsschritten im Juni und Juli durch die Wirksamkeit der Impfung aus heutiger Sicht nicht mehr zu rechnen. In den nächsten Tagen rechnet man von Regierungsseite mit vier Millionen Geimpften in Österreich.

Neos für Präsenz an den Unis

Die Neos verlangen ab dem Wintersemester wieder Präsenzlehre an den Hochschulen. Dafür müssten alle jungen Erwachsenen, die das wollen, auch geimpft sein, sagte Wissenschaftssprecherin Martina Künsberg Sarre am Sonntag. Außerdem müsse die 3-G-Regel jedenfalls auch für die Unis gelten – derzeit ist ihnen das selbst überlassen. (APA/red.)

Kritik nach Platzverbot am Karlsplatz

Wien. Eine Nacht lang galt das Platzverbot im Resselpark, nachdem eine Party eskaliert war. Kritik am Verbot kam unter anderem von Bürgermeister Ludwig - es sei nicht abgesprochen gewesen.

Wien. 13 Stunden galt das Platzverbot, das die Wiener Polizei für den Bereich des Parks vor der Karlskirche am Samstagnachmittag verhängte. Mit Sonntagfrüh durften die gesperrten Bereiche des Resselparks wieder betreten werden. „Eine neue Beurteilung und Gefahreinschätzung hat ergeben, dass momentan keine Gefährdungen zu befürchten sind“, hat die Polizei am Sonntag mitgeteilt.

Dem Platzverbot gingen heftige Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizisten in der Nacht auf Samstag voran. Feierende hatten sich im Park versammelt, die Situation eskalierte, nachdem Personen auf die Statuen der Kirche geklettert waren. Dabei soll die Stimmung laut Innenministerium von amtsbekanntem Menschen aus dem linksradikalen Spektrum angeheizt worden sein.

Kein weiteres Verbot geplant

Die Bilanz der Wiener Polizei: Acht verletzte Polizisten - eine Beamtin bekam so viele Flaschen auf den Kopf, dass eine Gehirnerschütterung erlitt, obwohl sie einen Schutzhelm trug. Vier Menschen wurden festgenommen, 67 angezeigt. Dazu verzeichnete die Exekutive vier gestohlene Kennzeichen von Streifenwagen und ein beschädigtes Dienstfahrzeug sowie eine Vielzahl von zerbrochenen Flaschen, Getränkedosen und sonstigen Abfällen.

Im Resselpark, aber auch anderswo, werde die Gefahrenlage nun laufend bewertet und situationsbedingt könnten Platzverbote erlassen werden, heißt es von der Wiener Polizei. „Rechtlich ist das aber nur gedeckt, wenn es Anlassfälle gibt“, so ein Polizeisprecher zur „Presse“. Weitere Ausschreitungen rund um den Resselpark gab es keine mehr. „Es war komplett ruhig, die Leute haben mit Verständnis reagiert. Deshalb kam auch die Aufhebung.“ Derzeit sei keine Gefährdungslage mehr zu erkennen. „Stand jetzt ist weder ein Platzverbot in Schwebelage noch in Planung“, so der Sprecher am Sonntagnachmittag.

In sozialen Netzwerken wurde der Polizei vorgeworfen, die Situa-



Die Situation rund um den Karlsplatz stelle keine Gefahr mehr da, ein neues Platzverbot war am Sonntag nicht geplant.

[APA/Krainert]

tion zum Eskalieren gebracht zu haben. So sei es bis zum Einschreiten der Beamten friedlich gewesen. Die Exekutive wies das zurück. Landespolizeipräsident Gerhard Pürstl sagte, das Platzverbot sei durch „die Entwicklung der letzten Tage“ notwendig geworden. In der Nacht auf Samstag hätten „gewaltbereite ‚autonome‘ Gruppen mit einem ‚harten Kern‘ von über 200 Personen polizeiliche Ordnungskräfte körperlich attackiert“, so Pürstl.

Ludwig: „Nicht abgestimmt“

Kritik an der Verhängung des Platzverbots kam unter anderem vom Wiener Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ): „Das Platzverbot war weder mit mir, noch mit der Stadt Wien abgestimmt. Wir brauchen verantwortungsvolle Politik und Maßnahmen, die das Mitei-

ander unterstützen. Jede Form der Polarisierung ist fehl am Platz. Gegenseitiger Respekt und Rücksichtnahme bilden dabei die Grundvoraussetzungen - auch für politische Akteure“, schrieb er auf seiner Facebook-Seite.

Kritik kam auch von Jugendorganisationen, etwa der Jungen Generation der SPÖ Wien: Diese forderte gar Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) dazu auf, die Polizeikompetenzen für Wien abzugeben. Kritisch äußerte sich auch der Jugendsprecher der Wiener Grünen, Ömer Öztas: „Es darf in einer Stadt wie Wien nicht vorkommen, dass öffentliche Orte wie der Karlsplatz oder der Donaukanal gesperrt werden“, so Öztas in einer Aussendung. „Die Polizei hätte in der Situation vom Wochenende deeskalierend vorgehen müssen. Derlei Einschränkungen im öffent-

lichen Raum sind nicht tragbar.“ Er forderte mehr konsumfreien öffentlichen Raum für Jugendliche.

Gefeiert wurde am Samstagabend dann wieder am Donaukanal, auf dem sich laut Polizei mehrere Hundert Menschen versammelt hatten. Wie auch am Vorabend sperrte die Polizei die Abgänge zum Kanal, weil sonst das Areal zu überfüllt gewesen wäre, wie ein Polizeisprecher sagte.

Gegen 22 Uhr lenkte die Polizei die Fußgängerströme auf dem Treppelweg auf beiden Seiten des Kanals. In den Morgenstunden sei es „vermutlich auch aufgrund des steigenden Alkoholpegels“, vereinzelte Körperverletzungen gekommen. Die Exekutive erstattete 28 Anzeigen nach dem Straf- und Verwaltungsrecht. Ansonsten sei es zu keinen nennenswerten Vorfällen gekommen. (wal/APA)

Einsätze nach Felssturz und Unwettern

Tiroler Ötztalstraße bleibt mehrere Wochen einspurig.

Innsbruck/Wien. Das Wochenende verlief für die Feuerwehreinheiten im Land turbulent: Durch die Unwetter kam es zu Überflutungen in Oberösterreich und Tirol, in Kärnten wurde eine Straße durch eine abgegangene Mure verlegt. In Tirol sorgte außerdem ein massiver Felssturz am Samstagabend für eine Sperre der Ötztalstraße (B186).

Ein 30 bis 40 Kubikmeter großer Felsblock war ausgebrochen und hatte einen Teil der dortigen „Leckbach Galerie“ beschädigt. Da nach dem Felssturz jederzeit mit weiteren Bewegungen im Gelände gerechnet werden müsse, werde die Einspurigkeit in diesem Bereich über mehrere Wochen aufrecht bleiben, informiert das Land. Ursächlich für den Felssturz sei aber nicht das schwerere Unwetter gewesen, hieß es.

Die Unwetter hielten in Tirol aber ebenso die Feuerwehr auf Trab, zahlreiche Einsätze wegen Gewitter und Starkregens wurden verzeichnet. Betroffen war vor allem das Oberland. Größere Schäden blieben dabei aber aus, es kam zu kleinen und lokalen Überschwemmungen und Vermurungen.

Mure ging in Kärnten ab

Starkregen mit Hagel hat am Samstagnachmittag auch zu mehreren Unwettereinsätzen in Kärnten geführt. Laut Polizei wurde etwa im Ortsgebiet von Hüttenberg (Bezirk St. Veit an der Glan) die Görtschitztal-Bundesstraße (B92) durch eine Mure verlegt. Durch diese wurden auch Teile der Fassade und der Außenanlage eines Mehrparteienhauses und eines Wohnhauses beschädigt.

Lokale Gewitter mit Hagel, Sturm und Starkregen führten auch zu Einsätzen in Oberösterreich. Es sei teilweise zu lokalen Überflutungen gekommen und Verkehrswege mussten freigemacht werden. Insgesamt wurden die Feuerwehren zu 150 Einsätzen gerufen. (APA)

Scheidungen: Wie Corona Ehen zerstört

Krise. Die Pandemie als Auslöser für Scheidungen: Anwälte sehen Mehrfachbelastungen und Insolvenzen als Trennungsgründe. Wenn es im Herbst zu einer Pleitewelle kommt, könnte dies auch zu mehr Scheidungen führen.

VON MANFRED SEEH

Wien. Knapp 40.000 Ehen wurden voriges Jahr standesamtlich geschlossen. Und damit um fast 14 Prozent weniger als 2019. Kein Wunder: Feste aller Art waren nur eingeschränkt möglich. Auf der anderen Seite: Fast 15.000 Ehen wurden 2020 rechtskräftig geschieden (Scheidungsrate: 38 Prozent), neun Prozent weniger als im Jahr davor.

Vielfach wirkte sich die Pandemie auf die Trennungen aus. „Corona ist ein massiver Beschleuniger für Scheidungen“, meint Scheidungsanwältin Kristina Venturini. Und: „Die meisten Ehen sind nicht dafür konzipiert, dass man einander den ganzen Tag, mehrere Monate hindurch sieht.“ Dazu kämen Doppelbelastungen wie Home-Office und Homeschooling - auf mitunter engem Raum. „Und womöglich hat der eine oder andere auch seinen Job verloren.“

Existenzängste kämen hinzu. „Menschen müssen in dieser extremen Ausnahmesituation wirk-

lich füreinander bestimmt sein, damit die Ehe oder Beziehung überlebt. Für mich in meiner mehr als 21-jährigen Praxis als Scheidungsanwältin hat sich mit Corona das Motto bewahrt: Was nicht zusammengehört, gehört nicht zusammen und wird sich trennen.“ Venturini erinnert aber auch an die umgekehrte Situation: „Selbstverständlich sind auch viele Paare enger zusammengerückt und haben die Krise gemeinsam gut gemeistert.“

Rechtsberatung: Viel Nachfrage

Anwalt Florian Höllwarth ist ebenfalls alarmiert: „In meiner Kanzlei ist ein stark erhöhtes Interesse an rechtlichen Beratungen hinsichtlich Scheidungen bemerkbar. Vor allem jene Ehepartner, die in Kurzarbeit oder derzeit ohne Beschäftigung sind, sind sich aufgrund der Coronakrise bewusst geworden, dass die Ehe gescheitert ist.“

Und: „Es wird uns immer wieder mitgeteilt, dass - vor allem Frauen - schon vor Corona mit Trennungsgedanken gespielt ha-

ben, aber weil sie in einem Beschäftigungsverhältnis gewesen sind, das Thema Trennung als nicht so dringend erachtet haben.“ Durch enges Zusammensein mit dem Ehepartner sei „nicht nur der Leidensdruck gestiegen, sondern auch das Bedürfnis nach Trennung“.

Auch außereheliche Verhältnisse würden durch Corona neu bewertet: „Mandanten berichten uns, dass sie bereits vor Corona eine außereheliche Beziehung geführt haben und diese aufgrund der Ausgangssperren nicht mehr pflegen konnten, aber lieber beim Freund oder bei der Freundin gewesen wären.“

Andererseits: „Es gibt jene, die von der außerehelichen Beziehung ihres Partners gewusst, diese geduldet haben, sich aber während der Coronazeit bewusst gemacht haben, dass sie diesen Zustand nicht fortführen möchten.“

„Scheidungselle“ im Herbst?

Indessen macht Scheidungsanwalt Clemens Gärner (Kanzlei Gärner/

Perl) auf die zu erwartende Insolvenzwelle aufmerksam: „Man merkt, dass viele derzeit den Atem anhalten, bis sie wissen, wie es wirtschaftlich weitergeht.“

Und: „Wir meinen, dass es spätestens im Herbst, wenn in Österreich die Pleitewelle erwartet wird, zu einer Scheidungselle kommen wird. Denn die wenigsten Ehen halten eine Insolvenz aus.“ Eheleute würden oft aus allen Wolken fallen und sich hintergangen fühlen, wenn Partner ihre Finanznöte eingestehen: „Für sie ist eine vermeintliche Pleite genauso schlimm wie eine Affäre.“

STATISTIK

Die Scheidungsrate war 2020 in den Bundesländern zum zweiten Mal in Folge in Niederösterreich mit 41,4 Prozent am höchsten. Es folgen Vorarlberg (40,2 Prozent), Burgenland (39,7 Prozent), Kärnten sowie Wien (je 39 Prozent), Salzburg (36,4 Prozent), Steiermark (36,2 Prozent) und Oberösterreich (34,9 Prozent). Tirol war das Schlusslicht (32,2 Prozent).

NACHRICHTEN

Schlangenbiss in Kindergarten

In einem Kindergarten in Baden wurde am Freitag eine Pädagogin von einer Schlange gebissen und musste ins Krankenhaus gebracht werden. Sie hatte im Garten versucht, das Tier mit einem Stock wegzuschleppen, als es zubiss. Das Tier wurde nicht gefunden, es dürfte aber ungefährlich sein.

Passanten in Wels von 15 Männern verprügelt

Eine Gruppe von 15 Männern ist in der Nacht auf Sonntag durch Wels gezogen und hat offenbar wahllos Passanten verprügelt. Zwei Männer und ein Jugendlicher wurden verletzt. Die Polizei fahndet nach den Tätern.

Sieben-Tages-Inzidenz liegt nun unter 25

Die Sieben-Tages-Inzidenz entwickelt sich in Österreich weiter positiv: Sonntagvormittag hat diese laut Innen- und Gesundheitsministerium mit 24,9 die Schwelle von 25 unterschritten.

NACHRICHTEN

Volkswagen einigt sich auf Schadenersatz

Volkswagen hat sich mit dem früheren Konzernchef Martin Winterkorn und weiteren Ex-Vorständen auf eine Entschädigung für den mit Milliardenkosten aufgearbeiteten Dieselskandal verständigt. Laut „Business Insider“ soll sich Winterkorn bereit erklärt haben, rund zehn Millionen Euro zu zahlen.

Hohe Subventionen für Firmen in Österreich

Fast fünf Prozent des BIPs gingen in Österreich als Subvention an Firmen. Österreich hat damit verhältnismäßig mehr als jeder andere EU-Staat ausgegeben – mehr als dreimal so viel wie Deutschland, rechnet das Momentum-Institut vor. 2020 stiegen die Unternehmenssubventionen auf 18,2 Mrd. Euro, 2019 waren es noch vier Mrd.

Frankreich bis 2022 auf Vorkrisenniveau

Frankreichs Wirtschaft wird bis Anfang 2022 wieder das Niveau von vor der Coronakrise erreichen, sagt der französische Finanzminister Bruno Le Maire – und bekräftigt das Ziel, heuer um fünf Prozent zu wachsen.

Zu wenig Arbeitskräfte in Gastronomie

Wirtschaftskammer fordert flexiblere Arbeitslose.

Wien. Wegen des Personalmanagements in der Gastronomie nach der Corona-Öffnung fordert die Wirtschaftskammer eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose. Es könne nicht sein, dass in einigen Bezirken Gastro-Mitarbeiter arbeitslos gemeldet sind, obwohl dort zeitgleich mannigfaltige Stellen frei seien, so WKÖ-Vertreter Mario Pulker. (APA)

Österreicher bleibt VW-Chefaufseher

Autoindustrie. Der Aufsichtsratschef des Volkswagen-Konzerns und Vorsitzende der Familienholding Porsche SE, Hans Dieter Pötsch, wird auch künftig den Weg beim Autohersteller vorgeben.

Hamburg. Hans Dieter Pötsch soll weitere fünf Jahre Aufsichtsratsvorsitzender von Volkswagen bleiben. Der Aufsichtsrat des Wolfsburger Autokonzerns beschloss am Wochenende, der Hauptversammlung im Juli die Wahl des 70-Jährigen für eine zweite Amtszeit vorzuschlagen. Das Kontrollgremium folgte damit dem Votum des Nominierungsausschusses.

Der gebürtige Oberösterreicher, der zuvor lange Finanzvorstand von Volkswagen gewesen ist, steht seit Oktober 2015 an der Spitze des 20-köpfigen VW-Aufsichtsgremiums. Er wurde damals als Oberaufseher gewählt, um den Konzern in der Spur zu halten, nachdem dieser durch den Dieselskandal ins Schleudern geraten war.

Die Fähigkeit zu vermitteln

Diese Krise hat Volkswagen bisher weitgehend unbeschadet überstanden. Deshalb gilt der 1,90-Meter-Mann für viele in dem Konzern mit oft widerstreitenden Interessen als unersetzlich. Die Anteilseigner loben das Geschick, mit dem der gebürtige Österreicher wiederholt im Streit zwischen Betriebsrat und Management vermittelt hat.



Der 70-jährige Hans Dieter Pötsch kontrolliert den VW-Konzern seit 2015.

[imago]

Erst im Dezember gelang Pötsch in einer Art Pendeldiplomatie durch Gespräche mit dem damaligen Betriebsratschef Bernd Osterloh, den Eignerfamilien Porsche und Piech und dem Land Niedersachsen, ein Führungschaos abzuwenden. Damals hatte sich Konzernchef Herbert Diess mit der Forderung nach einer Vertragsverlängerung ins Abseits manövriert und stand Insidern zufolge vor der

Entlassung. Am Ende wurde ein Burgfrieden ausgehandelt. Dieser ermöglichte es Diess, im Amt zu bleiben und den Umbau in Richtung E-Mobilität voranzutreiben.

Bei internationalen Investoren ist Pötsch nicht unumstritten. Fondsgesellschaften und Aktionärsvertreter reiben sich an seiner Doppelrolle als Chefaufseher von Volkswagen und Vorstandsvorsitzender der Familienholding Por-

sche SE, die die Mehrheit an dem Wolfsburger Autokonzern hält. Kritiker werfen Volkswagen daher Mängel bei den Grundsätzen guter Unternehmensführung vor.

Verfahren wurden eingestellt

Im Zuge der Aufarbeitung des Dieselskandals sah sich Pötsch mit Vorwürfen der Marktmanipulation konfrontiert. Die Staatsanwaltschaft hatte ihn als Ex-Finanzvorstand und den heutigen VW-Chef Diess ins Visier genommen, weil sie ihre Pflichten zur Information des Kapitalmarktes verletzt haben sollen, als der Skandal im September 2015 ans Licht kam. Das Verfahren gegen beide wurde gegen die Zahlung von je 4,5 Mio. Euro eingestellt. Volkswagen hatte damals zugegeben, Dieselabgaswerte durch eine Abschaltvorrichtung manipuliert zu haben. Diese sorgte dafür, dass Autos die erlaubten Stickoxidwerte auf dem Prüfstand zwar einhielten, auf der Straße aber ein Vielfaches dieser Abgase ausstießen. Noch ist ein Ende der zahlreichen Prozesse nicht absehbar. Der Skandal hat den Konzern bisher schon eine Zahlung von rund 32 Mrd. Euro gekostet. (Reuters/red.)

Österreichs Hotellerie zu 70 Prozent ausgelastet

Tourismus. Die ersten Öffnungsschritte zeigen Wirkung, ausländische Gäste buchen wieder Urlaub in Österreich.

Wien. Der Weg zurück zur Normalität ist bereits beschritten. Durch die Coronalockerungen hofft die neue Chefin der Österreich Werbung (ÖW), Lisa Weddig, wieder auf mehr ausländische Gäste für den heimischen Tourismus. Für den August sei man jetzt schon bei 70 Prozent Auslastung in der Ferienhotellerie, so Weddig in einem Interview. Die Städtetouristik hinke jedoch noch etwas hinterher. Mit der 17 Mio. Euro schweren „Restart“-Kampagne wolle man Österreich wieder als Urlaubsland positionieren.

Für die Feriendestinationen seien die Buchungen seit der Lockdown-Öffnung am 19. Mai in die Höhe geschossen, so die ÖW-Chefin. 25 Prozent aller Urlauber in Österreich kämen aus dem Inland.

Für die Gäste aus dem Ausland werde man verstärkte Marketingmaßnahmen zunächst in den sieben nächstliegenden Märkten starten: Deutschland, Holland, Belgien, Schweiz, Tschechien, Polen, Ungarn. „Das sind die Nahmärkte auf die wir jetzt den Fokus setzen“, so Weddig: „Wir stehen in intensivem Wettbewerb mit anderen Län-

dern. Da wollen wir auffallen als Österreich.“

Ein Teil bei der Neuaufstellung der Tourismuskommunikation und Tourismuswerbung sei es, „in unseren wichtigsten Herkunftsmärkten sogenannte Österreich-Häuser zu etablieren, in denen wir Synergien nutzen. Von der ÖW über die Außenhandelsstellen bis hin zu den Botschaften“, sagte Tourismusministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) dazu: „Es soll einen One-Stop-Shop im Ausland für die Anliegen der Wirtschaft und des Tourismus geben.“

„Die Österreich Werbung habe ein Sonderbudget von der Bundesregierung bekommen, in Höhe von 40 Millionen letztes Jahr“, sagte Weddig – „und das bringt uns jetzt in die Lage, dass wir die Restart-Kampagne zu unserer größten Kampagne machen können, die wir jemals gehabt haben, mit einem Budget von 17 Millionen Euro, das wir ab jetzt bis in den Herbst hinein verwenden werden, um Österreich wieder zu positionieren als Urlaubsland.“ Die ÖW wird zu 75 Prozent vom Bund, zu 25 von der Wirtschaftskammer finanziert. (APA)

SICHERE MEINEN SCHUTZ
GREENPEACE
artenvielfalt.greenpeace.at

Petition: SMS* mit RETTEN an 54554

*Mit Ihrer SMS erklären Sie sich einverstanden, dass Greenpeace Ihre Telefonnummer zum Zweck der Kampagnenkommunikation erheben, speichern & verarbeiten darf. Diese Einwilligung kann jederzeit per Nachricht an service@greenpeace.at oder Greenpeace, Wiedner Hauptstraße 120-124, 1050 Wien widerrufen werden. SMS-Preis laut Tarif, keine Zusatzkosten.

Langeweile kann für Anleger gefährlich sein

Anlegerfehler. Die eigene Psyche verhindert mitunter, dass Anleger Gewinne erzielen. Nicht nur Angst und Gier können zu Fehlentscheidungen führen, auch Langeweile. Und Informationen können eine verzerrte Wahrnehmung unterstützen.

VON BEATE LAMMER

Wien. Fragt man Menschen mit mehr als 20 Jahren Börsenerfahrung nach ihren größten Anlegerfehlern, verweisen nahezu alle auf die Dotcom-Blase. Um die Jahrtausendwende hatte die (durchaus richtige) Annahme, dass das Internet die Welt verändern werde, die Kurse von innovativen wie dubiosen Internetfirmen gleichermaßen in gefährliche Höhen getrieben. Hinweise auf die extrem hohen Bewertungen von Aktien tat man ab mit dem Argument, dass diesmal alles anders wäre, denn die Zeiten hätten sich ja wirklich geändert.

Selbstüberschätzung war weit verbreitet: Wer in Technologieaktien investiert hatte und auf hohen Buchgewinnen saß, schrieb das dem eigenen Investmentgenie zu. Und er wollte noch höhere Gewinne erzielen. Wer noch keine solchen Aktien hatte, wurde von der Angst erfasst, etwas zu versäumen. Wenn Freunde und Bekannte von noch höheren Gewinnen berichteten, als man selbst erzielt hatte, wollte man sie übertrumpfen.

Und als die Blase geplatzt war und die Kurse zwischen 2000 und 2002 einbrachen, verkauften viele auf dem Tief und hatten von Aktien für lange Zeit genug.

Süchtig nach Erlebnissen

Kurzum: Es war in dieser Phase äußerst schwierig, keinem der typischen Anlegerfehler zu unterliegen. Herdentrieb, Gier und Angst sind keine guten Ratgeber an der Börse. Wer Angst hat, kauft entweder gar nie (und lässt sich damit Renditen entgehen) oder verkauft in Panik und mit Verlust, wenn die Kurse am Boden angekommen sind. Wer zu gierig ist, will noch höhere Gewinne erzielen und kauft bevorzugt in Euphorie-Zeiten und zu Höchstkursen. Doch gibt es noch weitere Zustände, die

die Rendite anknabbern. Langeweile etwa. Manche Trader sind süchtig nach Erlebnissen. Wenn sich eine Aktie längere Zeit nur wenig bewegt, wird ihnen fad. „Dies kann den Trader dazu verleiten, von seinem Plan abzuweichen und unnötige Risiken einzugehen, um etwas Spannung zu erzeugen“, beschreibt der Broker IG dieses Verhalten in einem Leitfaden, der sich mit den Auswirkungen von Persönlichkeitsmerkmalen, Emotionen und Stimmung, Verhaltensverzerrungen sowie sozialem Druck beim Trading befasst.

Nicht nur eigene Charakterzüge können zu irrationalen Verhalten führen, auch sozialer Druck: So kam etwa eine Studie von Oege Dijk 2016 zu dem Ergebnis, dass Anleger, die wissen, dass jemand von ihren Entscheidungen erfährt, höhere Risiken eingehen als solche, die sich völlig unbeobachtet fühlen. Denn sie sehen sich in Konkurrenz zu anderen Anlegern und wollen gewinnen – nicht nur absolut, sondern auch in Relation zu den anderen.

Sich zu informieren, kann grundsätzlich nie schaden. Das Problem: Menschen neigen dazu, verfügbare Informationen überzubewerten. Auch suchen sie (unbewusst) nach solchen Informationen, die die eigene Meinung bestätigen. Die IG-Experten raten daher, auch gezielt nach Gegenmeinungen zu suchen und diese zu reflektieren.

Ein Problem sind auch Denkfehler wie die Verlustaversion. Menschen empfinden Verluste als wesentlich schmerzlicher, als sie sich an Ge-

winnen erfreuen. Die Folge: Anleger realisieren Verluste nicht, weil sie hoffen, dass sie doch noch zu Gewinnen werden. Aktien mit Gewinn verkaufen sie dafür vor schnell, weil sie die Belohnung ja bereits erhalten haben.

So hat Terrance Odean in den Neunziger-Jahren 10.000 Anlegerkonten in den USA untersucht. Die Ergebnisse zeigten, dass Positionen mit negativer Entwicklung über einen wesentlich längeren Zeitraum gehalten wurden als solche mit positiver Entwicklung.

Das hat auch damit zu tun, dass viele Anleger ihren eigenen Kaufpreis als Richtschnur sehen. Wenn die

Aktie darunter liegt, erscheint sie ihnen billig, steigt sie darüber, erscheint sie ihnen teuer.

Ein weiterer Denkfehler ist der Spielerfehlschluss: Casinospieler und Anleger nehmen oft an, dass sich aus zufälligen vergangenen Ereignissen Rückschlüsse auf die Zukunft ziehen lassen. Wenn beim Roulette zehnmal hintereinander Rot gefallen ist, dann müsse doch jetzt mit höherer Wahrscheinlichkeit Schwarz kommen.

„Ich habe es ja gewusst“

Anleger denken ähnlich. So kam eine Studie zu dem Ergebnis, dass eine Mehrheit (55 Prozent) annimmt, dass ein zufälliges Ereignis mit höherer Wahrscheinlichkeit erneut auftritt, wenn es bereits in der Vergangenheit schon einmal aufgetreten ist. Das kann zu Fehlentscheidungen führen.

Einem Rückschaufehler unterliegt man, wenn man sich fälschlich erinnert, ein Ereignis (ein Wahlergebnis, ein Fußballergebnis oder den Kursverlauf einer Aktie) eigentlich ohnehin vorhergesehen zu haben. Die Frage, warum man dann nicht nach dieser Einsicht gehandelt hat, verdrängt man. Man denkt aber, dass man auch in Zukunft Kursverläufe vorhersagen kann, und ver-

traut diesen Prognosen. Einem Bestätigungsfehler wiederum unterliegt man, wenn man Informationen, die die eigene Einschätzung stützen, für relevanter hält als Informationen, die das nicht tun. Menschen, die zu Selbstüberschätzung neigen (einem Charakterzug, der an der Börse ebenfalls ungünstig ist), unterliegen solchen Fehlern häufiger: Die IG-Autoren verweisen auf eine Studie, wonach Trader mit höherer Tendenz zu Bestätigungsfehlern zu erheblicher Selbstüberschätzung neigen und auch häufiger handeln.

Bleibt die Frage, wie man nun mit dem Wissen um derlei Anlagefehler umgehen soll. Der Broker IG rät, sich gut zu informieren, sich einen Überblick zu verschaffen, um rationale und eigene Entscheidungen zu treffen. Das kann zweifellos helfen, sofern die intensive Beschäftigung mit einem Thema nicht erst recht zu neuen Anlagefehlern führt – etwa einem Tunnelblick. So neigen Leute, die eine Branche besonders gut kennen, dazu, Unternehmen aus dieser Branche für attraktiver zu halten als andere – und einen zu hohen Anteil ihres Vermögens in diese Branche zu investieren.

Breit und langfristig anlegen

Vor derlei Selbstüberschätzung schützt man sich am besten durch zwei Faustregeln des Investierens: breit gestreut und langfristig investieren. Sehr aktive Trader, die oft verkaufen und kaufen, schneiden bei der Geldanlage häufig schlechter ab als solche, die seltener handeln, wie der Wirtschaftsnobelpreisträger und Psychologe Daniel Kahneman herausgefunden hat. Denn sie halten ihre eigenen Überzeugungen für Expertise. Und das ist häufig ein Irrtum. [Getty Images]



Die Signale, dass es an den Börsen nicht immer so weitergehen wird wie seit der Finanzkrise, mehren sich. Das ist aber kein Grund zur Panik.

Kommt ein Absturz wie 1929 oder nur ein Schreck wie 1987?

BLACK MONDAY

VON BEATE LAMMER

Im Jänner hatte man es noch als vorübergehendes Hype-Phänomen abgetan: Kleinanleger hatten sich auf der Plattform Reddit verabredet, um den Aktienkurs des angeschlagenen Videohändlers GameStop hochzutreiben und Hedgefonds zuzusetzen, die auf fallende Kurse gewettet hatten. Binnen weniger Wochen verzehnfachte sich der Kurs. Das könne kein gutes Ende nehmen für jene Anleger, die spät eingestiegen waren, dachte man. Tatsächlich brach der Kurs von über 400 auf unter 40 Dollar ein. Das war im Februar. Und jetzt? Zuletzt wurde die GameStop-Aktie wieder um 248 Dollar gehandelt. Die Sache ist noch nicht zu Ende.

Auch der Hype um die Spaßwährung Dogecoin legt den Verdacht nahe, dass verspielte Anleger zu viel Geld haben, das sie immer wieder in den Markt werfen, auch wenn sie sich

noch so oft die Finger verbrennen. Ein Signal, dass es mit dem Bullenmarkt bald zu Ende gehen könnte?

Warnzeichen gibt es einige. Da wäre einmal die steigende Inflation, von der manche hoffen, dass sie nur vorübergehend ist, weil ja die Preise vor einem Jahr so niedrig waren. Doch vielleicht bleibt sie uns länger erhalten. Das wäre zwar kein Beinbruch für Aktien. Konsumgüterfirmen können die Preise weitergeben, Rohstofffirmen würden von höheren Preisen und Banken einer größeren Zinsspanne (Differenz zwischen Kredit- und Guthabenzinsen) profitieren. Insgesamt wäre eine höhere Inflation aber nicht gut für Aktien, weil die Notenbanken womöglich die Zinsen anheben würden. Und dann gäbe es gut verzinsten Alternativen zu Aktien, was Letztere weniger attraktiv macht.

Auch die hohe Bewertung der Aktien ist ein Warnzeichen. Gemessen am Shiller-KGV (dem inflationsbereinigten durchschnittlichen Kurs-Gewinn-Verhältnis der vergangenen zehn Jahre) sind Aktien fast schon so

teuer wie vor dem Platzen der Dotcom-Blase um die Jahrtausendwende. Nun kann man die Aussagekraft des Shiller-KGVs anzweifeln, schließlich spielen die vergangenen Gewinne wenig Rolle für die Zukunft. Beruhigend ist es dennoch nicht.

Die Sorge der Anleger hält sich vorerst in Grenzen. Der als Angstbarometer gesehene VIX-Index, der die impliziten (erwarteten) Schwankungen im US-Aktienindex S&P 500 misst, ist zwar höher als vor vier Jahren, liegt aber unter dem historischen Schnitt. Auch das ist kein so gutes Zeichen. Wenn kaum jemand mit einer scharfen Korrektur rechnet, dann fällt sie umso heftiger aus, weil niemand Geld auf der Seite hat, um nachzukaufen.

Das uns eine Phase ins Haus steht, in der die Crashpropheten sich endlich im Recht fühlen können, ist nicht unwahrscheinlich. Neben der Frage, wann eine solche Phase beginnt, ist auch offen, wie schlimm sie ausfallen wird. Dafür hat die Geschichte sehr unterschiedliche

Der Hype um Dogecoin legt nahe, dass verspielte Anleger zu viel Geld haben, das sie immer wieder in den Markt werfen.

Beispiele parat: Im März 2020 stürzten die Kurse binnen weniger Wochen um mehr als ein Drittel ab, ein halbes Jahr später gab es schon wieder ein Rekordhoch. Im Herbst 1987 verlor der S&P 500 ebenfalls gut ein Drittel, allein am 19. Oktober, dem Schwarzen Montag, rutschten die Kurse um ein Fünftel ab. Eineinhalb Jahre später gab es neue Rekorde.

Es kann schlimmer sein: Die tiefste und längste Bärenmarkt-Phase war während der Weltwirtschaftskrise, als die Kurse zwischen 1929 und 1932 um mehr als 85 Prozent nachgaben und erst 1954 wieder Rekorde erreichten. Dass so etwas wieder passiert, gilt als unwahrscheinlich, doch das schien es in den Goldenen Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts auch. Wer breit gestreut ist und nicht nur Aktien aus verschiedenen Regionen und Branchen hat, sondern auch andere Sachwerte und vor allem Cash zum Nachkaufen, hält es leichter aus, wenn die Baisse-Phase länger dauert.

E-Mails an: beate.lammer@diepresse.com

Was Sie beachten sollten bei ...

Besondere und rare Autos erzielen immer wieder interessante Wertzuwächse. Die Regel ist das aber keineswegs. Auf finanziellen Gewinn sollte man sicherheitshalber nicht aus sein.

Mehr Tipps für Ihre persönlichen Finanzen:
www.diepresse.com/meingeld

Tipp 1

Aufs Herz hören. Welches Auto macht einem Freude? Warum erfüllt man sich nicht einen Kindheitstraum? Ein solches Auto lohnt sich über die Jahre – durch die Freude, die man daran hat. Es sei ein „Glück“, so der Experte, wenn sich irgendwann tatsächlich eine Wertsteigerung ergebe. Vorhersehen könne man die aber nicht, das wäre bloß wilde Spekulation.

Tipp 2

Nach Höherem streben. „Es gibt nichts Teureres als ein billiges Auto“, sagt Porsche-Experte Georg Konradshaim. Ein verlockend günstiges Angebot, eine Werkstatt, die nicht sauber begutachtet hat, schon stehe man vor erheblichen Kosten für Instandsetzung, Reparatur und Restaurierung. Nur „das Beste“ verspreche Wertstabilität.

Tipp 3

Sauber recherchieren. Man muss kein Experte sein, um ein altes Auto zu kaufen, doch sehr wohl brauche es fundierte Information und Übersicht über den Markt. Dazu komme man über Internet, Fachliteratur in Form von Büchern und Magazinen, Erkundungen bei Markenklubs, Sammlern und Händlern. Dafür sollte man sich ausreichend Zeit nehmen.

Tipp 4

Kosten bedenken. Ein schönes altes Auto kann Freude machen und vielleicht einen Teil der Investition zurückbringen. Doch es fallen auch Kosten abseits des Kaufpreises an, für Wartung, Einstellung und Erhaltung, die oftmals unterschätzt werden. Wer hierbei mit knappem Budget operiert, zahlt am Ende auch noch durch den entstehenden Wertverlust drauf.

der Anschaffung eines automobilen Klassikers

„Am besten nicht an Gewinn denken“

Mobilien. Wertpapiere, Immobilien, Edelmetalle – aber können auch Autos eine lukrative und sichere Wertanlage sein? Warum der Wiener Porsche-Experte und Händler Georg Konradshaim lieber nicht von Wertsteigerung reden möchte.

VON TIMO VÖLKER

Wien. Immer wieder poppen Meldungen auf von sagenhaften Auktionserlösen, die mit alten Autos erzielt werden. Und lange Zeit schien es, als wäre alt gleich kostbar. „Bis 2015 war es tatsächlich so, dass die Preise für alte Autos gestiegen sind, auch für weniger hochklassige Ware“, erklärt der weit über Österreich hinaus angesehene Porsche-Experte und Händler Georg Konradshaim. „Dann ist man draufgekommen, dass es Unsinn ist, jedes Altmittel zu horten und auf tolle Wertsteigerung zu warten.“ Die Fuhrparks wurden reduziert, viele Autos kamen auf den Markt, und vielfach stellte sich heraus, dass die Erwartungen weit überhöht waren. „Nur wirkliche Super-Autos sind stabil geblieben. Und davon gibt es wenige“, sagt Konradshaim. Die „schlechten“ setzten dagegen hart auf dem Boden der Realität auf.

„Lassen Sie's sein“

Das Thema beschäftige ihn täglich. Einerseits über Kunden, die bei ihm einen Porsche kaufen wollen, „aber bitte mit Wertsteigerung“. Ihnen antwortete Konradshaim stets: „Lassen Sie's sein.“

Eine sichere Wertentwicklung lasse sich nicht vorhersehen, und, so Konradshaim, „das Leben ist begrenzt. Besser, man füllt die Zeit mit Dingen, die einem Freude machen“. Daraus ergebe sich auch

seine Empfehlung für einen Kauf: „Man kauft das, was einem am besten gefällt. Und davon das Beste, was man auf dem Markt finden kann. Das Beste ist immer selten.“ So verhalte es sich auch mit Uhren, Bildern, Wertgegenständen aller Art. „Ich bemühe mich, den Leuten beizubringen, nicht an Gewinn zu denken.“ Der einzig sichere Gewinn sei, „wenn ich über die Jahre eine Freude an dem Objekt gehabt habe“. Sollte sich herausstellen, dass der Wert gestiegen sei, wäre das ein Glück, quasi eine Draufgabe. Von „Wertsteigerung“ spreche er bewusst nie. Eher von der Aussicht auf „Wertstabilität“.

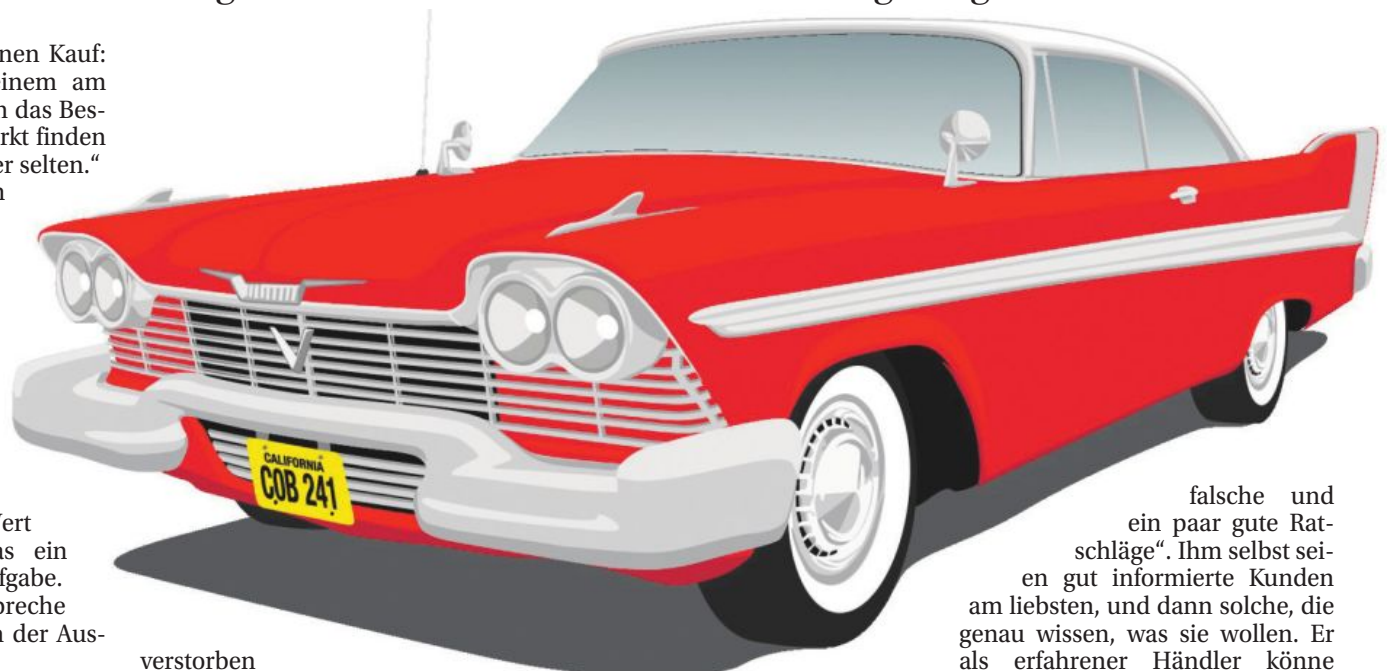
Dass Autos überhaupt zu Spekulationsobjekten wurden, sei eine Entwicklung, die erst um 1990 richtig begonnen habe. Bis dahin sei man grundsätzlich davon ausgegangen, dass ein Auto mit der Zeit weniger wert werde, als Gebrauchsgegenstand, obgleich er sich dann manchmal fragte: „Welches Hobby kann man haben, das auch wieder Geld zurückbringt?“ Golf, Reiten, Trinken, derlei schied aus. Die Liebe zu Klassikern auf vier Rädern konnte sich hingegen als lukrativ erweisen.

Am spektakulärsten bei der Marke Ferrari, nachdem der Firmengründer Enzo Ferrari 1988

verstorben

war. Die Preise für klassische Ferrari gingen durch die Decke – ein Hype, der den gesamten Markt mitzog. Doch, wie erwähnt: Dass jedes alte Auto kostbar wäre, bloß weil es alt sei, davon könne man längst nicht mehr ausgehen. Was freilich nicht bei allen angekommen sei: „Es ist mühsam beim Kauf“, erzählt Konradshaim, „wenn die Erwartungen überzogen sind.“ Er sei oft der Bote, der für die schlechte Nachricht gestraft werde. „Wenn den Kauf dann ein anderer macht, zu dem Preis, den ich vorgeschlagen hatte.“

Kriterien für einen guten Kauf mit Chancen auf Konradshaims



falsche und ein paar gute Rat-schläge“. Ihm selbst seien gut informierte Kunden am liebsten, und dann solche, die genau wissen, was sie wollen. Er als erfahrener Händler könne dann unterstützen – mit Beratung, welches Modell wirklich zum Käufer passt.

Auktionen empfiehlt Konradshaim nicht: „Nur wenn Geld keine Rolle spielt oder man sich super auskennt.“ Die Beschreibung der Objekte sei oft „Hans-Christian Andersen und Gebrüder Grimm“, vielfach bekämen die Experten die Autos gar nicht zu Gesicht. Eher noch rate er zu Plattformen wie „bringatrailer.com“, auf denen es transparent und ehrlich zugehe, mit vielen Fotos und Beschreibungen, die klar ersichtlich von den Verkäufern stammen, nicht von „objektiven“ Experten. [Getty Images]

Bitcoin: Zu abhängig oder zu erfolgreich?

Krypto-Assets. Einmal mehr hat ein Tweet von Tesla-Chef Elon Musk den Bitcoin-Kurs ins Wanken gebracht. Indes will El Salvador die Kryptowährung zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel machen. Und Investor Ray Dalio würde eher in Bitcoin investieren als in Staatsanleihen.

Wien. Ein paar Tage lang hatte es so ausgesehen, als würde sich Bitcoin von dem schweren Absturz erholen, den es erlitten hatte, nachdem Tesla-Chef Elon Musk mitgeteilt hatte, dass Tesla die älteste und größte Kryptowährung nicht mehr als Zahlungsmittel akzeptieren wolle. Am vergangenen Freitag folgte der nächste Schlag, als Musk auf Twitter neben das Wort „Bitcoin“ ein Emoji setzte, das ein gebrochenes Herz zeigte. Der Bitcoin-Kurs rutschte abermals ab.

Abhängig von Musk

Kritiker meinten erneut, dass man wenig von Bitcoins Dezentralität merke, wenn die Cyberdevisen so stark von den Wortspenden eines exzentrischen Milliardärs abhängig sei. Wie berichtet, hatte Musk im Februar kundgetan, dass Tesla 1,5 Milliarden Dollar in Bitcoin investiert habe. Zudem werde der E-Autobauer in den USA Bitcoin als Zahlungsmittel akzeptieren. Diese Ankündigungen verliehen dem Bitcoin-Preis einen enormen Schub, der mit dem Börsengang



Reparaturen in einer Bitcoinfarm in Quebec. Bitcoins verbrauchen viel Strom. [AFP]

der Kryptobörse Coinbase seinen Höhepunkt erreichte: Der Bitcoin-Preis kletterte auf ein Rekordhoch von 64.000 Dollar.

Kurze Zeit später teilte Musk mit, dass Tesla etwa ein Zehntel seiner Bitcoin-Bestände verkauft habe, um die Liquidität des Markts zu testen. Zum Absturz brachte er Bitcoin, als er mitteilte, dass Tesla doch keine Bitcoins mehr als Zahlungsmittel akzeptieren wolle, weil

deren Produktion so energieaufwendig sei und der dafür notwendige Strom zu einem Gutteil aus chinesischer Kohleenergie stamme. Bitcoin fiel in den folgenden Wochen zeitweise unter 30.000 Dollar. Michael Saylor, Chef des Softwareunternehmens MicroStrategy, eines großen Bitcoin-Investors, vermittelte: Mehrere Bitcoin-Schürfer taten sich zusammen, um Umweltstandards für die Branche

zu erarbeiten. Möglicherweise wird es irgendwann gekennzeichnete „grüne“ Bitcoins geben, die ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Das ist aber noch Zukunftsmusik.

Vorstoß von El Salvador

Indes gab es auch Rückenwind für Bitcoin: El Salvador will die Kryptowährung zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel machen. Er werde kommende Woche einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Kongress einbringen, sagte Präsident Nayib Bukele am Samstag in einer Videobotschaft an die Bitcoin 2021 Conference in Miami. „Das wird Jobs schaffen und Tausende Menschen in den formellen Wirtschaftskreislauf integrieren.“

Nach Angaben des Chefs des Zahlungsdienstleisters Zap, Jack Mallers, wäre El Salvador das erste Land der Welt, das Bitcoin als gesetzliches Zahlungsmittel zulässt.

Unterstützung hatte Bitcoin zuvor von dem Investor und Hedgefonds-Manager Ray Dalio bekommen, der bereits im März

bekannt gegeben hatte, dass er Bitcoin halte. Nun sagte er auf einer Krypto-Konferenz, Bitcoin werde ein besseres Instrument zum Sparen als Staats- oder Firmenanleihen sein, wenn erst genug Geld darin veranlagt sei. „Je mehr Ersparnisse wir in Bitcoin veranlagen, desto eher wird man sagen: Ich nehme lieber Bitcoin als Anleihen. Ich persönlich nehme tatsächlich lieber Bitcoin als eine Anleihe.“

Gefahr durch Erfolg

Denn je mehr Ersparnisse in Kryptowährungen fließen würden, desto weniger Macht hätten Regierungen über das Kapital der einfachen Leute. Doch sieht Dalio auch ein Risiko für Bitcoin, nämlich seinen Erfolg. Die wachsende Popularität von Krypto-Assets könnte dazu führen, dass Staaten härter gegen den Sektor durchgreifen. Selbst die USA könnten versuchen, Bitcoin zu verbieten, so wie sie in den 1930er-Jahren US-Bürgern den Besitz oder den Handel mit Gold verboten hatten. (b. l./ag.)

Wie kommt die Fed da wieder raus?

Geldpolitik der US-Notenbank. Die Stunde der Wahrheit für das größte geldpolitische Experiment der Nachkriegszeit rückt näher. Neue Inflationszahlen stehen an, und Anleger blicken mit Argusaugen auf die Entwicklung im Juni und Juli.

VON STEFAN RIECHER

New York. Es war im Mai 2013, als der damalige Notenbankchef Ben Bernanke andeutete, dass die Fed unter Umständen schon bald das Volumen an Anleihekäufen reduzieren könnte. Obwohl die Debatte nicht neu war und der Währungshüter im Prinzip die gleichen geldpolitischen Floskeln wie in den Monaten zuvor wiederholt hatte, brach Panik aus. Aktien stürzten ab, und Renditen für Staatsanleihen stiegen rasant an. Der Begriff „Taper Tantrum“ (Wutanfall der Märkte nach der Reduktion der Anleihekäufe) war geboren, und Investoren begannen sich zu wundern, wie die Zentralbank den Exit aus ihrer ultralockeren Politik jemals ohne Verwerfungen an den Märkten hinkriegen kann.

Notenbank ist vorsichtiger

Aus heutiger Sicht war die damalige Debatte fast schon kleinlich. Die Bilanz der Fed war von 2008 bis 2013 von einer Billion Dollar auf drei Billionen Dollar gewachsen. Zu einem echten Exit kam es nie, und als Folge des gewaltigen Corona-Stimulus steht die Fed-Bilanz heute bei acht Billionen Dollar. Obwohl die US-Konjunktur boomt und die Inflationsrate im April auf 4,2 Prozent gestiegen ist, pumpt die Notenbank weiterhin monatlich 120 Milliarden Dollar in die Märkte.

Kein Mensch weiß, wie das alles ausgeht. Klar ist bloß, dass die Stunde der Wahrheit sehr schnell



US-Notenbank-Chef Jerome Powell will die Fehler seines Vorgängers nicht wiederholen und hält sich mit Aussagen zurück. [Reuters]

näher rückt und Investoren sich darauf vorbereiten sollten.

Die gute Nachricht: Zumindest die Tatsache, dass die Fed ihre Anleihekäufe bald zurückfahren wird, haben die Märkte bislang verhältnismäßig gut verdaut. Auch wenn sich Fed-Chef Jerome Powell zurückhaltend gibt – er will Bernankes Fehler nicht wiederholen –, sprechen andere Notenbanker wie der Chef des Dallas-Ablegers, Robert Kaplan, bereits offen darüber. Ein echter Exit ist eine Reduktion

des Tempos, mit dem Geld in die Märkte gepumpt wird, freilich noch lang nicht. Aber im Vergleich zu 2013 ist die Gelassenheit der Investoren ein Grund zur Hoffnung.

Heikel wird es beim Thema Zinserhöhungen. Diese heiße Kartoffel will noch kein Notenbanker angreifen, der Leitzins soll zumindest noch bis nächstes Jahr und lieber noch bis 2023 bei null gehalten werden. Daran wird unmittelbar auch die für Donnerstag erwartete Inflationsrate für Mai

nichts ändern. Sie wird wahrscheinlich erneut deutlich über dem Zielwert von zwei Prozent liegen. Powell wird aller Voraussicht nach abermals betonen, dass es sich um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Sein Problem: Bereits im Sommer wird er das nicht mehr ganz so einfach argumentieren können. Bleibt die Teuerung im Juni und Juli hoch, werden die Börsianer nervös werden.

Eine wichtige Rolle spielen nämlich die zuletzt gesehenen An-

stiege der Lohnkosten. Trotz hoher Arbeitslosigkeit sind Arbeitskräfte in der Service-Industrie knapp, weil Washington bis September ein zusätzliches Arbeitslosengeld in Höhe von 300 Dollar pro Woche bezahlt. Das nimmt vielen Leuten die Motivation, sich einen Job zu suchen. Als Folge haben mehr als 20 Bundesstaaten bereits einseitig beschlossen, den Geldhahn früher, nämlich im Juni oder Juli, abzudrehen. Die Notenbanker gehen auch deshalb davon aus, dass sich die Inflationsraten bereits im Sommer wieder in der Gegend von zwei Prozent einpendeln könnten.

Vermögen umschichten

Bleibt abzuwarten, ob sie recht behalten. Vernünftige Kleinanleger tun gut daran, zumindest einen Teil ihres Portfolios umzuschichten, um auch für höhere Inflationsraten gerüstet zu sein. Dafür eignen sich auf der einen Seite klassische Investments, die vor Teuerung schützen sollen: Gold, Immobilien oder für Mutige unter Umständen auch das Krypto-Asset Bitcoin.

Wiewohl: Alternative Investments sollten nie den Großteil des Portfolios ausmachen. Innerhalb der Aktienklassen könnte deshalb der Anteil jener Firmen, die eher von Inflation profitieren, erhöht werden: Dazu zählen Zykliker wie Banken oder Telekommunikationsfirmen, während Tech-Firmen in einem inflationären Umfeld ein Risiko darstellen.

Die Perspektiven am Sonntag

Sehen Sie die Welt aus verschiedenen Blickrichtungen.

Jetzt
um nur
8,50 Euro
pro
Monat

DiePresse.com/Sonntag

Die Presse am Sonntag

Menschen. Geschichten. Perspektiven.

ANALYSTENTIPP

Andritz: Erste Group erhöht Kursziel

Die Erste Group hat das Kursziel für die Aktie des heimischen Anlagenbauers Andritz von 46,30 auf 58,00 Euro angehoben. Die Kaufempfehlung „Buy“ wurde gleichzeitig bestätigt. Als Grund für die Erhöhung des Kursziels geben die Erste-Group-Experten an, dass sich quer durch alle Andritz-Divisionen positive Nachfrage-Trends abzeichnen. Aktuell kostet das Papier 48 Euro.

Silber als „grüner Treiber“

Zertifikate. Der Konjunkturaufschwung, aber auch die Energiewende, könnten den Silberpreis weiter antreiben. Das bietet Anlegern Chancen.

VON RAJA KORINEK

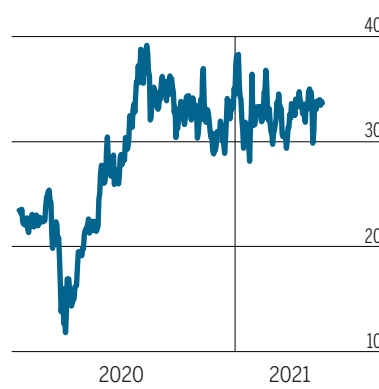
Wien. In den vergangenen Monaten mussten Silberanleger reichlich Nerven bewahren. Denn die Notierung verharrte in einem breiten Seitwärtstrend, nachdem sie Ende Juni 2020 einen kräftigen Satz nach oben gemacht hatte. Damals schoss der Silberkurs von 18 Dollar auf fast 30 Dollar nach oben. Das hatte vor allem zwei Gründe. Silber hat eine große industrielle Verwendung und profitierte von der allmählich anziehenden Konjunktur. Das graue Edelmetall fungiert aber auch als Inflationsschutz. Und zwar vor allem dann, wenn die Inflation höher als die Rendite einer sicheren Staatsanleihe ist, wie es bereits seit Monaten der Fall ist.

Sobald die Renditen kräftiger anziehen, schichten viele Anleger freilich in solide Bonds um, anstatt in einem zinslosen Edelmetall zu investieren. Doch solange die Notenbanken in der Europäischen Union und den USA weiterhin große Mengen Anleihen kaufen, dürften die Renditen nicht allzu große Sprünge nach oben machen, trotz des jüngsten Inflationsschubs.

Silberverbrauch wird steigen

Nebst den kurzfristigen Aspekten sprechen auch langfristige Entwicklungen für Silber. Davon ist Ned Naylor-Leyland, Head of Gold & Silver bei Jupiter Asset Management, überzeugt. Er verweist auf die grüne Wende im Kampf gegen den Klimawandel. „Jedes Elektrofahrzeug enthält rund drei Unzen Silber. Das Aufkommen des autonomen Fahrens dürfte zu einer weiteren Zunahme der Fahrzeugkomplexität führen, was einen noch höheren Silberverbrauch zur Folge hat.“ Silber hat nämlich die

Pan American Silver in USD



Silber in USD



höchste elektrische Leitfähigkeit aller Metalle und wird unter anderem in Navigationssystemen, elektrischen Servolenkungen und in Airbags verwendet.

Dabei waren laut dem „Global EV Outlook 2021“-Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA) Ende 2020 bereits zehn Millionen E-Fahrzeuge weltweit unterwegs. Dem Bericht zufolge wird die Dynamik anhalten. Bis 2030 werden mindestens 145 Millionen Elektrofahrzeuge unterwegs sein.

Von Solar bis Medizin

Doch das ist nicht alles. Der Jupiter-Experte verweist auf weitere Verwendungen für Silber. So wird das graue Edelmetall in Solarzellen sowie einer Vielzahl elektronischer Geräte, aber auch als antimikrobielles Element in der Medizin verwendet. „All dies trägt zu einer steigenden Nachfrage bei, was wiederum den Preis stützt.“ Silber sei eben das Metall der modernen Wirtschaft, konstatiert Naylor-Leyland. „Und ein entscheidender Treiber der grünen Wirtschaft.“

Interessierte Anleger können mit Zertifikaten auf die weitere

Entwicklung des Silberpreises setzen. Ein entsprechendes Produkt bietet die BNP Paribas an (NL0000255248). Auch der Blick auf einzelne Silberminenfirmen kann sich lohnen. Deren Aktienkurse profitieren in der Regel überdurchschnittlich von einem Anstieg des Silberpreises, verlieren aber umso kräftiger an Wert während einer Baisse.

Ein Profiteur der aktuellen Hausse ist Pan American Silver. Der kanadische Konzern produziert in Lateinamerika, in Ländern wie zum Beispiel Mexiko und Peru. Im Vorjahr erzielte der Konzern einen Nettogewinn von 178 Millionen Dollar, ein Plus von 60 Prozent gegenüber 2019. Risikobereite Anleger können mit einem Turbo-Long-Zertifikat gehebelt auf die weitere Kursentwicklung setzen. Ein solches Produkt bietet etwa die Société Générale an (DE000SR8BRH8). Der aktuelle Hebel liegt bei 2,842. Um diesen verändert sich der Kurs des Zertifikats im Verhältnis zum Basiswert. Wird die Marke von 22,194 Dollar berührt oder unterschritten, verfällt das Zertifikat.

Wohnungen: Preise weiter gestiegen

OeNB-Erhebung zeigt Anstieg im ersten Quartal.

Wien. Die Preise für Wohnimmobilien haben sich im ersten Quartal weiter beschleunigt, wie eine Immobilienmarktanalyse der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zeigt. Nach einem Plus von zehn Prozent im vierten Quartal 2020 (im Vergleich zum Vergleichsquartal des Vorjahres) stiegen die Preise für Wohnimmobilien im ersten Quartal 2021 österreichweit um 12,3 Prozent.

In Wien wurde zu Jahresbeginn eine ähnlich starke Preisdynamik verzeichnet. Es gab ein Plus von 10,9 Prozent, nach 9,4 Prozent im Vorquartal. Im Bundesgebiet ohne Wien zeigt sich im Vorjahresvergleich ein Preisauftrieb von 14 Prozent.

Um ein Viertel zu teuer?

Der Fundamentalpreisindikator der OeNB signalisiert damit für Wien eine Abweichung der Preise von den Fundamentalfaktoren um 25 Prozent. Österreichweit liegt dieser Wert bei 19 Prozent. Die Einschränkungen während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 führten zu einer vorübergehenden Abkühlung im Wohnbau. Die Bauwirtschaft konnte sich aber vergleichsweise rasch erholen und hat inzwischen wieder das Vorkrisenniveau erreicht. (red.)

Hinweis: Die Besprechung von Wertpapieren und Investments auf diesen Seiten ersetzt keine professionelle Beratung und ist nicht als Kaufempfehlung zu betrachten. „Die Presse“ übernimmt keine Haftung für die künftige Kursentwicklung.

Der RECOVERY-Index: Comeback-Aktien mit Aufwärtspotenzial

RECOVERY

Anlegertyp	WKN	Produkttyp
● konservativ	MC6R9W	Faktor-Zertifikat
● moderat	MC6RA1	Mini-Future-Long
● spekulativ	MC6RA0	Faktor-Zertifikat

Weitere Informationen:

deraktionar.de/recoveryindex

POWERED BY DER AKTIONÄR

Fonds	Kl	W	Rw	Rw-1	% vom
Amundi Mindel Rent A	R	EUR	101,35	101,35	-2,14 04/06
Amundi Öko Social Rent A	R	EUR	110,38	110,35	-2,28 04/06
Amundi Öko Social Rent T	R	EUR	128,32	128,29	-2,28 04/06
Amundi Öko Social St. A	A	EUR	189,95	189,55	9,51 04/06
Amundi Öko Social St. T	A	EUR	229,18	228,45	9,52 04/06
Amundi SelectEur.St.A	A	EUR	126,50	125,58	20,04 04/06
Amundi SelectEur.St.T	A	EUR	185,15	183,38	20,04 04/06
CPH Invest - Gld.SilverAge T	A	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
CPH Invest-FoodGen.T	A	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
CPH Invest-Gld.DisruptiveOpp.T	A	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
First Eagle Amundi Internat. T	M	EUR	199,07	196,63	11,89 03/06
KXI InstitutionalWater T	M	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
Konzert Ertrag Aktien Welt A	A	EUR	11,21	11,16	12,44 04/06
Konzert Ertrag Aktien Welt T	A	EUR	16,52	16,44	12,53 04/06
Konzert Ertrag kons. A	M	EUR	104,10	103,98	0,41 04/06
Konzert Ertrag kons. T	M	EUR	166,11	165,92	0,41 04/06
Konzert Protect 30	M	EUR	93,03	93,03	-7,21 30/09
Konzert Ertrag ausgew. A	M	EUR	175,97	173,63	3,07 04/06
Konzert Ertrag ausgew. T	M	EUR	114,73	114,50	3,07 04/06
Konzert Ertrag dyn. A	M	EUR	100,71	100,42	6,27 04/06
Konzert Ertrag dyn. T	M	EUR	164,69	164,20	6,27 04/06

Fonds	Kl	W	Rw	Rw-1	% vom
Amundi Mindel Rent T	R	EUR	101,35	101,35	-2,14 04/06
Amundi Öko Social Rent A	R	EUR	110,38	110,35	-2,28 04/06
Amundi Öko Social Rent T	R	EUR	128,32	128,29	-2,28 04/06
Amundi Öko Social St. A	A	EUR	189,95	189,55	9,51 04/06
Amundi Öko Social St. T	A	EUR	229,18	228,45	9,52 04/06
Amundi SelectEur.St.A	A	EUR	126,50	125,58	20,04 04/06
Amundi SelectEur.St.T	A	EUR	185,15	183,38	20,04 04/06
CPH Invest - Gld.SilverAge T	A	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
CPH Invest-FoodGen.T	A	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
CPH Invest-Gld.DisruptiveOpp.T	A	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
First Eagle Amundi Internat. T	M	EUR	199,07	196,63	11,89 03/06
KXI InstitutionalWater T	M	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
Konzert Ertrag Aktien Welt A	A	EUR	11,21	11,16	12,44 04/06
Konzert Ertrag Aktien Welt T	A	EUR	16,52	16,44	12,53 04/06
Konzert Ertrag kons. A	M	EUR	104,10	103,98	0,41 04/06
Konzert Ertrag kons. T	M	EUR	166,11	165,92	0,41 04/06
Konzert Protect 30	M	EUR	93,03	93,03	-7,21 30/09
Konzert Ertrag ausgew. A	M	EUR	175,97	173,63	3,07 04/06
Konzert Ertrag ausgew. T	M	EUR	114,73	114,50	3,07 04/06
Konzert Ertrag dyn. A	M	EUR	100,71	100,42	6,27 04/06
Konzert Ertrag dyn. T	M	EUR	164,69	164,20	6,27 04/06

„Stabile Werte in Bestlage.“

www.arnold.immobilien

arnold IMMOBILIEN

Fonds	Kl	W	Rw	Rw-1	% vom
YOU INVEST progressive T	nv.	EUR	121,03	120,99	5,23 04/06
YOU INVEST solid T	nv.	EUR	114,72	114,64	0,39 04/06
ERSTE RESPONSIBLE BOND	nv.	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
ERSTE RESP. BOND EUR CORP.	nv.	EUR	188,79	188,73	-0,37 04/06
ERSTE RESP. BOND EURO CORP.	nv.	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
ERSTE RESP. BOND GBL HIGH YIELD	nv.	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06
ERSTE RESPONSIBLE RESERVE	nv.	EUR	nv.	nv.	nv. 04/06

Fonds	W	Rw	Rw-1	% vom	
Tory Global Opport Equity T	A	EUR	15,88	15,95	8,69 04/06
Tory Vermögensverwaltung A	M	EUR	58,09	58,21	4,69 04/06
Tory Vermögensverwaltung T	M	EUR	58,73	58,84	4,69 04/06
Tory Vermögensverwaltung VT	M	EUR	58,79	58,90	4,70 04/06

Fonds	W	Rw	Rw-1	% vom
FF Asia Pacific Opt Fd A	EUR	32,34	32,45	15,01 03/06
FF Asia High Yield Fd A	EUR	21,90	21,78	3,11 03/06
FF Asian Smly Comp Fd A	EUR	30,98	30,70	17,22 03/06
FF Asian Spl Sit Fd A	EUR	50,29	50,22	8,15 03/06
FF China Consumer Fd A	EUR	31,43	31,78	2,65 03/06
FF Emg Mkt Focus Fd A	EUR	20,38	20,41	8,58 03/06
FF Egn Dyc Growth Fd A	EUR	33,01	33,01	7,14 03/06
FF Egn High Yield Fd A	EUR	22,64	22,71	3,05 03/06
FF Gld Demographic Fd A	EUR	15,05	15,07	7,04 03/06
FF Gld Dividend Fd A	EUR	14,30	14,28	8,94 03/06
FF Gld Eq Income Fd A	EUR	14,64	14,60	1,15 14/01
FF Gld Low Wty Eq Fd A	USD	12,69	12,73	3,76 03/06
FF Gld Multi Ass Inc Fd A	EUR	14,22	14,13	4,87 03/06
FF Gld Shrt Durt Inc Fd A	EUR	10,32	10,24	2,18 03/06
FF Gld Technology Fd A	EUR	19,93	20,10	14,02 03/06
FF Shl Water&Waste Fd A	EUR	14,15	14,15	14,21 03/06
FF US High Yield Fund A	EUR	25,17	25,00	3,67 03/06
FF World Fund A	EUR	16,92	16,90	10,66 03/06

Ihre „Presse“-Fondsdaten

W = Währung
Kl = Anlagekategorie
A = Aktienfonds
R = Rentenfonds
G = Geldmarktfonds, Festverzinsliche mit weniger als 1 Jahr Restlaufzeit
M = Gemischter Fonds

AI = Alternativer Investmentfonds
Rw = Rechenwert eines Fondsanteils zum angegebenen Tag
Rw-1 = letzter vorhandener Rechenwert eines Fondsanteils vom Vortag
% = Variation / Schwankung in Prozent
n. v. = nicht verfügbar
A = Ausschüttende-Tranche
RT = Retail-Tranche
T = Thesaurierende-Tranche

jeden Dienstag: Wert vor einem Monat
jeden Mittwoch: Wert vor drei Monaten
jeden Donnerstag: Wert vor sechs Monaten
jeden Freitag: Wert vor einem Jahr
jeden Samstag: Wert seit Jahresbeginn

www.kneip.com
diepresse@kneip.com
Quellenangabe: OeKB ProfitWeb, KNEIP
Bitte beachten Sie, dass die hier abgedruckten Performancezahlen keine Ausschüttungen berücksichtigen.

KNEIP

GELDGRAFIK

Die größten Sparmeister der Welt

Top 10: Sparer

nach Nation, Ranking nach Punkten (max. 10 Punkte)

	GESAMT	VERSCHULDUNG	EINKOMMEN	SPARSUMME, in € jährlich/pro Haushalt
Belgien	1. 6,56	6,01	6,75	1168
Frankreich	2. 5,74	6,27	6,48	2220
Deutschland	3. 5,74	7,06	7,00	3074
Luxemburg	4. 5,38	8,39	2,23	5149
Irland	5. 5,04	4,66	6,66	1430
USA	6. 4,86	10,00	5,32	2955
ÖSTERREICH	7. 4,85	6,86	7,26	2151
Großbritannien	8. 4,78	5,57	6,02	81
Dänemark	9. 4,44	5,81	2,10	1501
Schweiz	10. 4,43	7,91	1,31	4915

Top 10: Nicht-Sparer

nach Nation, Ranking nach Punkten (max. 10 Punkte)

	GESAMT	VERSCHULDUNG	EINKOMMEN	SPARSUMME, in € jährlich/pro Haushalt
Griechenland	1. 3,65	3,28	8,56	-209
Korea	2. 3,84	4,84	6,10	1287
Russland	3. 4,23	3,33	10,00	1074
Polen	4. 4,46	4,07	9,27	-155
Neuseeland	5. 5,07	6,03	7,11	-66
Slowakei	6. 5,36	4,31	8,89	880
Estland	7. 5,37	4,02	8,92	1003
Portugal	8. 6,30	4,58	7,66	-429
Spanien	9. 6,53	5,63	7,77	282
Norwegen	10. 6,76	10,00	1,00	1909

Geht es ums Sparen, unterscheiden sich die Länder gehörig. Die Experten von Savoo, einem der größten Online-Gutschein-Plattformen Deutschlands, haben analysiert, wo wie viel an Reserven zurückgelegt wird. Als Grundlage wurden die OECD-Daten für 2018 und 2019 genommen. Analysiert wurden ausgewählte Metriken wie etwa Haushaltsausgaben, Ersparnisse oder die Anzahl von Google-Suchanfragen für Gutscheincodes. Je höher der Endwert, umso sparsamer das Land.

Quelle: savoo.de - Grafik: „Die Presse“ - PW

Thyssen Krupp: Zukunft ohne Stahl?

Buy or Sell. Der deutsche Industrieriese treibt den radikalen Umbau voran und investiert Milliarden in die Klimaneutralität. Die Aktie profitiert vom Aufschwung. Aber soll man sie noch kaufen?

VON HEDI SCHNEID

Wien. Das Tauziehen dauerte fast zwei Jahre: Es wurde geredet, geboten und gefeilscht, aber letztendlich haben die EU-Wettbewerbsbehörden das Projekt 2019 untersagt. Von Anfang an hatte der Deal nicht nur bei den rund 104.000 Beschäftigten Sorge und Unruhe bereitet, schließlich ging es um das Kerngeschäft des größten deutschen Stahlkonzerns Thyssen Krupp.

Der aus der Fusion der Friedrich Krupp AG mit der Thyssen AG 1999 entstandene Konzern mit Wurzeln im 19. Jahrhundert wollte nämlich seine Stahlsparte mit der indisch-britischen Tata Steel fusionieren. Ein Vorhaben mit großer Zukunft, sagte das damalige Management, ein hochriskantes Projekt mit unbekanntem Ausgang, urteilten die Gegner.

Stahl – das war und ist zwar nach wie vor das „Herz“ des Konzerns, oft genug schlug es jedoch nicht regelmäßig und die Rhythmusstörungen hinterließen tiefrote Spuren in der Bilanz. Das schlimmste Fiasko brockte sich der Konzern selbst ein: Die beiden Stahlwerke in Brasilien und den USA, die in den Jahren 2007 bis 2010 errichtet worden waren, kosteten zusammen rund 15 Milliarden Euro – viermal so viel wie geplant – und erwiesen sich als Flop. Eine der „größten Fehlinvestitionen der deutschen Industriegeschichte“, wie die Medien titelten, kostete den Konzern Milliarden an Abschreibungen und eine Reihe von Managern den Job.

Zu abhängig vom Autosektor

Obwohl sich das in der Coronakrise schwer gebeutelte Stahlgeschäft zuletzt deutlich erholt hat, wie die Zahlen des zweiten Quartals des laufenden Geschäftsjahres 2020/21 zeigen, denkt Konzernchefin Martina Merz weiter über eine Herzoperation nach. Mit Tata Steel hat sich ihr Vorgänger Guido Kerkhoff die Finger verbrannt, sie selbst hat aber auch schon einen geplatzten Deal auf ihrem Konto: Zu Jahresbeginn hat ThyssenKrupp das Übernahmeangebot von Liberty Steel abgelehnt – zu Recht, wie sich inzwischen herausgestellt hat. Denn die Briten schlitterten durch die Greensill-Pleite später selbst in



Ein Stahlarbeiter bei Thyssen Krupp in Deutschland.

[Reuters]

massive Finanzschwierigkeiten.

Die Coronapandemie hat eine der Schwachstellen des Unternehmens, das längst nicht mehr nur Stahl erzeugt und verarbeitet, sondern ein Mischkonzern ist, drastisch aufgezeigt: die hohe Abhängigkeit von der Automobilindustrie hat ThyssenKrupp im Ausnahmejahr 2019/20 bei einem Umsatzrückgang von 15 Prozent auf knapp 29 Mrd. Euro einen Nettoverlust von 5,5 Milliarden Euro beschert. Negativ zu Buche schlagen auch hohe Verwaltungs- und Pensionskosten sowie der durch milliardenschwere Fehlinvestitionen in der Vergangenheit sukzessive angewachsene Schuldenberg. Jahrelang half die profitable Aufzugsparte, die Löcher im Ergebnis auszugleichen. Merz verkaufte dennoch im Vorjahr das Aufzuggeschäft – nicht ganz freiwillig, weil ThyssenKrupp drohte das Geld auszugeben.

Der Optimismus kehrt zurück

Jetzt zeigt sich wieder ein Silberstreif am Horizont: Die Konjunkturerholung und die deutlich gestiegenen Stahlpreise verringerten den Verlust im Halbjahr um 76 Prozent auf 313 Mio. Euro. Das lässt auch Konzernchefin Merz wieder optimistischer sein, zum zweiten Mal im laufenden Geschäftsjahr erhöhte sie die Prognose. Operativ soll es schwarze Zahlen geben, unter dem Strich allerdings noch einen mittleren drei-

stelligen Millionenverlust. Der Aufschwung ändert jedoch nichts daran, dass der größte deutsche Stahlkocher eine Neuausrichtung braucht. Der Erlös aus dem Verkauf der Aufzugsparte (ein Bilanzgewinn von 9,5 Milliarden) verschafft dazu die nötige Luft.

Nötige Tabubrüche

Merz hält an den Umbauplänen – „ein Weg der vielen kleinen Schritte“, wie sie betont – fest, obwohl das ewige Hin und Her die Aktionäre schon viel Nerven gekostet

hat. In den vergangenen drei Jahren hat die Aktie gut 55 Prozent verloren. Zudem flog das Papier 2019 aus dem DAX – immerhin war ThyssenKrupp Gründungsmitglied des deutschen Leitindex gewesen. „Kann ThyssenKrupp überhaupt Stahl?“, ätzte Ingo Speich, der Leiter Nachhaltigkeit und Corporate Governance der Fondsgesellschaft Deka bei der virtuellen Hauptversammlung. Die Antwort gab er selbst: „Die einstige Stahlkone ist heute Geschichte.“

So will das die Konzernchefin naturgemäß nicht sehen, obwohl sie weiß, dass sie nur Erfolg haben kann, wenn sie auch mit Tabus bricht. Das fordert auch der nach der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung zweitgrößte Aktionär Cevian. Faktisch gibt es drei Möglichkeiten: Die Stahlsparte wird abgespalten und an die Börse gebracht, oder sie wird verkauft – oder es bleibt alles beim Alten.

Was sagen die Analysten?

Im Zuge der Neuausrichtung, in deren Rahmen auch rund 11.000 Jobs gestrichen werden sollen, muss der Traditionskonzern, der wegen seiner Rolle in der NS-Zeit harte Kritik einstecken musste, aber noch eine andere Kurve kratzen: den viele Milliarden teuren Technologiewandel hin zu grünem Stahl. ThyssenKrupp setzt wie viele Unternehmen auf Wasserstoff. Dabei soll die US-Tochter Uhde Chlorine Engineers, ein Hersteller von Wasserstoff-Elektrolyseanlagen, ausgelagert und die Produktionskapazitäten verfünffacht werden. Konzentrieren will man sich zudem auf das Geschäft mit Industrie- und Autokomponenten sowie den Stahlhandel. Auch der Bereich Schiffbau (U-Boote) soll bleiben.

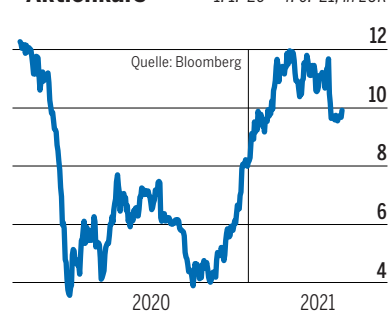
Gehen die Pläne auf, habe die Aktie, die im Jahresabstand immerhin knapp 50 Prozent Wertsteigerung auf mittlerweile 9,8 Euro schaffte, Analysten zufolge mehr Potenzial. Von der Deutschen Bank, der DZ Bank und Credit Suisse kommen Kauf-Empfehlungen, Morgan Stanley hat jüngst die Einstufung auf „equal weight“ verbessert und das Kursziel von 9,50 auf 9,60 Euro angehoben. Das höchste Kursziel kommt von der Deutschen Bank mit 17 Euro. Die Einstufung von Kepler Chevreux lautet auf „hold.“

BUY OR SELL? THYSSENKRUPP

1. Hälfte Geschäftsjahr 2020/21

Umsatz:	15,899 Mrd. €
Gewinn/Verlust:	- 0,313 Mrd. €

Aktienkurs 1. 1. '20 - 4. 6. '21, in EUR



NACHRICHTEN

Auto1 steigt in den MDAX auf

Der Online-Gebrauchtwagenhändler Auto1 ist vier Monate nach seinem Börsengang in den Nebenwerte-Index MDAX aufgestiegen. Bei der Indexüberprüfung der Deutschen Börse in der Vorwoche musste dafür der Chipzulieferer Siltronic weichen. Erst im Mai durfte Auto1 für den Leasingkonzern Grenke in den SDAX einziehen, der wegen Verletzung von Basisanforderungen außerplanmäßig herausgenommen wurde. Im Leitindex DAX und im TecDAX gab es kein Stühlerücken. Die Änderungen werden zum 21. Juni wirksam.

Verbund: Höheres Kursziel, Aktie teuer

Die Analysten der Schweizer Großbank Credit Suisse haben ihr Kursziel für die Aktie des Verbunds von 46,5 auf 57,0 Euro erhöht. Das Kursziel liegt aber weiter deutlich unter dem aktuellen Kursniveau. Zum Vergleich: Am Freitag wurde die Aktie um knapp 73 Euro gehandelt. Ihre Anlageempfehlung „Underperform“ für die Titel des Stromerzeugers haben die Analysten daher bestätigt. Trotz des aufgehellten Marktumfelds sehen sie die Aktie weiter als teuer bewertet an. So haben die Experten zwar ihre Energiepreisprognosen erhöht, der Aktienkurs habe aber zuletzt schneller angezogen als die Fundamentaldaten.

Bessere Aussichten für die UBM

Die Analysten der Erste Group haben ihr Kursziel für die Papiere des Immobilienentwicklers UBM von 43 auf 50 Euro angehoben. Gleichzeitig wurde jedoch die Anlageempfehlung für die UBM-Aktien von der Bestnote „Buy“ auf die zweitbeste Bewertung „Accumulate“ herabgesetzt. Als Grund für die gestrichene Kaufempfehlung geben die Wertpapierexperten die hervorragende Kursentwicklung seit der vergangenen Kurszielanpassung an. Für das Jahr 2021 wird ein starker Ergebniseinbruch erwartet. Jedoch sollte UBM bereits im darauffolgenden Jahr auf das Niveau von vor der Coronakrise zurückkehren.

Teurer Wein. Clemens Riedl verkauft teure, seltene Weine. Er kauft von Sammlern und verkauft an betuchte Weinliebhaber. In Österreich gibt es etwa 250 Leute, die jährlich mehr als 100.000 Euro für Wein ausgeben, sagt er.

„Da wird ein Luxusauto versoffen“

VON GERHARD HOFER

Die Presse: Sie haben mit 20 Ihr erstes Unternehmen gegründet. Woher kam dieser Drang zur Selbstständigkeit?

Clemens Riedl: Ich bin ein Lehrkind und dennoch sehr leistungsorientiert erzogen worden. Ich habe mich 1991 – mit knapp 20 Jahren – selbstständig gemacht. Es war eine EDV-Firma. Heute würde man IT sagen. Wir haben die Firma sieben Jahre später an einen holländischen Konzern verkauft. Heute würde man dazu „Talent Acquisition“ sagen. Wir konnten immerhin unseren Müttern das geliehene Geld zurückzahlen. Aber wir arbeiteten weiter, nur waren wir Angestellte eines Konzerns.

ÜBER GELD SPRICHT MAN

DiePresse.com/meingeld

Sie waren also Geschäftsführer einer Niederlassung.

Ja. Fünf Jahre später hat man mich in die Zentrale nach Holland geholt. Irgendwann war ich in einem Konzern mit 2500 Mitarbeitern weltweit für Marketing und Strategie verantwortlich.

Sie waren mit 33 Jahren im Topmanagement eines börsennotierten Unternehmens.

Ja, und später wollte ich mithilfe von Investoren sogar die Firma übernehmen. War alles auf Schiene, doch dann kam Lehman.

Und?

Wurde nichts daraus, ich habe die Firma verlassen und versuchte mich als Business Angel.

Und?

Zum Glück ging eines dieser Projekte nicht in die Hose und entwickelte sich zu einer florierenden IT-Security-Firma mit mittlerweile 100 Mitarbeitern. Da verkaufe ich gerade 65 Prozent der Anteile. Also ein wenig hat sich der Ausflug schon gelohnt.

Dann sind Sie nach Österreich zurück.

Ja, ich habe hier ein neues Projekt gestartet und diesen Start bei mir im Weinkeller besiegelt. Dabei lernte ich meinen jetzigen Kompagnon Markus Inzinger kennen. Wir haben beide Wein gesammelt. Er mit der Idee, den Wein wieder zu verkaufen, ich, um ihn zu trinken.

Sie haben ihm dabei geholfen.

So ist es. Markus hat mir seine Weinliste gegeben und ich habe innerhalb von ein paar Monaten um 100.000 Euro Wein an meine Freunde verkauft. So hat es begon-



nen. Anfang 2015 haben wir „trinkreif“ gegründet. Wir gingen davon aus, dass es ein Hobby bleiben wird.

Aber?

Dann ist uns die Sache entglitten. Aber im positiven Sinn.

Und aus einem Hobby wurde eine Firma mit ...

Acht Mitarbeitern und 2,5 Millionen Jahresumsatz. Im Vorjahr machten wir um 45 Prozent mehr Umsatz als vor der Krise, heuer liegen wir wieder 35 Prozent über dem Vorjahr.

Und Sie kaufen Wein oder besser ganze Weinkeller auf und verkaufen diese weiter.

Ja. Wir trinken gern gereiften Wein, aber der ist schwer zu bekommen. Dieses Problem lösen wir nun für unsere Kunden.

Wer verkauft seinen Weinkeller?

Wer meint, dass Tod und Erbschaft der häufigste Grund sind, irrt. Aber natürlich kommt es vor, dass die Witwe oder die Kinder den Keller verwerfen.

Was ist dann der Hauptgrund, warum sich jemand von seinen Weinen trennt?

Es geht um eine Sammelleidenschaft. Der Sammler kauft prinzipiell mehr, als er braucht. Wir handeln derzeit etwa mit einem 60-Jährigen, der seit 30 Jahren Wein sammelt. Jetzt ist er krank geworden und darf plötzlich nicht mehr so viel trinken.

Das heißt also, diese Sammler sind Weinkenner und deren Weine sind gut gelagert.

Ja, das ist ganz wichtig. Wir arbeiten am liebsten mit Sammlern zusammen. Denn wenn die Witwe nach einem Jahr den Wein verscherbelt, kann schon viel passiert sein. Es braucht im Keller nur ein paar Tage die Klimaanlage ausgefallen sein. Ich erinnere mich an einen Fall, da wurden die Weine auf den Dachboden geräumt.

Mittlerweile kaufen Sie ja auch direkt bei den Winzern.

Ja, denn da haben wir die absolute Qualitätskontrolle. Der einzige Nachteil ist, dass wir warten müssen, bis der Wein gereift ist. Dafür brauchen wir Platz und Kapital. Von der Bank gab es kein Geld. Also haben wir eine Trinkreif-Anleihe emittiert. Die Mindeststückelung liegt bei 100.000 Euro.

Damit entfällt die teure Pro-

spektpflicht, weil Sie sich an Investoren und nicht an Kleinanleger wenden.

Genau. Es geht uns ja nicht darum, alles offenzulegen. Aber bei einem Anlagevolumen von zwei Millionen Euro wären Kosten von 50.000 Euro angefallen. Das hätte sich nicht rentiert.

Wie viele Investoren haben zuge schlagen?

Bisher drei, die aber jeweils weit mehr als 100.000 Euro investiert haben. Wir bezahlen 3,5 Prozent Zinsen. Das ist relativ wenig für eine Unternehmensanleihe. Dafür sind wir aber eine OG, also eine Personengesellschaft. Das heißt, mein Partner und ich haften mit allem, was wir haben.

ZUR PERSON

Clemens Riedl gründete 2015 mit Markus Inzinger die „trinkreif Premium Vintage Wine Handels GmbH“. Das Unternehmen kauft hochwertige, gereifte Weine, mittlerweile sogar ganze Keller und verkauft diese Weine dann vorwiegend an Privatkunden. Das Unternehmen hat aktuell etwa 12.000 Flaschen auf Lager. Im Krisenjahr 2020 verzeichnete trinkreif einen Umsatzsprung von 45 Prozent. Heuer legte der Umsatz neuerlich um 35 Prozent zu.

Woher kommen die Weine?

Wir unterscheiden nicht nach Ländern. Wir haben vier Kategorien. Nummer eins sind die Blue Chips.

Das sind also die großen Bordeaux und Burgunder.

Ja, aber genauso ein Hirtzberger Singerriedel. Diesen Wein kann man jederzeit verkaufen. Die zweite Kategorie sind dann Blue Chips, zweite Reihe: Das sind etablierte Weine, die in ihrer Marktposition stabil sind. Die dritte Kategorie sind die „Rising Stars“. Dazu gehören etwa Roland Velich oder Dorli Muhr. Da sind sich die Kritiker einig, dass diese großartige Weine machen. Allerdings ist die Marktsituation noch nicht so, dass die ganze Welt diese Weine haben möchte. Und die vierte Kategorie sind die „Potential Stars“. Das sind Weingüter, von denen wir persönlich überzeugt sind.

Und wie teilen sich diese vier Kategorien in eurem Lager auf?

Wir haben 63 Prozent Blue Chips, zwölf Prozent Blue Chips zweite Reihe, 20 Prozent Rising Stars und sechs Prozent Potential Stars.

Wer kauft diese raren Weine?

Das ist natürlich ein überschaubarer Kreis. Aber ich schätze, dass es in Österreich etwa 250 Leute gibt, die pro Jahr mehr als 100.000 Euro für Wein ausgeben.

Wir reden nicht von Gastronomen oder Hoteliers.

Das sind Private. Ich hab mir kürzlich die Liste der österreichischen Milliardäre angesehen und habe bemerkt, dass darunter ganz schön viele unserer Kunden sind.

Wie oft sind Sie in Versuchung, den einen oder anderen Wein doch selbst zu trinken?

Am Anfang mussten wir uns schon in Erinnerung rufen, dass wir nicht mehr Sammler, sondern Händler sind. Heute sehe ich das sehr entspannt. Ich habe schließlich auch schon viele große Weine getrunken. Wir veranstalten jährlich 50 Verkostungen. Darüber hinaus werden wir zu Privatverkostungen unserer Kunden eingeladen. Es ist ja unbeschreiblich, was da hinter verschlossenen Kellertüren abläuft. Da wird ein Luxusauto an einem Nachmittag versoffen.

Solang das „Luxusauto“ nicht korkt.

Und außerdem wollen wir ja, dass unsere Weine, die wir mit Herzblut und großem Aufwand besorgen, getrunken werden. Wenn wir sehen, dass ein Kunde drei Wochen später unseren Wein auf Facebook anbietet, fördert dies nicht unsere Bereitschaft, mit ihm wieder Geschäfte zu machen. [Fabry]

KONJUNKTUR

Wirtschaftswachstum, 2020.....	-6,6 %	Verbraucherpreis, Basis 2020	101,8
BIP-Veränderung, Wifo 2021*	+2,3 %	Verbraucherpreis, Basis 2015	110,1
Inflationsrate April	+1,9 %	Verbraucherpreis, Basis 2010	122,0
Arbeitslosenrate Mai	7,7 %	Verbraucherpreis, Basis 2005	133,6
Arbeitslosenrate Eurostat	5,6 %	Verbraucherpreis, Basis 2000	147,6
Beschäftigte absolut, Mai.....	3.747.000	Verbraucherpreis, Basis 1996	155,3
Veränderung zum Vorjahr	+5,1 %	Verbraucherpreis, Basis 1986	203,1
Übernachtungen im Fremdenverkehr, April (vorläufige Zahlen).....	1.045.000	Verbraucherpreis, Basis 1976.....	315,7
Veränderung in %	+315,2	LHKI, Basis 1945.....	6203,2
Inländer absolut.....	745.600	GHPI, Basis 2020: April.....	106,9
Veränderung in %	+219,3	Veränderung zum Vorjahr	+8,7 %
Ausländer absolut.....	299.400	Baukostenindex, Wohn- und Siedlungsbau, Basis 2020: April.....	107,0
Veränderung in %	+191,2	Veränderung zum Vorjahr	+7,5 %
Indizes April	(vorläufige Zahlen)	Tariflohnindex, Basis 16: April	111,4
		Veränderung zum Vorjahr	+1,6 %

* Prognose

Essen und Seife deutlich teurer

Vergleich. Lebensmittel und Drogeriewaren kosten bei uns mehr als in Deutschland.

Wien. Österreich ist ein teures Pflaster, das zeigt sich vor allem beim Einkaufen im Vergleich zu Deutschland. Laut Angaben der Arbeiterkammer ist ein Einkaufskorb mit 47 identen Marken-Lebensmitteln hierzulande um rund 17 Prozent teurer als bei unseren Nachbarn. Einzelne Produkte kosten zum Teil um bis zu 91 Prozent mehr, wie der Preismonitor der AK in zwei österreichischen (Billa, Interspar) und drei deutschen On-

line-Supermärkten (Edeka, Rewe, Kaufland) zeigt. Die Preise sind in Österreich auch abzüglich der unterschiedlichen Umsatzsteuersätze um 13,5 Prozent höher als in Deutschland.

Konkret kosten drei Viertel (35 von 47 Produkten) der verglichenen Lebensmittel in Österreich mehr, nur neun sind im Schnitt in Österreich billiger, drei kosteten gleich viel. So schlägt eine 1,5 Liter Flasche Pepsi Cola hierzulande

mit 1,29 Euro zu Buche, während es in Deutschland 0,68 Euro sind. Eine 200-Gramm Packung Leibnitz Butterkekse beläuft sich in Österreich auf 1,89 Euro, in Deutschland auf 1,02 Euro.

Auch die Preise für Drogeriewaren sind deutlich teurer: Für einen Warenkorb mit 101 gleichen Drogeriewaren muss man hierzulande um knapp 39 Prozent mehr bezahlen. 93 der 101 waren in Österreich kostspieliger. (red.)

Politik übers Strafrecht: „Dafür ist es nicht da“

Interview. Strafrechtsprofessorin Susanne Reindl-Krauskopf warnt vor der „Begleitmusik“ zu Prozessen in sozialen Medien, vor dem einfachen Zugriff der Behörden auf sichergestellte Handys. Verfahrensregeln im U-Ausschuss gehörten überdacht.

VON BENEDIKT KOMMENDA

Die Presse: Bundeskanzler Kurz, Finanzminister Blümel, Landeshauptmann Doskozil oder Ex-Vizekanzler Strache: Noch nie waren so viele Politiker so vieler Parteien zugleich mit strafrechtlichen Vorwürfen konfrontiert. Auch wenn diese ganz unterschiedlich sind: Was halten Sie davon, dass das Strafrecht offenbar Mittel der politischen Auseinandersetzung geworden ist?

Reindl-Krauskopf: In Anbetracht dieser Häufung kann man wirklich den Eindruck bekommen, dass Politik über das Strafrecht gemacht wird. Das gefällt mir als Strafrechtler gar nicht, wenngleich das Strafrecht auch in anderen Bereichen ähnliche Begehrlichkeiten immer schon geweckt hat. Denken wir an Anzeigen zwischen Eltern in Ob- und Sorgestreitigkeiten oder an Anzeigen, um jemandem bei einer Stellenbewerbung zu schaden. Dafür ist das Strafrecht nicht da.

Wieso greift man zum Strafrecht?

Es hat noch immer eine große Wirkung in der Öffentlichkeit. Wenn Strafanzeigen gegen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erhoben werden, dann ist einem die Schlagzeile in der Auseinandersetzung ziemlich sicher.

Wenn eine Staatsanwaltschaft von strafrechtlichen Vorwürfen erfährt, muss sie diese prüfen. In der öffentlichen Wahrnehmung ist das schon eine Art Schuldbeweis. Damit ist es einfach, einem politischen Gegner zu schaden.

Beides stimmt. Schon die Tatsache, dass ein Strafverfahren geführt wird, bedeutet in der Öffentlichkeit mehr oder minder: Das muss stimmen, was da vorgeworfen wird. Das ist pointiert gesagt eine Vorwegverurteilung. Man vergisst völlig, dass die Staatsanwaltschaft bei Anzeigen gar nichts anderes tun kann, als zu prüfen. Das ist ihr gesetzlicher Auftrag, und zwar unabhängig von der Person des Angezeigten und unabhängig von der angezeigten Sache. Man muss untersuchen, um zu sehen – und das ist das Entscheidende –, ob überhaupt etwas dran ist an dem, was in der Anzeige steht. Nicht einmal bei einer Anklage ist sicher, dass eine Verurteilung daraus wird.

Sollten Spitzenpolitiker bei einer Anklage zurücktreten?

Es kommt auf die Perspektive an. Rein strafrechtlich gesehen besteht keine Notwendigkeit. Die zweite Sichtweise ist, ob die Handlungsfähigkeit im Amt gegeben ist oder ob die Aufregung, die in der Öffentlichkeit herrscht, nicht schon zu groß ist. Das kann ich nicht allgemein beantworten. Und die dritte Frage, die jeder für sich beantworten muss: Was er selbst für moralisch vertretbar hält. Es gibt auch noch einen vierten Punkt: Wenn jemand in einer Partei, einem Unternehmen, einem Verein tätig ist, sollten sich diese Gemeinschaften schon anlassunabhängig überlegen, welche Standards sie für sich selbst setzen, um glaubwürdig zu bleiben, nicht erst im Anlassfall.

Würde ein Strafantrag als Grund für einen Rücktritt ausreichen, könnte ein Staatsanwalt ohne



Man müsse grundsätzlich ungestört und angstfrei kommunizieren können, meint Reindl-Krauskopf angesichts des allzu einfachen Zugriffs der Behörden auf Handys und Laptops.

[Clemens Fabry]

richterliche Kontrolle Regierungsmitglieder absetzen.

Ja, wenn man sagt, die Anklageerhebung ist die berühmte Rote Linie, hängt das natürlich allein vom Ermittlungsergebnis der Staatsanwaltschaft ab, und die richterliche Kontrolle käme erst danach.

Etwas wie einen Einspruch gegen die Anklageschrift gibt es beim Strafantrag nicht. Fehlt da nicht etwas im Rechtsschutz?

Bisher habe ich das nicht gedacht. Es geht ja um Delikte, die nicht so schwerwiegend sind, und die StPO ist davon ausgegangen, dass es sehr rasch zur Hauptverhandlung und zur richterlichen Entscheidung kommt. Insofern bleibt die Belastung des Betroffenen überschaubar. Die StPO hat aber nicht daran gedacht, dass man allein wegen der Eröffnung eines Strafverfahrens schon zu diskutieren beginnt, was mit der Person im Fall einer Anklage passiert, und dass sich soziale Medien draufsetzen und dort die Personen bis in ihr Privatleben durchleuchtet werden.

Wie schützt der Rechtsstaat gegen politisch motivierte Ermittlungen durch Staatsanwälte?

Durch die Rechtsmittel, die die StPO zur Verfügung stellt und die

ZUR PERSON

Susanne Reindl-Krauskopf, Linzerin des Jahrgangs 1971, leitet das Institut für Strafrecht und Kriminologie der Uni Wien. Sie war dort ab 1994 Assistentin und habilitierte sich 2003. Seit Mai 2010 hat Reindl-Krauskopf eine Professur für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie inne, an der University of Queensland ist sie Honorarprofessorin. Als Mitglied des Weisungsrats wirkt sie an Empfehlungen über die Handhabung des Weisungsrechts von Justizministerin Alma Zadić über die Staatsanwaltschaften mit; zu Verfahren, die dort landen (können) – etwa in aufsehenerregenden Fällen –, nimmt sie wegen drohender Befangenheit nicht Stellung.

sehr früh im Verfahren einsetzen. Das größere Problem sehe ich allerdings außerhalb des Strafrechts, weil die gesamte „Begleitmusik“, wenn man das zynisch so nennen darf, die Betroffenen unter Umständen in der sozialen oder beruflichen Stellung viel mehr beeinträchtigt. Was da in sozialen Medien und zum Teil auch in klassischen Medien aus dem Privatleben ausgegraben wird... Wenn diese Dinge einmal im Internet verbreitet werden, tu ich mir als Betroffener sehr schwer, dagegen vorzugehen.

Ist ein besserer Schutz möglich?

Der beste Schutz bestünde darin, dass diese Dinge gar nicht an die Öffentlichkeit kommen. Wie man das aber erreichen kann, da bin ich selbst noch ein bisschen ratlos. Denn Leaks gibt es immer wieder, sie aufzuklären ist sehr schwer.

Auf der anderen Seite müssen Gerichte und Staatsanwaltschaften verbale Kritik aushalten?

Ja. Nicht nur die Gerichte, auch die Regierung. Es sollte aber nicht Ausmaße annehmen, wo sich die Justiz oder eine andere Einrichtung des Rechtsstaates mehr darauf konzentrieren muss, sich zu verteidigen, als sich der Sacharbeit zu widmen. Da sollte man auf eine Balance hinarbeiten, denn immerhin ist die Justiz dazu da, zu ermitteln, aufzuklären, Recht zu sprechen, Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Die Balance ist noch gewahrt?

Im Großen und Ganzen halte ich sie für gewahrt. Einzelne Äußerungen halte ich für entbehrlich. Es sollte nicht weiter gehen, als es im Moment ist, das hielte ich für gefährlich. Wenn es so weit kommt, dass jeden Tag ein Justizvertreter ausdrücken muss, um zu erklären, wie ermittelt wird und warum, leidet die Sacharbeit darunter.

Sehr hart dürfte der suspendierte Sektionschef Christian Pilnacek

die WKStA kritisiert haben. Laut Chat-Protokollen soll er intern von einer „missratenen Staatsanwaltschaft“ gesprochen haben. Hat die Justiz hinter den Kulissen ein größeres Problem als davor? Ich bitte um Verständnis, dass ich dazu als Mitglied des Weisungsrates nicht Stellung nehmen möchte.

Viele Verdachtslagen gegen Politiker ergeben sich aus Chat-Auswertungen. Kann man das wollen, dass scheinbar vertrauliche Kommunikation gerastert und gegen einen verwendet wird?

Wenn man am sogenannten Sittenbild der Politik interessiert ist, wird man wohl mit Ja antworten. Wenn man die aktuellen Vorkommnisse aber beiseitelässt und die Frage aus grund- und strafrechtlicher Sicht betrachtet, lautet die Antwort: Nein. Eine solche Datenerhebung kann ja nicht nur Politiker und hohe Beamte, sondern jedermann treffen. Typischerweise kommen Chat-Protokolle durch Sicherstellung von Handys zutage, die grundsätzlich bei jedem durchgeführt werden darf, auf dessen Telefon beweisrelevante Informationen sein könnten.

Auch bei Zeugen oder Opfern.

Ja. Außerdem geht es um Kommunikationsinhalte. Selbst wenn man also die Sicherstellung nur beim Beschuldigten vornimmt, ist von der Auswertung immer auch der Kommunikationspartner betroffen. Das kann irgendetwas sein, der zufällig involviert war. Und es werden auch Chat-Protokolle ausgewertet, die nicht am Telekommunikationsgerät selbst abgespeichert sind, sondern in der Cloud. Würden wir Kommunikationsinhalte in Echtzeit überwachen, hätten wir dafür ein anderes Überwachungsregime: mit richterlicher Vorabkontrolle, nur bei dringendem Tatverdacht, Verwendungsverboten im Nachhinein, sehr starkem Schutz von Unbeteiligten. All das fällt bei der Sicherstellung weg.

Die Sicherstellung von Handys und Laptops gehört neu geregelt?

Ja, da muss man sich etwas überlegen, weil sich unser Kommunikationsverhalten gegenüber der Zeit geändert hat, als die Sicherstellung noch das blutige Messer beim Mord vor Augen hatte und die Kommunikationsüberwachung das bloße Abhören von Telefonaten war. Das passt dafür, wie wir heute kommunizieren, nicht mehr. Die Gesellschaft hat diese Kommunikationsmittel im Vertrauen darauf akzeptiert, dass man grundsätzlich ungestört und angstfrei kommunizieren kann. Man muss reagieren, weil sich sonst das Kommunikationsverhalten langfristig ändern könnte. Ich weiß nicht, ob es wünschenswert ist, wenn wir auch im privaten Umfeld beginnen zu überlegen, was sage ich am Telefon, was schreibe ich in einem E-Mail.

NR-Präsident Sobotka und Ministerin Köstinger haben das Ende der Wahrheitspflicht im U-Ausschuss angedacht. Gute Idee?

Das Ende der Wahrheitspflicht kommt mir überzogen vor. Man könnte sich aber die Verfahrensregeln für den U-Ausschuss anschauen: Wie gehe ich mit einer Auskunftsperson um, wie werden Fang- und Suggestivfragen gehandhabt, wie geht man mit Veröffentlichungen von Protokollen um? Da könnte man nachschärfen, denn die Falschaussage kamen ursprünglich aus dem Schutz der Rechtspflege im Gerichtsverfahren, wo wir für die förmliche Vernehmung von Zeugen ganz klare Regeln haben. Wer sich nicht daran hält, unterminiert die gerichtliche Wahrheitsfindung, daher gibt es die Strafe. Das ist aber eine etwas andere Stoßrichtung, als sie eine Befragung im U-Ausschuss hat. Natürlich geht es um die Wahrheitsfindung, aber eben auch um einen politischen Diskurs mit dem politischen Gegner. Insofern ist auch das Frageverhalten ein anderes als bei Gericht.

Gastkommentar. Ein Jahr nach Wirecard und Commerzialbank: Bestehende Regeln sind mit Sinn und Leben zu erfüllen.

VON EVA EBERHARTINGER
UND SUSANNE KALSS

Wien. Vor rund einem Jahr wurde das Ausmaß der Skandalfälle Wirecard und Commerzialbank sichtbar. Die Fälle haben viel gemeinsam; wie es scheint, gab es bei einer Vielzahl von Institutionen Defizite bei den Aufsichtspflichten. Ins Auge springen Mängel bei oder völlige Absenz von Interner Revision, Prüfungsausschuss, Aufsichtsrat, Abschlussprüfer und der jeweiligen Finanzmarktaufsicht. Während in Deutschland eine eingehende Fehleranalyse in ein großes rechtspolitisches Vorhaben mündet, wird in Österreich hingegen die Diskussion nach dem Florianiprinzip geführt: Verantwortlich sind jeweils die anderen!

Nimmt man nun die Diskussion auch in Österreich auf, zeigt sich: Es geht nicht um neue Regelungen, vielmehr sind bestehende Regelungen einfach mit Sinn und Leben zu füllen. Drei große Themen möchten wir betonen, die wesentlich zu einer guten Aufsicht beitragen, nämlich 1) ein eigenständiger Aufsichtsrat, 2) ein funktionierender Informationsaustausch und 3) eine starke Abschlussprüfung.

Eigenständiger Aufsichtsrat

Erstens, ein starker Aufsichtsrat erfordert neben fachlich einwandfreier Qualifikation, dass es sich um vom Vorstand unabhängige, somit nicht steuerbare Persönlichkeiten handelt, die das Vertrauen der Eigentümer genießen. Offene, kritische, und zugleich vertrauensvolle Zusammenarbeit ist dabei genau das Gegenteil von „Verharberung“.

Ein Aufsichtsrat ist so gut wie sein Vorsitzender oder seine Vorsitzende. Er oder sie nimmt eine zentrale Rolle ein, die einerseits Nähe zum Vorstand, andererseits Eigenständigkeit in seiner Entscheidungsfindung verlangt. Nur so kann die Rolle als Unterstützer,

erster Kritiker, Motivator und Bremsen gelingen. Dies verlangt hohe Kommunikationsfähigkeit, zugleich einen besonders korrekten Umgang mit Interessenkonflikten.

Unabhängigkeit des Aufsichtsrats heißt auch, im Bedarfsfall Nein zu sagen, und Vertuschungen und Ungenauigkeiten etwa bei Zustimmungspflichten nicht zu tolerieren. Gerade im Prüfungsausschuss ist durch die Zusammenarbeit mit Interner Revision und Abschlussprüfer die Unabhängigkeit zum Vorstand von besonderer Bedeutung. Der Vorsitz des Prüfungsausschusses soll daher nicht ident mit dem Vorsitz des Aufsichtsrates sein, wie dies bei Banken bereits vorgesehen ist.

Ein Aufsichtsratsmitglied muss das Geschäftsmodell seiner Gesellschaft verstehen und die Abbildung im Jahresabschluss hinterfragen – sowohl bei Wirecard als auch bei der Commerzialbank haben Abschluss und Geschäftsmodell nicht zusammengepasst. Der Aufsichtsrat sollte daher Schönwetterberichte des Vorstandes als solche erkennen.

Informationsaustausch

Zweitens sollte der Informationsaustausch auf mehreren Ebenen

gefördert werden. In bestimmten Fällen ist es für den Aufsichtsrat, der ja zur Verschwiegenheit verpflichtet ist, erforderlich, Informationen an andere weiterzugeben. Hat etwa ein Aufsichtsratsmitglied den Verdacht auf pflichtwidriges Handeln des Vorstands, ist er berechtigt und auch verpflichtet, den Aufsichtsratsvorsitzenden und die anderen Mitglieder zu informieren. In schwerwiegenden Fällen ist wohl auch der Kerngesellschafter als Ratgeber über das weitere Vorgehen zu informieren – selbstverständlich ist dann auch dieser ebenso wie eine anwaltliche Beraterin an die Verschwiegenheits- und Insiderpflichten gebunden.

Besserer Informationsaustausch ist auch mit verschiedenen Aufsichtseinrichtungen zu fordern. So ist zum Beispiel eine von der APAB (Abschlussprüferaufsichtsbehörde) festgestellte beeinträchtigte Prüfungsqualität eines Abschlussprüfers eine für den Aufsichtsrat, die FMA (Finanzmarktaufsicht), aber auch die OePR (Österreichische Prüfungsstelle für Rechnungslegung) wesentliche Information, die dem Aufsichtsrat nicht vorenthalten werden sollte. Die OePR sollte sich mit Berichten über Prüfungsaktivität und -feststellungen der Rechnungslegung direkt an den Prüfungsausschuss

wenden. Dies scheint auch nach geltendem Recht möglich. Sinnvoll wäre überdies die Offenlegung eines aggregierten Berichts mit Aussagen zur Prüfqualität bei Abschlussprüfern, ähnlich wie in Großbritannien oder den USA.

Eine wichtige Informationsquelle sind schließlich Whistleblower. Diese haben bei Wirecard, bei der Commerzialbank, aber auch in anderen großen Fällen, frühzeitig gewarnt, wurden aber nicht ausreichend gehört. Die Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie ist ein wichtiger Schritt, es sollte aber tatsächlich die systematische Aufarbeitung und Nutzung der Meldungen sichergestellt sein, die auch das Ausfiltern von „Rachemeldungen und Vernaderungen“ erlaubt. Sie wäre nicht nur für den Aufsichtsrat, der regelmäßig über unternehmensinterne Meldungen informiert werden sollte, sondern für sämtliche Aufsichtsinstitutionen wertvoll.

Starke Abschlussprüfung

Drittens ist die Abschlussprüfung zu stärken. Die Rolle der Prüfer wird in den Fällen Wirecard und Commerzialbank noch untersucht. Der Abschlussprüfer ist ein wesentlicher Partner des Aufsichtsrats. Seine Unabhängigkeit würde

deutlich gestärkt, wenn er bereits ein Jahr im Voraus und für einen längeren Zeitraum bestellt würde – das Vorziehen steht schon jetzt nach dem Gesetz allen Gesellschaften offen.

Die Abschlussprüfung ist nur dann stark, wenn sie von hoher Qualität ist. Dies sollte der Prüfungsausschuss thematisieren. So können Audit Quality Indicators (AQI) verwendet werden, wie zum Beispiel die Zahl der eingesetzten Stunden nach Qualifikationsstufe, der Einsatz von Expertinnen, und die Diskussion von Prüfungshandlungen und Prüfungsfeststellungen. Prüfqualität ist schließlich auch eine Frage des Preises. Aufsichtsräte sollen den Preis nicht drücken, sondern sachgerecht ansetzen und entsprechende Leistungen vereinbaren. Umgekehrt sollten auch Abschlussprüfer nicht der Versuchung des Preisdumping für prestigeträchtige Mandate erliegen.

Man kann die drei Kernpunkte – Aufsichtsrat, Informationsaustausch, Abschlussprüfer – aber auch einfach zusammenfassen: Es geht darum, dass alle beteiligten Personen Anstand und Rückgrat beweisen!

Die beiden Autorinnen sind Professorinnen an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Aufsichtsrat sollte allzu schöne Berichte erkennen



LEGAL § PEOPLE

Branchen-News aus der Welt des Rechts

Einsteiger der Woche

Die Anwaltskanzlei Jarolim Partner holt **Guilherme Spiegelberg** in die Kanzlei. Er verstärkt das Litigation-Team der Kanzlei. „Guilherme Spiegelberg ist ein exzellenter Jurist und erfahrener Prozessanwalt. Er passt auch menschlich sehr gut in unser Team. Wir wollen als Kanzlei weiterhin wachsen und uns noch stärker international ausrichten“, sagen die Partner **Hannes Jarolim** und **Martin Kollar**.

Anfang Juni startet **Stefan Piringer** als Director im Team von LeitnerLaw Rechtsanwälte. Der erfahrene Sanierungsexperte wird sich zukünftig den Themen Restrukturierung & Sanierung sowie dem Insolvenzrecht widmen und an der Schnittstelle Insolvenzrecht/Steuerrecht eng mit den Steuerberatern von LeitnerLeitner Wirtschaftsprüfer Steuerberater zusammenarbeiten. Seine weiteren Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Gesellschaftsrecht/M&A sowie Immobilienrecht. Lösungsorientiertes, fach-



Guilherme Spiegelberg verstärkt das Jarolim Team. [Beigestellt]

übergreifendes Arbeiten mit Fokus auf der rechtlich sowie steuerlich optimalen Gestaltung für den Mandanten kennzeichnen seinen umfassenden Beratungsansatz. Ebenfalls Anfang Juni beginnt **Raphael Iglhauser** als Director das Team von LeitnerLeitner. Der renommierte Experte für Risk & Compliance wird sich verstärkt den Themen Steuerungs- und Kontrollsysteme zur Kor-



Julian Ring unterstützt das KWR Team als Junior Partner. [Beigestellt]

ruptions- und Betrugsvermeidung sowie der Automatisierung und Digitalisierung von Unternehmensstrukturen und -prozessen widmen. Unter dem Motto „auf Bestehendem aufbauen – mit Strukturen, die Sicherheit und Mehrwert schaffen“ wird Raphael Iglhauser die Mandanten von LeitnerLeitner dabei unterstützen, auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen der Unterneh-



Rainer Kaspar und Philip Rosenauer leiteten den Vertiseit-Deal. [Beigestellt]

menssteuerung sicher und vor allem angemessen vorbereitet zu sein.

Seit Mai verstärkt **Julian Ring** das Bau- und Immobilienrechtsteam von KWR als Junior Partner und Rechtsanwalt. Er konnte während seiner Zeit als Konzipient bei KWR umfassende Erfahrungen in der Führung „klassischer“ Zivilprozesse (mit Schwerpunkten auf den Berei-

chen ziviles Baurecht, allgemeines Leistungsstörungen- und Schadenersatzrecht, Miet- und Wohnrecht), Schiedsverfahren und Vertragsgestaltung sammeln.

Deals der Woche

Die Kanzlei PHH Rechtsanwälte hat das Marketing-Technologieunternehmen Vertiseit AB bei seinen Expansionsplänen in Europa beraten. Ein PHH Team um **Rainer Kaspar** und **Philip Rosenauer** leitete die Transaktion für Vertiseit. Mit ihnen arbeiteten Rechtsanwalt **Leopold Opferkuch** und Rechtsanwaltsanwältin **Johannes Metzler** im PHH Transaktionsteam.

LEGAL & PEOPLE

ist eine Verlagsserie der „Die Presse“ Verlags-Gesellschaft m.b.H. & Co KG
Koordination: René Gruber
E-Mail: rene.gruber@diepresse.com
Telefon: +43/(0)1/514 14 263

VON PHILIPP AICHINGER

Wien. „Eltern haften für ihre Kinder“, so lautet ein auch auf Schildern gern verbrieft Text. Er stimmt nur so nicht. Eltern haften bloß, wenn sie selbst Schuld auf sich geladen haben, insbesondere, wenn sie ihre Aufsichtspflicht gegenüber dem Nachwuchs verletzt haben. Umgekehrt können aber Kinder selbst ausnahmsweise zur Haftung für ihr Verhalten herangezogen werden. Nämlich dann, wenn sie etwas getan haben, was ihnen auch in ihrem Alter schon als falsch erscheinen musste. Aber wie ist das, wenn man etwas an sich Schlimmes gemacht hat, aber nur, weil man von anderen Kindern davor eingeschüchtert worden ist? Die Frage galt es in einem aktuellen Fall zu beantworten.

Ein neuneinhalb Jahre altes Kind hatte ein achteinhalb Jahre altes geklagt. Die beiden hatten sich auf einer Wiese getroffen. Und das jüngere Kind hatte einen Ast geworfen und damit das ältere Kind verletzt. Wie groß der Ast war, konnte nicht mehr festgestellt werden. Aber eines sei klar, wie der Oberste Gerichtshof (OGH) in dem Fall konstatierte: Einem achteinhalb Jahre alten Kind müsse „typischerweise bewusst sein, dass man eine Person, auf die man einen (harten) Gegenstand wirft, dadurch verletzen kann.“

Fünf gegen einen

Doch warf das Kind den Ast nicht aus Jux und Tollerei. Der von ihm verletzte Bub war zuvor mit vier Freunden zusammen auf die Wiese gekommen. Schon in der Vergangenheit hatte es Konflikte zwischen den Kindern gegeben. Nun

wollte die Gruppe den einzelnen Buben einschüchtern. Zwei von ihnen nahmen dafür Stecken bzw. Äste eines Baums in die Hand. Mit diesen gestikulierten sie. Der Adressat der Aktion wertete dies als Angriff auf ihn. Nun nahm er selbst einen Ast zur Hilfe und warf ihn. Dadurch wurde eines der Kinder der gegnerischen Gruppe am Auge verletzt.

Die Eltern hatte ihre Aufsichtspflicht nicht verletzt. Und selbst

muss man grundsätzlich erst mit 14 Jahren für sein Handeln einstehen. Das Landesgericht Innsbruck befand aber, dass es sich hier um einen der Ausnahmefälle handle, in denen ein Kind hafte. Das Oberlandesgericht Innsbruck drehte das Urteil um. Denn der Bub habe den Ast nur geworfen, weil er sich durch die Gruppe von fünf älteren Kindern bedroht fühlte.

Der OGH bestätigte diese Ansicht. Man müsse schließlich be-

rücksichtigen, dass der Täter mit achteinhalb Jahren noch deutlich unter der Mündigkeitsgrenze von 14 liegt. Die andere Gruppe sei nicht nur altersmäßig, sondern auch zahlenmäßig überlegen gewesen. Und man könne nicht feststellen, dass der Bub den Ast gezielt auf den Kontrahenten warf.

Debattiert wurde auch darüber, ob man selbst nach dem auch für Erwachsene geltenden Recht in so einem Fall von einer Putativnot-

wehr ausgehen müsste. Also von einer Situation, in der der Täter irrtümlich meint, dass die Voraussetzungen für eine Notwehr vorliegen. Das Oberlandesgericht hatte dies angenommen.

Auf diese Regel komme es aber hier gar nicht an, meinte der OGH. Denn von einem achtjährigen Kind könne man so oder so nicht fordern, „dass es die tatsächliche Gefahr realistisch einschätzt und sich dieser entsprechend ruhig und besonnen verhält“.

Konkrete Situation entscheidet

Wohlgemerkt in der konkreten Bedrohungssituation, denn ältere OGH-Entscheidungen zeigen sehr wohl, dass Kinder verurteilt werden können. So etwa im Fall eines siebeneinhalb Jahre alten Bubens, der im Streit einen Besen auf ein Mädchen warf. Das Mädchen verlor ein Auge, der Bub wurde zu Schadenersatz verurteilt. Es habe ihm bewusst sein müssen, dass das Werfen eines Besens aus einer Entfernung von nur zwei bis drei Metern gefährlich sein müsse, konstatierte der OGH damals.

Unabhängig von der Einsichtsfähigkeit eines Kindes kann man aber auch dann Schadenersatz fordern, wenn der Täter wegen seines Vermögens leicht dafür aufkommen kann. Also etwa, wenn ein Kind reich geerbt hat oder die von den Eltern für ein Kind (mit)abgeschlossene Haftpflichtversicherung den Schaden abdeckt. Auch dies ging in diesem Fall aber ins Leere. Die Versicherung wollte nicht zahlen. Und die Klägerseite habe auch nicht dargelegt, warum die Versicherung des Astwerfers in dem Fall zahlen müsse, erklärte der OGH (1 Ob 74/21w).

Verängstigter Bub darf anderes Kind bewerfen

Schadenersatz. Ein von Älteren mit Stecken bedrohter Achtjähriger verletzte mit einem Ast den Rivalen. Dem Täter könne man aber keinen Vorwurf machen, betont der OGH.

Urteile zu langsam: Strafe für Richter

Disziplinarrecht. Er habe sich in der Coronazeit erst auf den elektronischen Akt umstellen müssen, sagte der Jurist. Das reiche als Erklärung nicht, meint das Gericht.

VON PHILIPP AICHINGER

Wien. Es war nicht das erste Mal, dass sich der Richter wegen zu langer Verfahrensdauern rechtfertigen musste. Bereits im Jahr 2017 war er disziplinarrechtlich verurteilt worden. Damals begnügte man sich mit einem Verweis, also einer Rüge ohne Strafe. Nun aber wurde ein weiteres Mal disziplinarrechtlich gegen den Mann verhandelt. Und dabei galt es auch die Frage zu klären, ob die Umstellung in der Coronazeit die Länge der Verfahren rechtfertigen kann.

An sich gilt der Betroffene als routinierter Richter. „Er bereitet sich sehr sorgfältig auf die Verhandlungen vor; die Urteile sind sehr ausführlich und in der Regel gut begründet“, attestierte ihm das für das Disziplinarverfahren zuständige Oberlandesgericht Linz (OLG). Doch mit der Geschwindigkeit gab es in einer zweistelligen Zahl an Fällen große Probleme. Zwei Urteile wurden sogar erst im 14. Monat nach dem Schluss der Verhandlung ausgefertigt.

Der Richter erklärte sein Verhalten mit den Besonderheiten des Jahres 2020. Erst sei im Februar seine Mutter verstorben, dann habe die Coronazeit begonnen. Dabei sei die Umstellung auf den elektronischen Akt erfolgt. Bedingt durch den Lockdown habe er sich überwiegend im Selbststudium das dafür nötige Wissen aneignen müssen, klagte der Richter. Auch habe er sich erst ein Home-Office einrichten und mit der vermehrten Nutzung eines Sprachprogramms vertraut machen müssen. Man habe klären müssen, wie man Sachverständige unter den neuen Umständen kontaktiere, und coronabedingt hätten Ansprechpartner an der Arbeitsstelle gefehlt.

Er habe dafür geplant, ab dem späten Frühjahr 2020 bis Oktober

verstärkt zu verhandeln – und danach in den letzten Monaten vor seinem Pensionsantritt verstärkt Urteile auszufertigen, betonte der Richter. Teilweise sogar aus seinem Urlaub heraus, wie er betonte.

Akt „aus Gedächtnis gelangt“

Das zeige, dass der Richter „fleißig sein will“, wie das OLG betonte. Aber das rechtfertige späte Urteile nicht, gerade in jenen Verfahren,

„die nicht von überdurchschnittlichem Schwierigkeitsgrad sind“. Dass sich der Richter in einem Fall damit rechtfertigte, dass ihm der Akt „aus seinem Gedächtnis gelangt“ sei, kam auch nicht gut an. Das Verhalten sei „nicht erklärbar, jedenfalls aber nicht entschuldbar“, sagte das OLG (113 Ds3/20d).

Es verhängte daher eine Disziplinarstrafe in Höhe eines Bruttomonatsbezugs über den Richter.

Sie befinden sich hier.

«Voi siete qui»

Die Rechtsexperten für Italien bei Ihnen ums Eck.



EUSTACCHIO
Rechtsanwälte • Attorneys at Law

office@eustacchio.com +43/1/319 97 00 www.eustacchio.com

BEZAHLTE ANZEIGE



Mag. Bettina Knötzl

Postpandemie Vordenken: Was bleibt?

Jetzt, wo steigende Impfraten die Hoffnung auf ein „normales“ Leben rapide ansteigen lassen, fragen wir uns: Was bleibt von den unzähligen rechtlichen Neuerungen, die sich in unserem Alltag – nolens volens – breit gemacht haben?

Homeoffice spart Bürokosten, Online-Meetings Reisekosten und viel Zeit. Kontakthalten lässt sich auch über Internetplattformen. Auch der Gerichtsalltag hat sich im letzten Jahr fundamental verändert. Zum Teil werden sogar zentrale Zeugen nur noch Online vom Wohnzimmer aus einvernommen. Der Vorteil für die Wahrheitsfindung liegt auf der Hand: Der Zeuge darf die Maske abnehmen und seine Gesichtszüge können beobachtet werden. Diese sind für das erkennende Gericht eine wichtige Erkenntnisquelle. Dem steht die stark beschränkte Wahrnehmung in bloß 2D gegenüber. Der Verlust einer von drei Dimensionen – der Verzicht auf den „persönlichen Eindruck“ davon, wie der Betreffende mit den Anwesenden interagiert, seine gesamte Körpersprache u.v.m. – ist am Ende ein massiver Kompromiss, der im Fall einer Pandemie gerechtfertigt ist.

Andere Extremfälle sind ebenso denkbar, wie etwa Reiseunfähigkeit oder berechtigte Reiseunwilligkeit, etwa weil die Kosten (zB aus Übersee) außer Verhältnis stünden. Schon vor COVID hatte das Gericht die Möglichkeit, in besonderen Fällen eine Videokonferenz durchzuführen, allerdings war dies stets mit erheblichem administrativem Aufwand verbunden, sodass Gerichte (zu) selten davon Gebrauch machten.

Was wir aus der Krise gewiss gelernt haben: Smartphone und Laptop erlauben unkompliziert, Zeugen, die sonst nicht erreichbar wären, für die Wahrheitsfindung einfach und rasch verfügbar zu machen. Zur künftigen Erleichterung des Zugangs zum Recht sind diese Erfahrungen unbedingt für ressourcenschonende Verbesserungen der Qualität der Wahrheitsfindung zu nutzen.

Wenn das gelingt, dann hat die Pandemie – für Krisen typisch – auch eine positive Veränderung gebracht. Dieses ist nur eines von vielen Beispielen, wo der Gesetzgeber gefragt ist und die Wiener Rechtsanwaltschaft nicht ruht, heute wie morgen für Ihr Recht zu sorgen.

DIE WIENER RECHTSANWÄLTE  STARK FÜR SIE

Die Sportbühne für Klassiker und Exoten

Austria Finals in Graz boten 250 Bewerbe und Publikum.

Graz. Rund 3000 Athleten und Athletinnen aus 24 Sportfachverbänden haben bis Sonntag im Rahmen der Austria Finals in Graz ihre Meister gekürt. Es gab aktuelle olympische Disziplinen wie Turnen oder Karate (Debüt in Tokio) ebenso wie zukünftige in Form von Breakdance (Premiere 2024 in Paris) zu sehen. Auch „Exoten“ wie Kickboxen, Rope Skipping (verschiedene Varianten des Seilspringens), Disc Golf (eine Frisbee-Art) oder Cheerleading standen auf dem Programm. Die gemeinsame Bühne sollte auch kleinere Verbände in den medialen Fokus rücken, zudem war durch die Lockerungen der Maßnahmen in einigen der 16 Sportstätten auch wieder Publikum erlaubt.

Für Eisschnellläuferin Vanessa Herzog bot sich in Graz die Gelegenheit zum Disziplinenwechsel – statt auf Kufen war die Wahl-Kärntnerin auf den Inlineskates unterwegs – und nicht zu schlagen. „Ein langer Tag, aber die Siegerehrung am Hauptplatz war umso schöner“, freute sich die Olympiavierte von Pyeongchang 2018 über die Zeremonie im „Thunderdome“ am Hauptplatz.

Testlauf für Formel 1

Die Rückkehr der Zuschauer in Graz bezeichnete BSO-Präsident Hans Niessl als „Pilotversuch“: „Der Sport lebt davon.“ Auch Vizekanzler und Sportminister Werner Kogler (Grüne) blickte bereits auf die beiden bevorstehenden F1-Rennen in Spielberg: Während für das zweite im Juli praktisch „alles möglich“ sei, gilt für das erste Ende Juni noch die Begrenzung von 3000 Zuschauern. Eventuell könnten die Veranstalter, „die Ersten sein, die voll aufsperrten“, ließ er anklingen. Man arbeite an einer Lösung, mehr wollte Kogler dazu allerdings noch nicht verraten. (red.)

NACHRICHTEN

Radsport: Konrad bei Dauphiné auf Podest

Patrick Konrad fuhr bei der 8. und letzten Etappe des Critérium Dauphiné von La Leche-Les-Bains nach Les Gets (147 km) auf Rang drei, der Tagessieg ging an den Ukrainer Mark Padun. Der Australier Richie Porte, der am Vortag die Führung übernommen hatte, verteidigte seine Spitzenposition erfolgreich und siegte schließlich 17 Sekunden vor dem Kasachen Alexej Luzenko (Astana). Konrad beendete die Generalprobe für die Tour de France (ab 26. Juni) als Zwölfter und tankte Selbstvertrauen für das Saisonhighlight.

Handball: Der erste Matchball für Hard

Die Fivers Margaretten stehen in der Best-of-three-Finalserie der Handballliga unter Zugzwang. Nach der 27:28-Niederlage im Auftaktspiel gegen Hard muss heute (19.30 Uhr, live, ORF Sport+) ein Heimsieg her. Die Statistik spricht freilich klar für die Vorarlberger: In bisher 18 Finalserien ist dem Verlierer von Spiel eins lediglich zweimal die Trendwende gelungen.

Was der ÖFB bei der EM verdient

ÖFB-Team. Die Teilnahme an der Europameisterschaft kommt für den ÖFB in Pandemiezeiten besonders gelegen. Allein das Erreichen der Endrunde garantiert 9,25 Millionen Euro an Prämien.

Wien. Die Uefa-Prämien für die bevorstehende EM werden den Umsatz des Österreichischen Fußball-Bundes (ÖFB) im laufenden Geschäftsjahr um rund ein Viertel steigen lassen. Zukunftsprojekte des Verbandes, etwa die Schaffung eines neuen Trainingszentrums in Wien Aspern, werden laut ÖFB-Geschäftsführer Bernhard Neuhold nicht vom sportlichen Erfolg beim Turnier abhängen. Langfristig hätte dieser aber auch auf die Finanzen des größten heimischen Sport-Fachverbandes positive Auswirkungen.

Durch die Coronafolgen war das ÖFB-Budget von rund 50 Mio. Euro 2019 im Vorjahr auf etwas mehr als 45 Mio. Euro geschrumpft. Für 2021 ist laut Neuhold mit rund 60 Mio. Euro ein neuer Rekordwert prognostiziert – auch aufgrund der EM-Prämien. 9,25 Mio. Euro erhält jedes Teilnehmerland als Antrittsgeld von der Uefa garantiert. Jeder Sieg in der Gruppenphase bringt eine weitere Million, jedes Remis eine halbe. Der Aufstieg ins Achtelfinale wird mit weiteren 1,5 Mio. Euro honoriert.

Einnahmen - und Ausgaben

Neuhold betonte, dass es sich dabei um Bruttobezüge handle. Die Zusatzkosten für Personal, Reisen, das EM-Quartier in Seefeld oder die Corona-Präventionsmaßnahmen müssten davon ebenso abgezogen werden wie die Erfolgsprämien für die Spieler. Ähnlich wie vor der EM 2016 sei mit dem Mannschaftsrat in partnerschaftlichen Gesprächen ein leistungsabhängiges Modell vereinbart worden.

Dazu partizipieren über einen Verteilungsschlüssel auch die Landesverbände und die Bundesliga am EM-Kuchen. „Beim ÖFB als Unternehmen bleibt nur ein Bruchteil über“, sagte Neuhold. Aus Gruppenspielen und Achtelfinale wäre dies ein niedriger siebenstelliger Betrag. „Wirklich spannend wäre ein Einmaleffekt wirtschaftlich erst ab dem Viertel-



Auch die Mannschaft rund um Marko Arnautović (Zweiter von links) kann bei der EM gut verdienen. [APA/Neubauer]

finale.“ Für dieses gibt es von der Uefa 2,5 Mio. Euro zusätzlich.

Die Corona-Maßnahmen beim Nationalteam verursachen Zusatzkosten in sechsstelliger Höhe. Neben den laufenden Testungen müssten auch großzügigere Hotelräumlichkeiten für Meetings, Einzelzimmer oder die Anreise der Spieler in der Business Class finanziert werden. „Zu all dem sind wir aufgrund unserer intern streng formulierten Präventionskonzepte verpflichtet“, erklärte Neuhold. Beim ÖFB waren positive Fälle bisher bei allen Team-Zusammenkünften vermieden worden.

Die Euro sei für das Verbandsbudget laut Neuhold „keine wahnsinnig gewinnbringende Sache im Sinne eines Einmaleffekts“. Sportlicher Erfolg würde aber mittel- und langfristig bei Sponsoren- und Ticketing-Einnahmen helfen. In diesen Bereichen hatte es in der Pandemie zuletzt wesentliche Einschnitte gegeben. 2020 stand für

den Verband am Ende – konsolidiert mit der ausgegliederten ÖFB Wirtschaftsbetriebe GmbH – dennoch eine schwarze Null. „Wir sind vergleichsweise gut über 2020 drübergekommen“, sagte Neuhold. „2021 ist für uns aber mit Sicherheit genauso herausfordernd.“

Die Auswirkungen der Pandemie werde man noch länger spüren. Umso wichtiger wäre ein starker EM-Auftritt des ÖFB-Teams als

AUF EINEN BLICK

Die Europäische Fußball-Union (Uefa) hat ihre **Preisgelder** für die bevorstehende EM nach unten revidiert. Die Gesamtdotation des wegen Corona um ein Jahr verschobenen Turniers beträgt nicht wie ursprünglich geplant 371 Millionen Euro, sondern 331 Mio. Euro. Die Antrittsprämie, die auch der ÖFB als einer von 24 teilnehmenden Verbänden erhält, bleibt mit 9,25 Mio. Euro gleich. Ein Sieg in der Gruppenphase bringt eine Million, ein Remis 500.000 Euro.

Signal für den heimischen Fußball, der im zweiten Halbjahr wieder in Schwung kommen soll. Neuhold: „Es wäre motivierend für alle. Je erfolgreicher wir sind, desto größer ist der Kuchen – und desto mehr profitiert die gesamte Struktur.“

Trainingszentrum-Vision

Das in Planung befindliche Trainingszentrum des Verbandes samt Geschäftsstelle könnte unabhängig davon in den nächsten Wochen auf Schiene gebracht werden. Die Gesamtkosten sollen sich auf rund 50 Millionen Euro belaufen, rund 20 Millionen müsste der ÖFB an Eigenmitteln einbringen. „Ob wir ein Trainingszentrum realisieren, hängt nicht mit dem Abschneiden bei der Euro zusammen“, betonte Neuhold. Der notwendige Präsidiumsbeschluss für das Projekt in Aspern sei aber noch ausständig. Vorerst hat der Verband seine Räumlichkeiten weiter im Ernst-Happel-Stadion. (age/red)

Wenn die Euro zur Comeback-Bühne wird

EM 2020. Einige große Namen kehren im Zuge der Europameisterschaft zurück ins Rampenlicht. Deutschland hofft auf Qualität und Erfahrung eines Weltmeister-Duos. Und Frankreich auf die Tore eines wahren Dauerbrenners.

Wien. Karim Benzema, Thomas Müller oder Eden Hazard – die Fußball-EM steht auch ein wenig im Zeichen der Comebacks. Bei Weltmeister Frankreich kehrte mit dem Stürmer von Real Madrid ein Akteur zurück, der seit Jahren polarisiert. 30 Tore für die Madrilenen in der abgelaufenen Saison sprachen aber klar für Benzemas Berücksichtigung. Mit Müller und Mats Hummels vertraut Joachim Löw auf zwei Akteure, die die große Bühne bereits lang kennen.

Löw hat den 31-jährigen Müller wie den ein Jahr älteren Hummels für das paneuropäische Turnier nach der nicht ohne Misstöne erfolgten Ausbootung 2019 wieder zurückgeholt. „Ein bisschen dazu beizutragen, Fußball-Deutschland wach machen zu können, da freut man sich“, betonte Müller zuletzt im deutschen Trainingscamp in Seefeld. „Ich bin glücklich, dass ich diese Chance bekomme“, meinte der Bayern-Offensivmann. Der Disput mit Löw vor mehr als zwei Jahren sei „Schnee von gestern“, machte Müller deutlich.

Der Bundestrainer hatte die Rio-Weltmeister Müller, Hummels und Jérôme Boateng einst ohne

Vorwarnung darüber informiert, dass er sie wegen der Verjüngung im Team nicht mehr berücksichtigen werde. Nun ist Routine im deutschen Aufgebot wieder gefragt. Müller, der die 100-Länderspiel-Marke bereits geknackt hat, zeigte in der abgelaufenen Saison auch starke Leistungen.

Ändern werde er sich als Mensch und Fußballer bei seinem Comeback nicht, unterstrich Müller: „Ich bin, wie ich bin, der Bundestrainer weiß, was er für ein Paket hinzu geholt hat.“ Auch Hum-

mels will seinen Wert bei der EM noch einmal unter Beweis stellen. „Es war ein Ziel, mich hier nochmal reinzuarbeiten“, bekannte Dortmunds Abwehrchef.

Benzemas Begnadigung

27 Tore in 81 Spielen für die „Grande Nation“ waren für Benzema lang zu wenig. Seit 2015 stand der Angreifer nicht mehr in Frankreichs Aufgebot. Wegen der Verwicklung in den Erpressungsfall um Ex-Teamkollegen Mathieu Valbuena wurde er zunächst suspen-

diert und schließlich nicht mehr berücksichtigt. Die Causa ist noch immer nicht ausgestanden, im Oktober muss Benzema erneut vor Gericht erscheinen. Didier Deschamps begnadigte den 33-Jährigen aus sportlicher Sicht. „Was passiert ist, ist passiert. Wir können die Zeit nicht zurückdrehen, sondern nur aus der Vergangenheit lernen“, sagte Benzema. Wichtig sei nur, was auf dem Spielfeld passiert. „Da will ich mein Bestes zeigen.“

Im Zug von Chelseas Erfolgen im Frühjahr schaffte auch César Azpilicueta den Sprung zur EM. Der spanische Kapitän des Champions-League-Siegers Chelsea absolvierte zuletzt 2018 seinen insgesamt 25. Einsatz für die „Roja“. Mit Spanien wartet er noch auf den großen Wurf. Belgien gilt auch dank Eden Hazard seit Jahren als bereit für einen großen Titel. Mittlerweile hat der Offensivstar den 30. Geburtstag schon hinter sich – und plagt sich seit Längerem mit diversen Verletzungen. Seit November 2019 hat Hazard wegen verschiedener Blessuren und einer Corona-Infektion nicht mehr für Belgien gespielt. (age/red)



Thomas Müller ist wieder Teil des DFB-Teams. [imago]



Max Verstappen ärgerte sich über den verlorenen Sieg in Baku. Zumindest mit der behaupteten WM-Führung durfte er sich trösten. [Reuters]

Das Drama von Baku: Pérez erbt Sieg

Formel 1. Ein Reifenplatzer kostete Max Verstappen den dritten Erfolg der Saison. Lewis Hamilton patzte diesmal kapital. So gewann Sergio Pérez, Sebastian Vettel kehrte aufs Podest zurück.

Baku/Wien. Sergio Pérez hat am Sonntag beim Formel-1-Grand-Prix in Aserbaidschan einen dramatischen ersten Sieg für Red Bull eingefahren. Der Mexikaner profitierte von einem späten Reifenschaden seines zuvor souverän führenden Stallrivalen Max Verstappen. Der Niederländer führt die WM-Wertung nach dem sechsten WMLauf weiter vier Punkte vor Mercedes-Star Lewis Hamilton an. Der britische Titelverteidiger schmiss viele Punkte mit einem Verbrenner im Finish nach einem stehenden Start weg.

„Ich freue mich so! Baku ist normalerweise ziemlich verrückt. Erst einmal tut es mir leid für Max, er ist ein unglaubliches Rennen gefahren und hätte den Sieg verdient. Aber wir hatten einen fantastischen Tag. Wir waren kurz davor, das Auto abzustellen, zum Glück haben wir es ins Ziel geschafft“, sagte Pérez nach seinem zweiten GP-Sieg nach Bahrain 2020. Sebastian Vettel überraschte als Zweiter mit seinem ersten Podestplatz für Aston Martin, Dritter

wurde AlphaTauri-Pilot Pierre Gasly, der sein starkes Wochenende krönte. „Natürlich ist es frustrierend, was passiert ist“, ärgerte sich Verstappen nach diesem frustrierenden Ausgang. „Das ganze Rennen war super, das Auto unglaublich schnell, normalerweise wäre das ein einfacher Sieg gewesen.“

Denn Pole-Setter Charles Leclerc setzte sich zwar beim Start durch, wurde jedoch in Runde drei von Hamilton überholt und wenig später auch von Verstappen, der sich auf die Jagd machte. Dahinter hatte Vettel schnell die Punkte im Blick. Der 33-Jährige kam dank eines guten Starts auf Rang neun nach vorn. Erstmals seit 2019 führte er sogar wegen der früheren Boxenstopps der Spitzenfahrer. Nur zu gern hätte Vettel schon in diesem Jahr

endlich wieder dauerhaft ganz vorn mitgemischt, doch dazu fehlt noch viel.

Kurz zuvor hatte Hamilton die Führung an Verstappen verloren. Zwei Wochen nach seinem Premiersieg in Monaco blieb der Herausforderer aus den Niederlanden, der es zuvor in Aserbaidschan noch nie auf das Podest geschafft hatte, auch nach seinem ersten Stopp an der Box vorn. Verstappen hielt den Titelverteidiger in der Folge auf Abstand, weil Red-Bull-Teamkollege Sergio Pérez als Prellbock noch zwischen den Rivalen lag. Mit aller Gewalt versuchte Hamilton

mit Pérez mitzuhalten. „Ich verliere an Boden“, funkte Hamilton noch vor der Hälfte des Rennens an sein Team und konnte gegen Pérez nichts machen.

„Baku ist ziemlich verrückt. Es tut mir leid für Max, aber wir hatten einen fantastischen Tag.“

Sergio Pérez
GP-Sieger



Nachdem Vettels Teamkollegen Lance Stroll bei hoher Geschwindigkeit der linken Hinterreifen platzte und er in die Streckenbegrenzung einschlug, musste das Safety Car auf die Strecke. Verstappen blieb auch nach dem Neustart klar vor Hamilton, alles sah nach einem ruhigen Rennen aus – bis auch Verstappen nach einem Reifenplatzer in der Mauer einschlug. Zumindest blieb der 23-Jährige unverletzt, das Rennen war für über 40 Minuten unterbrochen. Dann ging es für zwei Runden noch einmal los. Hamilton verspielte nach dem Neustart die Chance auf die Rückeroberung der WM-Führung, wurde nur 15. (red.)

GP VON ASERBAIDSCHAN Ergebnisse

1. Sergio Pérez (MEX) Red Bull 2:13:36,410 Std.
2. Sebastian Vettel (GER) Aston Martin +1,385
3. Pierre Gasly (FRA) AlphaTauri +2,762
4. Charles Leclerc (MON) Ferrari +3,828. 5. Lando Norris (GBR) McLaren +4,754. 6. Fernando Alonso (ESP) Alpine +6,382.

WM-Stand: 1. Verstappen (NED) Red Bull 105, 2. Lewis Hamilton (GBR) Mercedes 101.

Konstruktors-WM: 1. Red Bull 174, 2. Mercedes 148.
Nächstes Rennen: GP von Frankreich (20. Juni)

Lorenzo Musetti: Italiens nächster Goldjunge

Tennis. Mit den beiden 19-jährigen Jannick Sinner und Lorenzo Musetti stehen zwei italienische Talente in der Auslage. Die French-Open-Achtelfinalduelle gegen Rafael Nadal respektive Novak Djoković werden zum ultimativen Gradmesser.

VON CHRISTOPH GASTINGER

Paris/Wien. Das Erreichen der Top 100 in der Weltrangliste ist das erste große Ziel eines jeden Tennisprofis. Es ist ein elitärer Kreis in einer Weltsportart, den allermeisten Anwärtern bleibt der Vorstoß in eben diesen für immer verwehrt. Umso bemerkenswerter erscheint es, wenn einzelne Nationen in diesen Top 100 besonders stark vertreten sind. Angeführt wird das Ranking von Frankreich und Spanien, beide Länder stellen je elf Spieler. Dahinter folgen die USA und Italien mit jeweils zehn.

Während Frankreich, Spanien und den USA seit Jahrzehnten der Ruf einer Großmacht vorausseilt, ist der jüngste Aufstieg Italiens eine nähere Betrachtung wert. Mit Andreas Seppi (37) und Fabio Fognini (34) sind nur zwei italienische Asse 30 Jahre oder älter. Der Vergleich mit Frankreich (8) und Spanien (6) macht sicher: Italiens Tennis ist nicht nur die Gegenwart, sie hat auch Zukunft. Angeführt wird die Riege von Matteo Berrettini. Der 25-Jährige, aktuell die Nummer neun, hält sich seit Oktober 2019 in den Top 10.

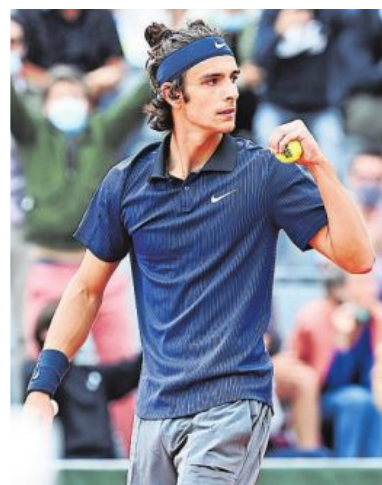
Italien und die Tennis-Weltöffentlichkeit spricht dieser Tage aber längst nicht nur über Berrettini. Mit Jannick Sinner und Lorenzo Musetti lassen gleich zwei 19-jährige Teenager die Herzen der Fans höher schlagen. Während Sinner (ATP 19) sich bereits auf der Tour etabliert hat und zwei Turniersiege einspielen konnte (Sofia, Melbourne), ist der sieben Monate jüngere Musetti bislang der Senkrechstart 2021. Vor zwölf Monaten noch die Nummer 284 in der Weltrangliste, steht der junge Mann aus der 62.000-Einwohner-Stadt Carrara in der Toskana mittlerweile auf Platz 76 – Tendenz stark steigend.

Fulminante Premiere

Schon nach den French Open wird Musetti zumindest an den Top 60 kratzen, weil er bei seinem Debüt in einem Grand-Slam-Hauptbewerb sensationell im Achtelfinale gelangt ist. Nach klaren Siegen über David Goffin und Yoshihito Nishioka rang er am Samstag in Runde drei auch seinen Landsmann Marco Cecchinato in fünf

Sätzen nieder. Die Belohnung: Ein Duell mit dem Weltranglistenerten Novak Djoković am Montag.

Wie Sinners Spiel ist auch das von Musetti schlaggewaltig und ohne offensichtliche Schwäche. Gepaart mit der unwiderstehlichen jugendlichen Unbekümmertheit und einer Menge südländischem Temperament ist Musetti bereits jetzt ein Härtetest für die Weltspitze. Auch an Selbstvertrau-



Lorenzo Musetti beeindruckt bei seinem Debüt in einem Major-Hauptbewerb. [imgago]

en mangelt es dem Rechtshänder nicht. Nach seinem Erfolg über Cecchinato sagte er: „Ich versuche, den heutigen Sieg zu genießen. Und ab Sonntag fokussiere ich mich darauf, Novak zu schlagen und weiterzukommen.“

Sinner schwärmt von Musetti

Djoković, in Paris nach drei Partien noch ohne Satzverlust, dürfte für Musetti vor allem in einem „Best-of-five“-Match zwar eine noch kaum zu überwindende Hürde darstellen. Zumindest zur großen Talentschau wird dieses Spiel aber allemal werden. Auf seinen Landsmann angesprochen erklärte Sinner, der in seinem Achtelfinale Rafael Nadal fordert: „Lorenzo ist ein unglaublicher Spieler. Er hat sehr viel Talent, vielleicht mehr als ich. Er ist physisch sehr stark und kann mit dem Tennisball eigentlich alles machen. Er hat im Spiel noch mehr Optionen als ich.“

FRENCH OPEN ACHTELFINALE (MONTAG)

Herren: Djoković (SRB/1) – Musetti (ITA), Nadal (ESP/3) – Sinner (ITA/18), Schwartzman (ARG/10) – Struff (GER). Federer zog sich aus dem Turnier zurück.
Damen: Jabeur (TUN/25) – Gauff (USA/24), Stevens (USA) – Krejčíková (CZE) Kenin (USA/4) – Sakkari (GRE/17), Kostjuk (UKR) – Swiatek (POL/8).

Moto GP: KTM bejubelt ersten Saisonsieg

Portugiese Oliveira gewann auch dank Problemen bei Pole-Setter Quartararo.

Barcelona. Miguel Oliveira triumphierte beim Grand Prix von Katalonien in Barcelona vor 19.300 Zuschauern und bescherte KTM den ersten Moto GP-Saisonsieg. Der 26-Jährige profitierte auch von den Problemen Fabio Quartararos mit seinem Rennanzug und gewann vor dem Franzosen Johann Zarco (Pramac) und dem Australier Jack Miller (Ducati). Marc Márquez (ESP) und Valentino Rossi (ITA) schieden nach Stürzen aus.

„Das war eines der besten Rennen meiner Karriere. Es war hart, cool zu bleiben, weil Fabio so lang Druck gemacht hat. Ich kann KTM nicht genug für dieses sensationelle Motorrad danken“, meinte Oliveira und freute sich über das Comeback der Zuschauer: „Alles war so viel schöner mit den Fans an der Strecke.“

Für den oberösterreichischen Hersteller KTM war es der vierte Moto GP-Sieg. „Es ist unglaublich“, frohlockte Motorsportdirektor Pit Beirer. „Der Saisonstart war echt schwierig und wir haben brutal reagiert. Wir haben wirklich hart gearbeitet und jetzt haben wir es umgesetzt. Jetzt sind wir bei der Musik.“

Drama bei Höchsttempo

Nach dem Verlust der Spitzenposition unmittelbar nach dem Start blieb Quartararo bis drei Runden vor Schluss an Oliveira dran, ehe sich bei seiner Lederkombi ein Reißverschluss löste. Bei voller Fahrt entfernte er den störenden Brustprotector, fuhr mit offener Weste. Das kostete mehrere Zehntelsekunden, Oliveira zog davon. Für eine Abkürzung erhielt Quartararo noch eine Zeitstrafe und wurde auf Rang vier zurück versetzt, führt die WM-Wertung aber mit 118 Zählern vor Zarco (101) und Miller (90) an. (swi)

Osaka bedankt sich bei Fans für „alle die Liebe“

Naomi Osaka, 23, meldete sich auf Instagram. Rückkehr offen.

Paris. Naomi Osaka ist nach ihrem für Schlagzeilen sorgenden Rückzug von den French Open auf Tauchstation gegangen. Doch nun meldete sich die Weltranglistenzweite mit einer Instagram-Story. Darin bedankte sie sich bei ihren Fans für „all die Liebe“. „Ich war jetzt nicht viel auf meinem Telefon, aber ich wollte nur vorbeischauen und euch sagen, dass ich das wirklich sehr schätze“, schrieb die 23-Jährige. Die vierfache Major-Siegerin hatte mitgeteilt, dass sie seit Jahren an Depressionen und sozialer Phobie leide.

Dies hat weltweit Diskussionen hervorgerufen, gleichzeitig aber auch für viel Applaus für die Offenheit der Japanerin gesorgt. Der internationale Tennisverband ITF und die Spielerinnen-Organisation WTA haben angekündigt, die Sache sehr ernst zu nehmen, im Hintergrund werde an möglichen Lösungen gearbeitet. Osaka hat indes ihre Teilnahme am Rasenturnier in Berlin abgesagt, ob sie in drei Wochen in Wimbledon antritt, ist ebenso fraglich. (ag.)

MEIN MONTAG

VON ERICH KOCINA



Wer desto vor desto sagt, zerstört eine Partnerschaft

Je öfter desto ohne je verwendet wird, desto trauriger. Aber je und je ist nur bedingt besser.

Es ist ein bisschen wie mit Paaren, die schon so lang zusammen sind, dass man sie gar nicht mehr so richtig als Einzelpersonen sieht. Man lädt dann eben die Mayers ein – und nicht Adelheid und Heinz. Auch in der Sprache gibt es dieses Phänomen von Wörtern, die besonders gern als Paar antreten. Je und desto, zum Beispiel, kommen gern im Doppelpack. Na ja, das je ist schon auch häufiger solo unterwegs (im Sinne von jemals), kann allein eine Menge aufteilen (je eine Stimme pro Mitglied) und frönt gelegentlich auch einer heftigen außerehelichen Affäre mit dem nach, je nach Lust und Laune. Doch während das je immer wieder Soloausritte macht, bleibt das desto immer schön brav daheim. Vielleicht nutzt es diese ruhigen Stunden dann, um auf die Suche nach sich selbst zu gehen. In seinem Stammbaum wird es dann herausfinden, dass seine Vorfahren aus dem Althochdeutschen stammen. Damals waren es noch zwei Wörter, nämlich des und diu – das erste der Genitiv, das zweite der Instrumental von der. (Instrumental? Das ist der „Womit-Fall“, der das Mittel ausdrückt, mithilfe dessen eine Handlung ausgeführt wird. Diesen Fall gibt es im Deutschen heute nicht mehr.) Diese Kombination stand dann quasi für dadurch.

Weil das desto aber so oft allein daheim sitzt, führt es manchmal auch Selbstgespräche. Und von dort muss wohl das Missverständnis herrühren, dass man gleich zwei destos in einem Satz verwenden kann, etwa: „Desto mehr Menschen geimpft werden, desto schneller zurück zur Normalität.“ Nein, nein! Korrekt ist, wenn das desto mit Komparativ auf ein je (auch mit Komparativ) folgt. Und je mit je? Nun, das gilt als umgangssprachlich, und je öfter es verwendet wird, je blöder. Aber wollen wir je-je oder desto-desto wirklich? Schauen wir doch lieber, dass das hübsche Jedesto-Pärchen öfter Zeit miteinander verbringt – je mehr, desto besser. Ok?

E-Mails an: erich.kocina@diepresse.com

VERANSTALTUNGEN

Wien

THEATER

Akademietheater: Alles, was der Fall ist, 20h, III., Lisztstr. 1, T: 514 44 4140
Theater i. d. Josefstadt: Geheimnis einer Unbekannten, 19.30h, VIII., Josefstädter Str. 26, T: 42 700 300

MUSIKTHEATER

Staatsoper: A Suite of Dances, 19h, I., Opernring 2, T: 513 1 513

KLASSIK

Musikverein: Großer Saal: Alban Berg Ensemble, 19.30h, I., Bösendorfer Str. 12, T: 505 81 90

KABARETT

Stadtsaal: Science Busters - Global Warming Party, 19.30h, VI., Mariahilfer Str. 81, stadtsaal.com
Theater im Park: Viktor Gernot & Michael Niavarani - Sommer Special, 20h, III., im Schwarzenberggarten am Belvedere, theaterimpark.at

U-MUSIK

Konzerthaus: Mozart Saal: Thomas Gansch & Wolfgang Muthspiel, 18h, 20.30h, **Großer Saal:** Martin Grubinger & Friends, 19.30h, III., Lothringerstr. 20, T: 24 20 02
Musikverein: Metallener Saal: whir II: Clara Frühstück, Teresa Rotschopf, Schaab, Pulsinger, Knorz, 20h, I., Bösendorfer Str. 12, T: 505 81 90
Radiokulturhaus: Elektro Guzzi, 20h, IV., Argentinierstraße 30a, T: 501 70 377

LITERATUR & VORTRAG

Ö. Gesellschaft für Literatur: Buchpräsentation von Hans Platzgumer: Bogners Abgang, 18h, I., Herrng. 5, ogl.at
Sargfabrik: Die Kant_ine denkt nach: Das philosophische Café. Cornelia Mooslechner-Brüll im Gespräch, 19h, XIV., Goldschlagstr. 169, sargfabrik.at

AUSSTELLUNGEN

Albertina: Faces. Die Macht des Gesichts (bis 20. Juni). Xenia Hausner. True Lies (bis 8. August). Stadt und Land. Zwischen Traum & Realität (bis 22. August). Jakob Gasteiger. Post-Radiokale Malerei (bis 22. August). Die Sammlung Batliner: Monet bis Picasso (permanent). Tgl. 10-18h, I., Albertinaplatz 1, T: 534 83-0

VERANSTALTUNGEN

Niederösterreich

AUSSTELLUNGEN

Schallaburg: Aufbruch in neue Welten (bis 07.11.2021), Mo-Fr 9-17h, Sa, So und Ftg. 9-18h, Schallaburg 1, T: 02754-56 530
Stift Göttweig: Museum im Kaisertrakt. Pater Lambert Karner – Ein Benediktiner als Höhlenforscher, tgl. 10-18h, T: 02732-85581-231

KLASSIK

Festspielhaus St. Pölten: Eine Alpensinfonie, mit einer grandiosen Alpenwanderung verabschieden sich die Tonkünstler aus der Konzertsaison, 19.30h, Kulturbezirk 2, T: 02742-90 80 80-222

Weitere Termine finden Sie unter: diepresse.com/kulturkalender

Geld ausgeben als Kinderspiel

Spiel. Three Coins setzt sich für mehr Aufklärung rund um Finanzen ein – schon bei Kindern. Für diese hat das Wiener Unternehmen ein Brettspiel entwickelt.

VON EVA WALISCH

Vier Freunde belauschen ein Gespräch: Bösewichte wollen das gesamte Geld der Stadt rauben, nur die Kinder können jetzt den Geldbunker beschützen. Was ein bisschen nach einem Fall für die Knickerbocker-Bande klingt, ist das Konzept der „Schotterbande“: Ein Gesellschaftsspiel für Kinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren, das auf spielerische Weise den Umgang mit Geld vermitteln soll.

Dahinter steckt das Wiener Sozialunternehmen Three Coins. 2011 wurde es mit dem Ziel gegründet, Chancengleichheit zu fördern. Alexandra Wolk ist mittlerweile am längsten im Team und Leiterin der Finanzabteilung. Ihre Vision: „So vielen Menschen wie möglich Finanzbildung ermöglichen – und damit ein selbstbestimmteres und unabhängigeres Leben.“

Denn Finanzkompetenz, also etwa die Planung des Budgets oder ein reflektiertes Konsumverhalten, würde kaum jemand wirklich lernen. „Auch in der Schule bekommen Kinder meistens nicht praktisch anwendbares Wissen mit, das man im realen Leben nutzen kann“, so Wolk. „Dabei ist Finanzbildung keine Raketenwissenschaft.“

Gespräche über Geld würden viele Eltern mit Kindern nur nebenbei und in Situationen, die unangenehm sind, führen. „Etwa, wenn man im Supermarkt ist und ein Kind etwas haben will, aber nicht bekommt“, so Wolk. Das Thema sei nach wie vor ein Tabuthema – über Geld spreche man nicht gern. Dabei sei genau dies wichtig, denn wie Eltern mit Finanzen umgehen, färbe auch auf die Kinder ab.

Symbolische Schurken

Der Ansatz von Three Coins war von Anfang an spielerisch, schon das erste entwickelte Projekt war ein Smartphone-Spiel für Jugendliche. Gezielt in Schulen und in der Jugendarbeit setzt das Sozialunternehmen an.

Mit dem Brettspiel wagt sich das Unternehmen nun aber an Neuland heran. „Die Idee gab es schon sehr lang“, erzählt Wolk. „Uns wurde aber schnell klar, dass wir zwei komplett konträre Zielgruppen haben: Eltern, die etwas vermitteln möchten, und Kinder, die einfach ein cooles Spiel spielen wollen.“

Entstanden ist deshalb zusätzlich ein 16-seitiges Begleitheft für Eltern mit Anleitungen, wie sie die Kinder beim Lernen unterstützen können. „Damit werden die Eltern pädagogische Wegbegleiter, die einen guten Start ins Geldleben ermöglichen.“ So



Alexandra Wolk ist Finanzchefin bei dem Wiener Sozialunternehmen Three Coins. [Katharina F. Roboth]

könne man Fragen besprechen, die sich durch das Spiel ergeben: Wie budgetiert und plant man? Welche Dinge braucht man wirklich und welche hätte man nur gern? Und was ist der Unterschied zwischen einem Preis und einem Wert?

Bei „Schotterbande“ geht es um das gemeinsame Spiel, trotzdem hat jeder sein eigenes Budget und seine Verantwortung. Die Schurken aus dem Spiel symbolisieren Hürden, die es auch im realen Leben gibt: Einer davon ist etwa Heiko Hacker, der für die Gefahren der digitalen Welt steht.

Bis vergangenen Freitag lief das Crowdfunding für das Spiel. Wolk ist mit dem Ergebnis zufrieden. „Wir können garantieren, dass das Spiel produziert werden kann“, sagt sie. Das Feed-

AUF EINEN BLICK

Three Coins ist ein Wiener Sozialunternehmen, das seit 2011 Workshops und Beratungen rund um das Thema Finanzbildung anbietet. Das neueste Projekt: Das Brettspiel „Schotterbande“, das Kindern im Volksschulalter den Umgang mit Geld spielerisch beibringen soll. Inkludiert ist auch ein Begleitheft für Eltern, die damit ihre Kinder beim Lernprozess unterstützen können. Mithilfe einer Crowdfunding-Aktion wird das Spiel im Oktober produziert und soll rund um den Weltspartag 2021 erscheinen. (www.threecoins.org)

back sei sehr positiv ausgefallen: „Die ersten Spielwarenhändler, die das Spiel dann zur Verfügung stellen wollen, sind bereits an uns herangetreten.“ Im Oktober soll „Schotterbande“ produziert werden und rund um den Weltspartag erscheinen.

Workshops für Frauen

Selbst ist Wolk übrigens schon immer ein „Zahlenfreak“ gewesen, wie sie erzählt. „Auf Geld zu schauen ist mir schon als Kind mitgegeben worden. Das ist einfach in meiner DNA verwurzelt“, so die gebürtige Niederösterreicherin und WU-Absolventin. Auch ihre vierjährige Tochter versucht Wolk schon bewusst mit Finanzbildung vertraut zu machen.

Three Coins will aber nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene mit Workshops und Beratungen unterstützen. Etwa mit einem Bootcamp, bei dem man fünf Wochen lang per E-Mail gecoacht wird. Eine Zielgruppe, die Wolk besonders am Herzen liegt, sind Frauen: „Wir haben für sie spezielle Workshops zu finanzieller Unabhängigkeit entwickelt.“ Viele Frauen würden denken, zu wenig Wissen zu haben, um sich mit Investment auseinandersetzen zu können. „Leider wirkt Mathe auf viele Frauen abschreckend. Dabei ist es vielmehr ermächtigend – Geld ist schließlich der größte Stressfaktor weltweit.“

STADTMENSCHEN

Feministische Botschaft am Klagenfurter Pfarrturm

„Solange manche Herren glauben Gott zu sein, bin ich Feminist:in“, ist seit Mittwoch am Stadtpfarrturm in Klagenfurt, der gerade saniert wird, zu lesen. Die Installation ist eine weitere Ausgabe des feministischen „Solange“-Projekts von Katharina Cibulka. Dafür montiert die Künstlerin mit Kabelbindern und Tüll bestickte Staubschutznetze auf Baustellen. Um die Zweisprachigkeit sichtbar zu machen, wurde der Satz in pink gestickten Versalien nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Slowenisch angebracht.

Noch bis Ende Oktober bleibt die Installation am Pfarrturm bestehen. Das Kunstprojekt findet im Rahmen der jährlich stattfindenden und zweisprachigen Kulturinterventionen „Ins Freie/Na Prosto“ statt. „Zur Gleichberechtigung aller Geschlechter ist der Weg noch ein weiter. Dies trifft auch auf die Kirche zu. Dass die Bereitschaft der einheimischen Diözese groß gewe-

sen ist, selbst an der Formulierung eines zum Stadtpfarrturm passenden Satzes mitzuwirken bzw. diesen sogar zu entwickeln, entspricht dem Grundgedanken von ‚Solange‘“, heißt es in einer Aussendung. „Es ist unser wichtigstes Anliegen, das Einende vor das Trennende zu stellen und möglichst alle in einen Dialog zu holen“, so die Künstlerin. Stadtpfarrprovisor Gerhard Simonitti hat sich erfreut darüber gezeigt, dass der Pfarrturm in der Bauphase nun einen Denkanstoß liefert:



Katharina Cibulka hat am Turm eine neues „Solange“-Projekt angebracht. [Christian Brandstätter]

„Ich hoffe, dass diese kurze Kunstintervention den notwendigen Impuls bringt, sich mit den eigenen Wertvorstellungen auseinanderzusetzen.“

Ein Parkbesuch als Kunst, mit ASMR-Hörspiel und App

Völlig anders soll man mit dem Kunstprojekt „Cicada Games“ den Wiener Kongresspark in Ottakring erleben können: Künstlerin Claire Tolan hat ein Hörspiel entwickelt, das auf ASMR (Autonomous Sensory Meridian Response) basiert und so entspannend wirken soll. Zu hören sei „ein Flüstern über Geschichte und Zeit, Isolation und Verschwörungen“, wie es heißt. Eine Augmented-Reality-App soll eine Erweiterung des Parkerlebnisses durch einen virtuellen Klangraum bieten und Besucher in die Natur locken. Ab 18. Juni kann man die App kostenlos im App-Store und bei Google Play herunterladen, bis Ende Oktober kann man so den „virtuellen Zikaden“ im Kongresspark lauschen.

Warum Chats in der Politik so gefährlich sind

Kommunikation. Darf man Chats veröffentlichen? Sind sie nicht privat? Ja, aber zugleich politisch. Genau darin liegt das Problem. Verstärkt wird es durch das Zwitterwesen dieses Mediums: Es ist schriftlich, hat aber mündlichen Charakter.

VON THOMAS KRAMAR

Auch in den Tälern der österreichischen Innenpolitik fällt dem laienhaften Beobachter beiläufig ein Zitat von Bob Dylan ein: „They chirp and they chatter, what does it matter?“, singt dieser in „Soon After Midnight“, mit betont lieblicher Stimme, die überhaupt nicht zur sinnlos brutalen Zeile passt, die folgt: „They’re lying there dying in their blood.“ Eine lässige, mitunter läppische Form der Kommunikation, die unerwartet schlagend werden kann.

„To chat“ (plaudern) klingt nicht so abfällig wie die verstärkte Form „to chatter“ (schwätzen), aber doch höchst informell. Den Chat – also eine Folge von Nachrichten via SMS oder ähnlichen Kanälen (z. B. Signal, WhatsApp) – kann man als Tratsch übersetzen. Er ist zwar kein Twitter-, aber ein Zwitterwesen. Er ist offensichtlich eine Form schriftlicher Kommunikation, hat aber etliche Züge mündlicher Unterhaltung. Ein SMS ist etwas formloser als ein E-Mail, das wiederum viel formloser als ein papierener Brief ist. Das liegt am schnellen, unmittelbaren Transport der Nachricht, die nicht verhüllt, kuvertiert wird. Sie liegt nicht ab, sie wird instantan geschickt.

Dazu kommt, dass sie über das Gerät geschickt wird, das eigentlich zur mündlichen Kommunikation erfunden worden ist: das Telefon. Man spricht sozusagen mit den tippenden Fingern. Die Nähe zum mündlichen Gespräch wird auch durch die schon standardmäßig eingesetzten Emoticons illustriert, die die Gestik und Mimik nachahmen, mit der Menschen gesprochene Rede begleiten. Sie sind ja auch direkt von der Mimik abgeleitet, man denke nur an das wunderbare Zwinker-Emoticon.

Geschriebenes ist toxisch

Freilich: Ein Chat kann viel relevanter sein als eine Plauderei, das weiß jeder, der schon per SMS oder WhatsApp Termine fixiert hat. Eine solche Botschaft kann man im Gegensatz zum gesprochenen Wort – es sei denn, dieses ist aufgenommen und dadurch fixiert worden – nicht leugnen, man kann sie nicht ungeschehen machen, sie liegt vor, steht fest. Ältere Politikredakteure erzählen gern, dass einst in Sozialpartnerkreisen der Spruch „Jedes Schriftl ist ein Giftl“ kursierte. Auch ein Chat ist potenziell toxisch.

Aus mündlichen Gesprächen kennt man die wichtigsterische Phrase: „Das bleibt aber unter uns!“ Ernst Polgar soll darauf mit dem Satz „Da ist aber kaum noch Platz!“ rea-



Keine Bedenkenzeit: Wer ein SMS schreibt oder via WhatsApp oder Signal kommuniziert, verhält sich wie bei mündlicher Kommunikation. Vielleicht sogar mit weniger Hemmungen – denn das mimische Feedback des Gegenübers fehlt.

[Getty Images]

giert haben. Mündlich offenbarte Geheimnisse bleiben zwar nicht immer unterm Tisch, aber wer sie weitererzählt, zerstört erstens seine Vertrauenswürdigkeit – nach dem Schema: Wenn er mir weitererzählt, was ihm ein anderer anvertraut hat, warum soll er nicht einem anderen weitererzählen, was ich ihm anvertraue? –, zweitens aber hat er keinen Beweis in der Hand. Er könnte genauso gut lügen. Eine mündliche und nur mündlich überlieferte Beleidigung ist immer eine halbe Sache. 1997 soll der österreichische Außenminister Wolfgang Schüssel den deutschen Bundesbankpräsidenten vor Journalisten als „richtige Sau“ bezeichnet haben. Bis heute scheut man sich, das im Indikativ zu schreiben, denn Schüssel hat die Beleidigung nie öffentlich zugegeben, obwohl etliche Zeugen sie in eidesstattlichen Erklärungen bestätigt haben.

Bei einem Chat ist das ganz anders. Die Intimität und Formlosigkeit, die diese Form ausstrahlt, täuscht. Wir sind unwillkürlich davon überzeugt: Was jemand geschrieben hat, und sei es betrunken um zwei Uhr früh, das wiegt mehr als das gesprochene Wort. Es bleibt auch nicht zuverlässig „unter uns“, im Freundeskreis oder in der Familie. Es kann gegen einen verwendet werden, diese Erfah-

rung machen derzeit ÖVP-Politiker und Menschen aus ihrem Umfeld, die in ihren Chats offenbar nicht nur die Formalitäten, sondern auch einiges an Anstand vergessen haben. Man möchte gern darauf vertrauen, dass auch in noch so geselliger parteinaher Runde einer, der von Beamten als „Tieren“ und von nicht privilegierten Menschen als „Pöbel“ spricht, mindestens ein Kopfschütteln in der Runde auslöst. Dass es auf harsche Gegenrede stößt, wenn er über einen Betriebsrat knapp „Weg damit“ sagt. Dieses Vertrauen ist zumindest erschütter.

Erinnerung an Donald Trump

Oder ist der pseudomündliche Chat vielleicht sogar anfälliger für solche Exzesse als die echte mündliche Kommunikation? Immerhin fehlt ihm dieses direkte mimische und gestische Feedback, der Signal-Emittent ist physisch und psychisch allein, isoliert an seinem Gerät, schickt seine knappen Botschaften in die Welt hinaus, zwanglos wie der einstige US-Präsident Donald Trump, der nächstens ohne Rücksicht auf Rechtschreibung und Interpunktion zu twittern gepflegt hat, was ihm durch den Kopf gegangen ist und was zugleich Politik, im ärgsten Fall Weltpolitik bedeutet hat. Der Unterschied ist offen-

sichtlich – der Tweet geht an alle, das SMS nur an einen intimen Kreis –, doch der emotionale Kontext ist ähnlich: Enthemmung, Verzicht auf Selbstkontrolle. Aus diesem Grund reagierten Diplomaten besonders verstört auf die Trumpsche Kommunikation. Sie wissen gut, dass Politik der Kontrolle und Selbstkontrolle bedarf, und damit der Formalitäten, der geordneten Bahnen. Enthemmung in der Form fördert Enthemmung im Inhalt; der Gestus des einsamen In-die-Welt-hinaus-Postens fördert Allmachtsfantasien.

Die zutage gekommenen Chats im ÖVP-Umfeld legen die Interpretation nah, dass sich solche Enthemmung auch auf eine traute Runde von Chattern übertragen kann, die sozusagen Politik auf private Weise zu betreiben wähnt, im kleinen Kreis, unter Freunden, in der „Familie“.

Das soll keinesfalls bedeuten, dass Politik nur durch die Kommunikationsform bestimmt wird, aber sie wird dadurch geprägt. Gewiss, das Öffentlichmachen von halb privaten, halb politischen Chats ist eine heikle Sache. Aber vielleicht trägt es dazu bei, Politiker davon zu überzeugen, dass sie gut daran tun, die Grenze zwischen Privatem und Politischem möglichst scharf zu ziehen. Auch in ihrer Kommunikation.

Am Wochenende feierte Martha Argerich ihren 80. Geburtstag, eine der großen Musikerinnen unserer Zeit, deren Gesetzen sie nie gehorchte.

Über diese starke Frau staunte einst schon Vladimir Horowitz

ZWISCHEN
TÖNE



VON WILHELM SINKOVITZ

Mit dem viel besprochenen Sexismus ist es etwa so wie mit dem ebenso viel besprochenen Datenschutz. Wir erleben, wie leicht sich die in derlei Fragen ach so sensible Gesellschaft in eine bedenkenlos voyeuristische Masse verwandeln lässt. Was die Musik betrifft: Noch nie wurden so viele Karrieren mit hoch geschlitzten Kleidern oder barfuß in Philharmonien gemacht. Ja, tolle Musikerinnen sind das auch...

Ob eine attraktive Künstlerin vom Format der Martha Argerich sich der

gnadenlosen PR-Maschinerie unserer hinter puritanischer Maske so tief unredlichen Zeit hätte entziehen können? Eine starke Persönlichkeit war sie immer. Sie konnte Nein sagen. Sie stürzte aber auch in die tiefste Krise ihres Lebens, als sie gerade dazu angesetzt hatte, Weltkarriere zu machen.

Niemand Geringerer als Vladimir Horowitz hatte seinem Erstaunen über das Debütalbum der 19-Jährigen Ausdruck verliehen, eine Platte, auf der die Argentinierin – wie er mit russisch-jüdischen Wurzeln – in seinem ureigenen Repertoire wilderte und nebst Chopin, Liszt und Brahms Sergej Prokofjews höllisch schwere „Toccatina“ spielte. Und zwar nicht nur mit stupender technischer Bravour (was an sich schon für Preise bei Klavierwettbewerben genügt hätte, die sie noch

einsammeln sollte), sondern auch mit einem Sinn für die Erlebniswelten, die sich dem erschließen, der nicht nur rasant alle Noten absolviert.

Gerade dieses Geheimnis war es, um das die Argerich instinktiv zu wissen schien und das ihr schlaflose Nächte bescherte. Um die Klaviertechnik musste sie sich offenkundig nie scheren. Sie spielte immer so, als seien Schwierigkeiten lediglich dazu da, weil ohne sie eine dringliche Geschichte nicht glaubwürdig erzählt werden konnte: Da musste man jetzt und hier in Sechzehnteloktaven so schnell wie möglich ganz oben im Diskant ankommen.

In der Regel gelang ihr das dann auch noch fehlerfrei. Jedenfalls aber war sie dramatisch schnell am Ziel. Und das zählte.

Hinter der Rasananz kann sich auch Klugheit verbergen.

Ihre zutiefst künstlerischen Skrupel hatte sie von Lehrerpersönlichkeiten wie Friedrich Gulda oder Arturo Benedetti-Michelangeli mit auf den Weg bekommen. Der große Stefan Askenase führte das genialisch begabte Mädchen dann behutsam aus den Selbstzweifeln einer Weltkarriere zu.

Auch aus späteren Krisen ist die Argerich dann immer wie Phönix aus der Asche zurückgekehrt. Sie machte viel Kammermusik, spielte beispielsweise nie alle Beethoven-Konzerte, sondern immer nur, was ihr gerade Freude machte. Sie liebt es bis heute, kräfteaubende Monster wie Tschai-kowskys b-Moll-Konzert aufs Programm zu setzen, ungebrochen in ihrer vulkanösen Musikalität.

E-Mails an: wilhelm.sinkovitz@diepresse.com

VON NORBERT MAYER

Kathrin Angerer kommt auf der Bühne des Theaters an der Wien nach vorn. Sie hat soeben mit Rosa Lembeck ein surreales Kunststück vorgeführt. Martin Wuttke fragt: „Was macht ihr denn hier?“ Sie antwortet: „Wir haben gedreht.“ Das bringt ihr am Samstag herzliche Lacher des Premierenpublikums bei den Wiener Festwochen ein. Denn um den richtigen Dreh geht es vor allem an diesem Abend.

Wuttke hatte seinen ersten Lohn von den Zusehern für einen Slapstick schon zuvor kassiert, als er kunstvoll und seriell mit seinen Step-Schuhen ausgerutscht war. Ein Champion unkontrolliert wirkenden, jedoch perfekt kontrollierten Stürzens. Schon nach wenigen Minuten scheint das Publikum einfach befreit zu sein. Endlich wieder Theater, durchgedrehtes gar, dessen Text zwar ebenfalls überdreht, das aber kunstvoll choreografiert und arrangiert ist!

Eine Fülle an sprachlich raffinierten Wendungen und artistischen Verrenkungen gibt es bei „Die Gewehre der Frau Kathrin Angerer“ in 110 Minuten zu bestaunen. Theatermacher René Pollesch hat mit seinem Ensemble diese „Welturaufführung“ (wie es großzügig im Programm heißt) geschrieben und inszeniert. Sie wurde zum Triumph. Das lässt für den Kooperationspartner der Festwochen nur das Beste hoffen: Im Herbst tritt Pollesch die Intendanz bei der Volksbühne in Berlin an. Ihm ist zuzutrauen, dass er dieses zuletzt in arge Turbulenzen geratene Theater wiederbelebt.

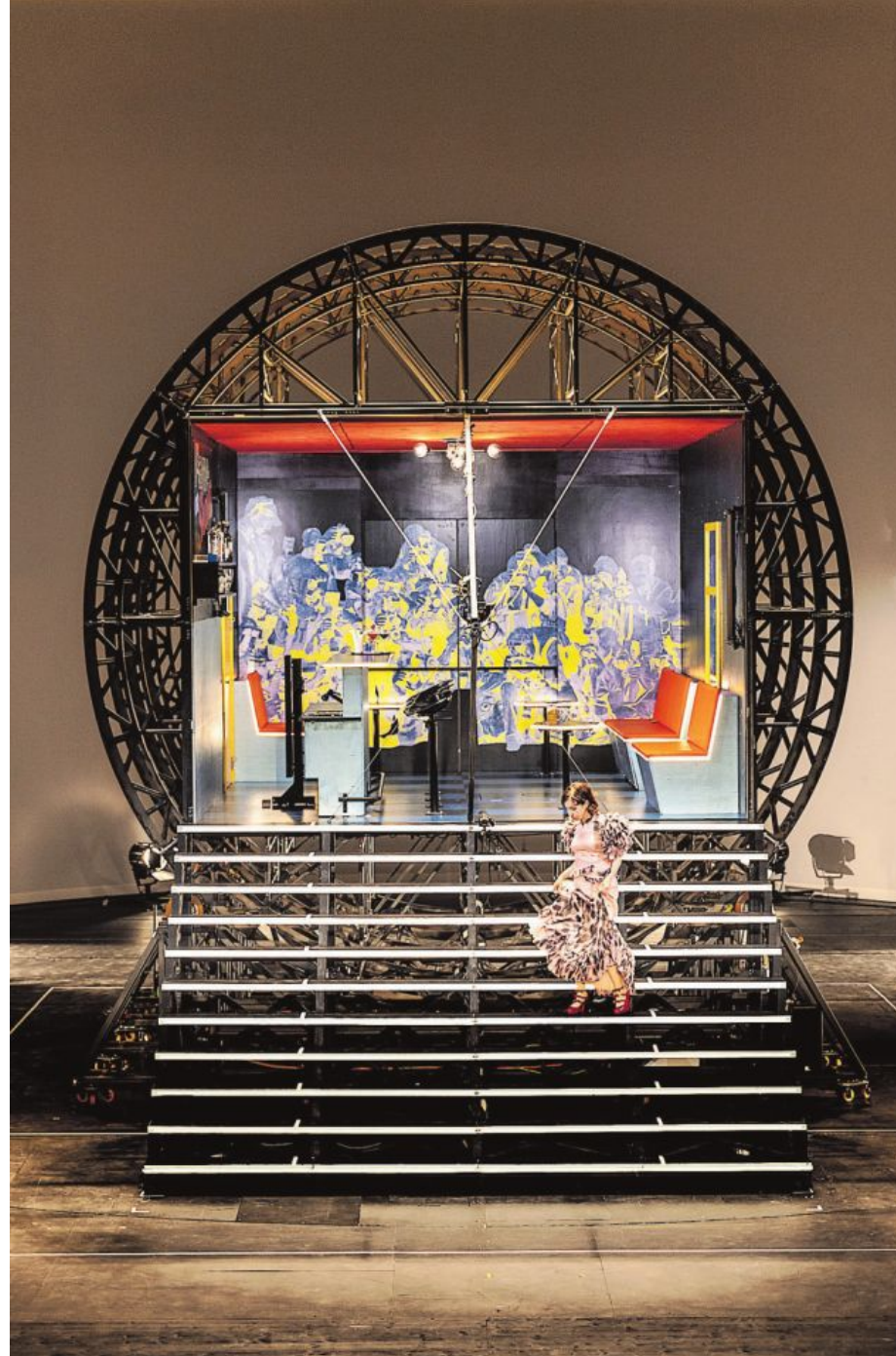
Brecht, der Bürgerkrieg und das Ringen

Der Titel des neuen Pollesch-Stücks nennt eine seiner Protagonistinnen und erinnert zugleich an Bertolt Brechts „Die Gewehre der Frau Carrar“. Sein Lebensmensch Helene Weigel spielte die Titelheldin 1937 bei der Uraufführung in Paris. Das Drama handelt vom Spanischen Bürgerkrieg, der damals noch zugange war. Pollesch fantasiert nun darüber, dass es 1938 in Hollywood verfilmt werden sollte. Von dieser Fiktion handelt sein neues Stück. Mit Brecht hat es nur peripher zu tun. Die Darsteller sind sich bis zum Schluss nicht einmal darüber einig, ob es ein Tanzfilm oder einer über Wrestling werden soll – das Brecht einst fasziniert hat. Bald auch treten Wuttke (mit langer blonder Perücke) und Thomas Schmauser in kitschigen Ringer-Kostümen auf. Für den richtigen Swing sorgt ein Tanzchor mit sieben Elevinnen, die sich richtig ins Zeug legen und am Ende so wie die Schauspieler zurecht ausgiebig mit Applaus bedacht werden.

Diese jazzig-rockig-bluesigen Einlagen, ein Repertoire von den Twenties bis zu den Sixties, von La La Land über den Charleston bis zu Tom Petty und Bob Dylan, verweisen auch auf Fred Astaire. Schon sind wir wieder beim Dreh: In Hollywood gab es in der

René Pollesch ringt um Filmkunst alter Schule

Wiener Festwochen I. „Die Gewehre der Frau Kathrin Angerer“ entzückt. Geht es um Brecht oder um Astaire? Egal. Das tolle Ensemble findet stets den richtigen Dreh.



Rauf und runter wie im Tanzfilm: Kathrin Angerer im nach ihr benannten Stück. [Wiener Festwochen/Luna Zscharrn]

Hochzeit dieses Tänzers einen „Spinning Room“, eine Art Hamsterrad, in dem er bei fixierter Kamera bis zur Decke hinauf turnte. Das macht Pollesch nach. Eine Drehbühne war für ihn nicht genug. Er ließ Bühnenbildnerin Nina von Mechow ein zylindrisches Ungetüm aus schwarzem Metall ins Zentrum stellen, in das ein zu Beginn verschlossener Raum aus Holz eingebaut ist.

Darin befindet sich eine Nostalgie-Bar, die von den SchauspielerInnen und Tänzerinnen für allerlei Akrobatik genutzt wird. Sie steigen dort in wechselnden, fantasievollen Kostümen (von Tabea Braun) immer wieder über eine Treppe mit Leuchtbandern wie in einem Hollywood-Musical mehr oder weniger graziös hinauf. Dann sieht man sie via vorgestellte Leinwand Halt suchen, hilflos an der Decke kleben oder wieder abrutschen. Großes Kino eben, fantastische Schwenks mit einer Kran-Kamera. Glück, Zweifel und Verzweiflung in Nahaufnahme.

Wer spielt den schwarzen Schwan?

Wovon handelt die facettenreiche Masse an Text? Sie ist für alle und keinen. Man spricht über die Manipulationen beim Wrestling, und im Showgeschäft, lebt Eitelkeiten und Konkurrenz aus. (Wer darf den schwarzen Schwan spielen? Fast alle Frauen machen seine wiegenden Bewegungen nach.) Man streift en passant Klassenkampf und Kapitalismus. Kenneth Angers Buch „Hollywood Babylon“ dient als Stichwortgeber, zu erahnen sind auch Reste zeitgenössischer Philosophie. Aber das dürfte gar nicht so wesentlich sein, denn Polleschs Text ist offenbar immerwährend ein „Work in Progress“. Ein mehrfach variiertes Satz sagt dann endgültig alles: „Es fängt ein Leben an, dann passiert was, und dann geht es den Bach runter.“

Zuvor aber wird hier ausgiebig das Mögliche geprobt, das vorläufige Leben mit all seinen Angelpunkten. Angerer säuselt mit kindgerechter Stimme und spielt zuweilen vor, ihr sei der Text ganz fremd. Wuttke brummt und stammelt manchmal, als ob er diese bizarren Gedanken erst allmählich beim Aussprechen verfertigen würde. Mit dem Fragmentarischen wird kokettiert. Die Souffleuse steht zumeist mit auf der Bühne und wird gelegentlich direkt angesprochen. Einmal schaut ein Protagonist sogar über ihre Schulter ins Textbuch, fasst sich wieder.

Lembeck und Schmauser machen von der Hilfe kaum Gebrauch. Völlig textsicher scheint Marie Rosa Tietjen zu sein, selbst in den absurdesten Wendungen. Hoffentlich wird das an der Volksbühne nicht gegen sie verwendet! Als entlastend kann angeführt werden, dass sie eine Art Regieassistentin spielt. Von ihnen wird auf konventionellen Bühnen wie von Souffleusen erwartet, dass sie immer wissen, wo man sich im Stück gerade befindet. Bei Regisseuren mit Verdacht auf Genialität hingegen könnte solch besonderer Eifer durchaus die Karriere behindern.

Zwischen allen Zeiten: Schinwalds frivol tändelnder Totentanz

Wiener Festwochen II. In einer alten Sargfabrik erfindet der Künstler Markus Schinwald das Genre nicht neu, sondern verlässt sich darauf.

VON ALMUTH SPIEGLER

„Auf, auf, o Mensch, mach dich bereit, ... es gilt ein Kranz, der Tod ruft allen nach sein Gefallen zu seinem Tanz.“ So beginnt ein archaisches Schauspiel, das nur alle vier Jahre zu erleben ist: der Totentanz im Kärntner Metnitz. Man vergisst ihn nicht, hat man es einmal erlebt, auf Tribünen sitzend zwischen Pfarrkirche und Karner, auf dessen Außenwänden die Kopie eines (in Sicherheit gebrachten) 50 Meter langen umlaufenden Frieses zu sehen ist, die opulenteste erhaltene Totentanz-Darstellung Europas. 25 Szenen der „Jedermann“-Geschichte durchdringen alle gesellschaftlichen Hierarchien, der Tod holt alle, vom Mädchen zum Bauern zum Edelmann, alle gleich in ihrem Ende.

Diesmal sitzen diese alle, also wir selbst im Mittelpunkt. Nicht im Inneren eines Karners, sondern im Inneren einer ehemaligen Sargfabrik in Atzgersdorf, einem verwucherten Backsteinbau eines Otto-Wagner-Schülers, zukünftiges Herz einer flotten Immobilienentwicklungsstrategie. Auf Hockern mit Flammenbezug nimmt man direkt im Fegefeuer Platz, rundum sieht man schon die schmale Bühne des „Kranzes“ laufen, den der Künstler und Choreograf Markus Schinwald uns binden wird. Im diffusen Oberlicht einer heißen Spätnachmittagssonne hängen zarte Rauchschwaden. Da beginnt schon das absehbare Spiel. Der Performer Oleg Soulimenko erscheint ganz oben auf der den

Mauern vorgeblendeten weißen Kulissenwand. Klappt den Zylinder auf, Chapeau Claque, und präsentiert den ersten langen Schritt in goldenen Schuhen, die ihn gegen den Uhrzeigersinn, gegen die Zeit, von Final zu Final tänzeln lassen werden.

Orchester sitzt hinter der Kulissenwand

Schlitze im Verbau geben den Blick nicht frei, sondern begrenzen ihn auf das Orchester, das hier ebenfalls rundum agiert, wie Performer selbst – 23 Musikerinnen und Musiker des auf Zeitgenössisches spezialisierten „Phace“-Ensembles. Schlagwerk und Bläser dominieren die Musik, die jetzt anhebt, eine ins repetitiv Hypnotische zielende Mischung aus Spätro-

mantischem, Barockem und volkstümlichem Big-Band-Sound vom sehr jungen (21) US-Komponisten Matthew Chamberlain.

Was sich in der folgenden knappen Stunde abspielt, ist eine Festwochen-Produktion par excellence: Ein Auftragswerk an einem verwunschen wirkenden Ort fern des alltäglichen Hochkulturbetriebs, konzipiert von Ausnahmekünstlern, deren ursprüngliche Idee, von den Umständen der Zeit eingeholt, „skandalisiert“ wurde, wie Schinwald es im Programmheft ausdrückt. Der Plan zu diesem „Danse Macabre“ wurde schon vor der Pandemie gehegt, doch erst durch sie trat er in eine bestürzende Kraft. Dazu braucht es nicht extremere Gesten, radikalere Momente, die

man sonst vielleicht vermisst hätte bei dem Re-Enactment einer solch tradierten Kunstform. Schinwalds Totentanz verlässt das Genre nicht, verlässt sich auf die ihm innewohnende Dramatik, mehr ist dieser Tage nicht nötig. Er kann sie ganz spielerisch, frivol tändelnd wiederholen.

Ein solcher Sennenmann ist Soulimenko, mit dem Schinwald früher schon gearbeitet hat. Auch sonst wirkt der 1973 geborene Salzburger hier ganz aus seinem aus Mode, Performance, Kunstgeschichte und Psychoanalyse gespeisten Werk heraus, von dem man vor allem die mit körperlichen Befehlen so unheimlich manipulierten historischen Porträts kennt. Auch manche der exzentrischen Figuren, die er hier den Tod holen lässt, tragen Prothesen, meist Teile von Rüstungen, wohl auf die Historie des Totentanzes referierend. Ein blau gewandetes Super-Girl macht den Anfang. Klingen die Glöckchen, wird gestorben, ertönt das Reismotiv, geht es weiter, man ahnt nicht nur, man weiß wohin. Seit Beginn schon steht der ältere Herr in weißem Hemd und glänzenden, spitzen Metallschuhen reglos an der Wand. Mit spitzer Zunge zeigt der Tod ihm mehr die Lächerlichkeit des Lebens auf, als er ihn wirklich zu verführen versucht. Bis mit einem Mal beide, aus Stoizismus der eine, aus Leichtsinns der andere gerissen, den Boden unter den Füßen verlieren. Oder besser die Füße ihren Boden.



Festwochen-Produktion par excellence: „Danse Macabre“ im F23 (Breitenfurter Straße 176). [Nurith Wagner-Strauss]

Nächste Aufführungen: 8. und 9. Juni, 20 Uhr.

MIT FEDERN, HAUT UND HAAR

VON KURT KOTRSCHAL



Wir finanzieren Naturzerstörung mittels Landwirtschaftsförderung

Im europäischen System der industriellen Landwirtschaft kassieren 20% der Betriebe 80% der Mittel, man fördert also immer noch Masse statt Klasse.

Mein jüngster Kommentar thematisierte das Verschlamphen unserer für die Artenvielfalt so wichtigen Nationalparke. Die machen aber bloß 2,7% der Staatsfläche aus. Natur und Artenvielfalt werden daher maßgeblich von den 87% der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche bestimmt. Wie dort gearbeitet wird, bestimmt stark die ökologische Gesamtbilanz. So kann extensives Bewirtschaften von Wiese, Feld und Wald die Biodiversität sogar fördern, wie manch schonend beweidete Alm zeigt.

Als wir uns vor mehr als 30 Jahren im Salzkammergut ansiedelten, gab es auf den Wiesen vor dem Haus Feldlerchen und Rebhühner, Kröten, Frösche und Igel. Heute sind diese Tiere verschwunden; das Gras wird mehrmals pro Jahr per Kreiselmäher geerntet, die gehäckselten Tiere sauber in Siloballen eingerollt. Durch rücksichtsloses Wirtschaften verloren wir in Österreich in 50 Jahren mindestens 60% der Individuen und viele Arten von Insekten, Amphibien, und Singvögel (etc.). Immer noch zeigt die Verlustkurve steil nach unten. 1961 wurden noch 43% der Staatsfläche landwirtschaftlich genutzt, 2016 sind es nur 32%. Das ist aber keine gute Nachricht für die Natur, zumal weniger als ein Drittel dieser Fläche biologisch bewirtschaftet wird – Tendenz nur wenig steigend. Viel ging durch Zubetonieren, Bauernsterben und Aufforstungen verloren, die meisten restlichen Flächen werden düng- und giftintensiv ertragsoptimiert. Gegen besseres Wissen zerstört man Böden, Grundwasser und Natur, als gäbe es kein Morgen.

Hauptursache für diese Perverterung der guten, weil nachhaltigen Landwirtschaft ist die Förderpolitik der EU, wie etwa einem Beitrag der Zeit Online (11.5.) zu entnehmen. Die „Gemeinsame EU Landwirtschaftspolitik“ (GAP) begann bereits 1957 mit der Gründung der EWG. Angesichts des Mangels nach dem Weltkrieg pumpte man viel Geld in die Landwirtschaft, was bald zu Überschuss in Form von Milchseen und Butterbergen führte. Daher ging man von der Produkt- zur Flächenförderung über, in die heute ¾ der Mittel fließen – und zwar unabhängig was und wie angebaut wird. Neben den erheblichen nationalen Förderungen werden von 2023 bis 2027 400 Milliarden – also 37% des EU-Budgets – in die GAP gepumpt, 2,2 Milliarden gehen nach Österreich. Kaum 30% davon werden in Zukunft an (freiwillige) Öko-Auflagen gebunden sein. Diese ökologisch behäufte Fortsetzung des bisherigen Kurses nennt man irreführend „Systemwechsel“ und „Green Deal“.

Im europäischen System der industriellen Landwirtschaft kassieren 20% der Betriebe 80% der Mittel, man fördert also immer noch Masse statt Klasse, Chemie statt ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. Denn fast alle der geförderten Großen optimieren ihre Erträge kurzfristig mit viel Kunstdünger und Chemie. Diese durch unser aller Steuermittel finanzierte Zukunftsvernichtung funktioniert auch weiterhin, weil die EU-Regelwerke derart kompliziert wurden, dass demokratische Transparenz nicht mehr möglich ist; und weil letztlich jene Agrarkonzerne, die wollen, dass alles so bleibt, die Politik beherrschen. So bezahlen wir auch noch für das Sägen am Ast, auf dem wir sitzen. Klug und zukunftsorientiert geht anders, zumal man weiß, was zu tun wäre. Mehr Zahlen und Fakten zum bedrohlichen Fiasko der Europäischen Landwirtschaftspolitik in meiner nächsten Kolumne.

Kurt Kotrschal, Verhaltensbiologe i. R. Uni Wien, Wolf Science Center Vet-Med-Uni Wien, Sprecher der AG Wildtiere/Forum Wissenschaft & Umwelt.
E-Mails an: debate@diepresse.com

EIN FRECHES POSTING
SCHICKT DIE ABFANGJÄGER



Lukaschenko: Europas Kim Jong-un mit Schnauzbart

Belarus. Ein Putsch oder ein Volksaufstand gegen den Diktator scheinen derzeit zweifelhaft. Aber wirtschaftlich könnte es gefährlich werden.

Nun haben wir einen Kim Jong-un mit Schnauzbart also auch in Europa. Alexander Lukaschenko, der zuletzt alle Brücken in den Westen abgefackelt hat, ist dabei, Belarus zu einem Nordkorea in Europa zu machen. Neuneinhalb Millionen Einwohner eingesperrt in ihrem Land, eingeschüchtert von einem gewaltigen Sicherheitsapparat. Wer aufmuckt, muss jahrelang in einem Gefängnis schmachten oder in einem Arbeitslager schuften. Die Wirtschaft ist am Boden, die Staatsunternehmen unproduktiv, der IT-Boom gestoppt, die Korruption ausufernd, die westlichen Sanktionen brennen. Gerade Russland pumpt noch weiter Kredite in den Kreislauf des Gewaltregimes.

Ein-Mann-Diktaturen wie der belarussischen drohen im Regelfall Gefahren aus zwei Richtungen: Entweder die politische Elite oder der Sicherheitsapparat konspiriert und verjagt den Machthaber; oder es kommt zu einer Revolte von unten, einem Volksaufstand, vor dem

der Diktator schließlich weichen muss. Historisch gesehen waren Elite-Coups dabei eher erfolgreich als Rebellionen.

Lukaschenko hat durch die gestohlene Wahl im vergangenen Sommer einen monatelangen Volksaufstand provoziert und ist sogar eine Zeit lang ins Wanken gekommen. Inzwischen hat er die Gesellschaft wieder eisern im Griff.

GLOBE-TROTTER



VON BURKHARD BISCHOF

Der Sicherheitsapparat des Regimes wurde weiter ausgebaut und mit russischer Hilfe aufgerüstet, die Gesetze wurden dermaßen verschärft, dass praktisch jeglicher öffentlicher Protest strafbar ist – gegen Demonstranten dürfen die Sicherheitskräfte neuerdings auch scharfe Munition einsetzen. Und

dass seine politischen Gegner nirgends mehr sicher sein können, hat Lukaschenko mit dem dreisten Akt staatlicher Luftpiraterie am 23. Mai, um den im Exil lebenden Blogger Roman Protassewitsch in die Fänge zu kriegen, der ganzen Welt vor Augen geführt.

Nein, einen Volksaufstand wegen politischer Unzufriedenheit muss der Diktator derzeit nicht befürchten. Und wohl auch keinen Coup der Elite. Lukaschenko hat sich mit loyalen Gefolgsleuten umgeben, hat die Stützen seines Regimes – den Geheimdienst KGB, die Polizei und Armee – finanziell gut versorgt und mit Privilegien ausgestattet. Aus politischen Überlebensgründen hält dieser Kern des Regimes stählern zusammen.

Von außen könnte allenfalls Russland eine personelle Alternative zu Lukaschenko aufbauen und in Stellung bringen. Aber Moskau ist derzeit mit dem Gang der Dinge in Minsk hoch zufrieden: Lukaschenko hat sich selbst vom

PIZZICATO

Land der Frühaufsteher

In „God's own country“ tragen die Bundesstaaten Beinamen, und im Wappen führen sie meist ein hehres Motto – gern in Latein und Griechisch. Es verweist auf die Vorbilder der Gründerväter, was ihre Nachfahren indes oft nicht verstehen oder zu deuten wissen. Sonst hätten sie 2016 nicht gewählt, wie sie gewählt haben.

„Excelsior“ – höher hinaus – lautet folgerichtig das Credo des „Empire State“ New York, und auch in Kansas greifen sie nach den Sternen („Ad astra per aspera“). „Eureka“ verhiess der „Golden State“ Kalifornien einst nicht nur Goldgräbern. Washington DC verspricht Gerechtigkeit für alle („Justitia omnibus“), Virginia wiederum droht mit Tyrannenmord („Sic semper tyrannis“). Und in New Hampshire fassen sie ihre Philosophie auf Bumper Stickern und auf Autokennzeichen prägnant zusammen: „Live free or die.“

Unter Deutschlands 16 Bundesländern führt Sachsen-Anhalt ein stiefmütterliches Dasein. Wie in Baden-Württemberg („Wir können alles – außer Hochdeutsch“) sannen die PR-Profis auf einen piffigen Spruch. „Wir stehen früher auf“, ihr Slogan, brachte ihnen indes nur Häme ein. Später nannte sich die Heimat Luthers das „Land der Reformation“. Für die Landtagswahl hoffte das „Land der Frühaufsteher“ auf die Kraft der Aufklärung – und dass es am Morgen danach nicht mit einem Albtraum aufwachen möge. (vier)

Reaktionen an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Unendlich größere Mühe in Kauf genommen

„Das Angepöbelt-Werden haben wir satt“, LB von Ilse Maria Grubmaier, 2. 6.

Sehr geehrte Frau Doktor! Sie beklagen eine Verletzung Ihrer Menschenwürde, weil Sie beim Öffnen ohne Maske angestarrt werden. Vielleicht muntert es Sie etwas auf, an die unzähligen jungen Erwachsenen und Familien – die Leistungsträger und die Zukunft unserer Gesellschaft – zu denken, welche unendlich größere persönliche Mühen sowie schwere wirtschaftliche Nachteile in Kauf genommen haben, um Risikogruppen wie Sie und Ihre Frau Mutter vor dem Virus zu schützen. Die meisten von ihnen haben übli-

gens – anders als Sie – bis heute keine Impfung erhalten.

Mag. Christian Goldschwend, MBA,
1080 Wien

Sanktionen waren nicht abschreckend genug

Eine Corona-Zwischenbilanz

Die Corona-Pandemie hat zwar eine Talsohle erreicht, ist aber nicht zu Ende – eine Zwischenbewertung zu sieben Sünden:
► Wir waren trotz historischer Beispiele und eindeutiger Warnungen nicht vorbereitet.
► Trotz schwerster Krise dominiert die Partei- vor der Staatspolitik.
► Das Staatliche Krisen- und Katastrophenmanagement (SKKM) wurde ignoriert und konnte als Koordinationswerkzeug nicht wirksam werden.

► Wir haben zu wenige Bürger, die kreativ anpacken, und (zu) viele, die erklären, wie es nicht geht.
► Vorausdenken und Vorausplanen (z. B. bei Impfungen) fehlte.
► Das Problem ist der Einzelne, weil er durch falsches Verhalten

das Virus verbreitete und dadurch Lockdowns erzwang. Die dadurch verursachten Schäden hat er selbst zu verantworten. Die Regierung hat es aber nicht verstanden, eine umfassende Information des Einzelnen sicherzustellen. Auch die Führungskräfte aller Bereiche und Ebenen haben sich in dieser Hinsicht nicht hervorgetan.
► Die Kontrolle von Maßnahmen (Verhaltensregeln, Wirtschaftshilfen usw.) war schwer unterentwickelt und Sanktionsmaßnahmen waren nicht abschreckend genug.
Harald Müller, Bisamberg

Keine Gründe, Asyl generell abzulehnen

„Der ‚pure antisemitische Hass‘...“, „Quergeschrieben“ von Christian Ortner, 28. 5.
Dass es bei den vielen aufgenommenen jungen Männern zu Gewalt und Sexualverbrechen kommen würde, konnte nur die Allernähesten überraschen. Das waren und sind aber keine Gründe, Asyl generell abzulehnen. Die Frage

Westen abgenabelt und dem Krenl auf Gedeih und Verderb ausgeliefert – aus und vorbei sein Jonglieren zwischen Ost und West, um so Unterstützung zu lukrieren.

Und dennoch bewegt sich Lukaschenko auf einem schmalen Grat. Lange Zeit hat der Diktator mit einer Art Sozialvertrag die Gesellschaft ruhig halten können. Er beließ das Netzwerk der staatlichen Sozialversorgung aus Sowjetzeiten intakt, es gab kaum Arbeitslosigkeit, Gehälter und Pensionen wurden pünktlich ausbezahlt – nicht viel zwar, aber genug, um einigermaßen über die Runden zu kommen; und für Bildung und Gesundheit sorgte das Regime auch.

Aber dieser Sozialvertrag lässt sich nicht länger aufrechterhalten. Die wirtschaftliche Lage des Landes ist prekär: Das Bruttoinlandsprodukt ging 2020 um 0,9 Prozent zurück, die Inflationsrate stieg auf 7,4 Prozent, der weißrussische Rubel verlor an Wert, der staatlich kontrollierte Industriesektor ist hoch verschuldet und hat Liquiditätsprobleme, die Auslandsverschuldung stieg auf 18,6 Milliarden Dollar (mehr als 30 Prozent des BIP), die Auslandsinvestitionen flossen aufgrund der politischen Unruhen nur noch spärlich.

Mehr Geld für die Polizei

Die Staatseinnahmen gingen also zwangsläufig zurück, aber das Regime muss aufgrund der Rebellion gegen seine Wahlfälschung den Repressionsapparat weiter ausbauen: 2020 gab es 350 Millionen Dollar für die Sicherheitsorgane aus (um 26 Prozent mehr als 2017), heuer sollen es 390 Millionen werden.

Ein Polizeistaat, um die Bevölkerung zu überwachen und zu unterdrücken, kostet eben immer mehr. Doch diese Mittel fehlen dann, um staatlicherseits die Einhaltung des Sozialvertrags zu garantieren. Denn das Regime muss die Sozialausgaben zusammenstreichen, muss etwa die Gehälter im öffentlichen Sektor und die Pensionen einfrieren oder gar kürzen. Ob die breite Masse der Bevölkerung es dauerhaft hinnehmen wird, dass sie den Gürtel immer enger schnallen und dann die teure Zeche für ihre Unterdrückung zahlen muss?

Nicht politische Unzufriedenheit, sondern wirtschaftliche Verbitterung ist es wohl, die Luka-

DER AUTOR

Burkhard Bischof war viele Jahre Außenpolitikexperte der „Presse“ und langjähriger Leiter des Debattenressorts.

debate@diepresse.com

schenko noch gefährlich werden könnte. Die bereits verhängten und die noch kommenden westlichen Sanktionen sollen die bisherigen Einkommensquellen des Regimes weiter austrocknen, werden die ökonomische Lage also noch verschlimmern.

Moskaus Ziele in Belarus

Zwangsläufig wird Lukaschenko Moskau und Peking um noch mehr Kredite anbetteln, denn er muss seine Geheimagenten und Polizisten bezahlen, damit sie nicht auf Umsturzgedanken kommen oder gemeinsam mit Moskau eine Alternative zu ihm suchen.

Für Moskau war es bisher wichtig, dass Belarus im russischen Kulturkreis bleibt, westliche Einflüsse zurückgewiesen werden, die wirtschaftliche und politische Integration voranschreitet und die militärische Kooperation eng ist. Lukaschenko hat den Krenl hin und wieder verärgert, wenn er Moskauer Avancen zurückgewiesen und Alleingänge unternommen hat. Im Großen und Ganzen aber hat er Moskaus rote Linien nie überschritten.

Mit seiner Luftpiraterieaktion hat sich Lukaschenko seines bisherigen außenpolitischen Spielraums beraubt. Für weitere Finanzhilfen wird Moskau Gegenleistungen verlangen, insbesondere im militärischen Bereich.

Moskau will nicht nur gelegentlich Luftwaffenstützpunkte in Belarus nutzen können, es will dort auch dauerhaft eigene Militärjets stationieren. Genauso hätte es gern Raketenstützpunkte in dem Nachbarland, das an Nato-Staaten grenzt. Beides würde bedeuten, dass Russland dort auch Truppen stationiert, damit wäre Belarus endgültig wieder direkt im Moskauer Einflussbereich. Fallschirmjäger-Einheiten beider Länder trainieren schon lang intensiv miteinander, gemeinsame Großmanöver wie Zapad 2021 werden abgehalten. Die Streitkräfte beider Länder befinden sich bereits in einem Verschmelzungsprozess.

Vom Regen in die Traufe?

Wie die Bevölkerung von Belarus auf die allmähliche Einverleibung durch Russland reagieren wird, ist unklar. Wenn es eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bedeuten würde, hätte eine Mehrheit vermutlich keine großen Einwände. Freilich, wirtschaftlich ist Russland auch nicht gerade ein Kraftprotz, der mir nichts, dir nichts den Sozialstaat in Belarus subventionieren kann. Und was die politische Führung angeht, kämen die Belarussen mit Wladimir Putin statt Lukaschenko überhaupt vom Regen in die Traufe.

von Ortner an anderer Stelle – „Kann man allen Ernstes den Tod auch nur eines einzigen Menschen billiger in Kauf nehmen als Preis einer Einwanderungswelle?“ – muss daher mit einem klaren Ja beantwortet werden. Alles andere wäre menschenverachtender Nationalismus à la „Bevor jemand von den Unsrigen zu Schaden kommt, sollen doch Tausende Fremde im Bombenhagel zugrunde gehen“.

Ebenso war von Anfang an klar, dass viele der Geflüchteten antisemitisch erzogen wurden. Doch was sagten hohe Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaften schon 2015ff dazu? Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster: „Es geht nicht darum, eine Abneigung gegen Menschen zu schüren, die aus Gebieten kommen, wo es Israel-feindliche Bilder gibt. Wenn man 20 Jahre lang mit einem jüdenfeindlichen Bild aufgewachsen ist, dann wird man dieses Bild nicht einfach an der deutschen Grenze aufgeben. Des-

halb ist es ganz wichtig, dass wir jedem Flüchtling nahebringen, dass zu unserem Wertekanon die Ablehnung jeglicher Form von Antisemitismus sowie das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels dazugehören.“ Aus Österreich gab es ähnliche Positionierungen – „Alle Juden in Europa sind Kinder von Flüchtlingen, deshalb ist es für uns schwer zu sagen, dass es eine Obergrenze für Migration geben muss“ (Ariel Muzicant).

Offensichtlich wurde der Satz aus dem jüdischen Talmud, „Wer ein Menschenleben rettet, rettet die ganze Welt“, selbst dann ernst genommen, als es um die Aufnahme von potenziellen Antisemiten ging. Meine Hochachtung! **Walfried Zeilinger**, 1160 Wien

... und dann ist man aufgewacht

„... Veröffentlichung neuer Chats: SPÖ und FPÖ fordern Schmid Rücktritt“, *diepresse.com*, 1. 6. Hätte er *hoi polloi* geschrieben, oder zumindest die *plebs*, wäre es

QUERGESCHRIEBEN



VON GUDULA WALTERSKIRCHEN

Covid-Impfungen für Kinder sind keineswegs sicher, sondern riskant

In der Zulassungsstudie litten 80 Prozent der Kinder an Nebenwirkungen. Die Wirksamkeit wurde grob verzerrt dargestellt, die Zahl der Probanden war zu gering.

In den USA und Kanada werden als einzige Länder weltweit die Covid-19-Impfstoffe bereits an Kinder ab zwölf Jahren verabreicht. Vor wenigen Tagen schreckte eine Meldung in der „Vers“-Datenbank der FDA auf, wonach ein gesunder 15-Jähriger aus Colorado einen Tag nach seiner Pfizer-Impfung an einem Herzversagen verstarb. Die Gesundheitsbehörde CDC untersucht den Fall derzeit.

Abgesehen von diesem dramatischen Fall wird die Liste der gemeldeten Nebenwirkungen immer länger. In Israel sollen Jugendliche und Kinder ebenfalls bald geimpft werden. Der Widerstand wird jedoch immer größer. Es ließen etwa Berichte aufhorchen, wonach es bei jungen Erwachsenen zu einer auffallenden Häufung von Herzmuskelentzündungen gekommen ist.

Die europäische Zulassungsbehörde EMA erteilte dennoch eine vorläufige Zulassung des Impfstoffes von Biontech-Pfizer für Jugendliche und Kinder ab zwölf Jahren. Nur wenige Stunden später gab das Nationale Impfgremium in Österreich eine Empfehlung zur Impfung ab. Seit vorigen Mittwoch können sich in Niederösterreich Kinder ab zwölf Jahren bereits zur Impfung anmelden, die ersten werden diese in Kürze auch erhalten. Das Tempo dieser Impfkampagne ist erstaunlich. Denn eigentlich haben wir zu wenig Impfstoff, und Kinder zählen nicht zur Risikogruppe. Warum also will man sie jetzt plötzlich „durchimpfen“? Und worauf bauen die Empfehlungen der EMA auf?

Vorausgegangen war der Notfall-Zulassung in den USA und der vorläufigen in Europa eine Studie von Biontech-Pfizer an insgesamt 2260 Jugendlichen dieser Altersgruppe. Eine sehr kleine Studiengruppe. Die Hälfte erhielt den Impfstoff, die andere ein Placebo. Die Dauer der Studie betrug wenige Wochen. Laut Pressemitteilung der Pharmafirma sei das Ergebnis ausgezeichnet gewesen: Es bestehe eine 100-prozentige Wirksamkeit, und die Impfung sei „gut vertragen“ worden. Diese Pressemitteilung wurde von den meisten Medien übernommen.

Sieht man sich die Studie jedoch genauer an, ergibt sich folgendes Bild: Die Geimpften zeigten, wie erwartet, eine gute Antikörper-Antwort. In dieser Gruppe erkrankte keiner an Covid-19. In der Placebo-Gruppe infizierten sich jedoch nur 16 Kinder. Somit kann eigentlich nicht von einer Wirksamkeit von 100 Prozent gesprochen werden. Die Hersteller geben aber gern die relative Wirksamkeit an, während jedoch nur die absolute Wirksamkeit, nämlich eine auf die Gesamtzahl der Probanden bezogene, Aussagekraft hat. Auf dieses Problem wurde bereits im April in einem Artikel im „Lancet“ hingewiesen.

Von den 1100 Geimpften entwickelten etwa 80 Prozent Nebenwirkungen. In der Studie werden davon 393 Fälle als „mittelschwer“ und sieben, also 0,8 Prozent, als „schwerwiegend“ angegeben. Die Nebenwirkungen waren nach der zweiten Dosis stärker als nach der ersten. In der Gruppe der Nichtgeimpften hingegen litt kein einziger Proband an irgendwelchen Beschwerden, denn die 16 Infektionen verliefen symptomlos.

Bisher hatten in Österreich nur wenige Kinder und Jugendliche einen schweren Verlauf, wenn sie an Covid-19 erkrankten, fast die Hälfte davon waren Säuglinge, die nicht geimpft werden können. Kein Kind verstarb. Somit stellt sich die Frage, welchen Sinn eine „Impfung“ gesunder Kinder mit einer wenig erprobten Substanz hat, deren Risiken nicht bekannt sind? Wieso soll auf Kosten der Kinder eine ohnehin auf diesem Weg nicht erreichbare Herdenimmunität angepeilt werden? Wozu also diese Hast?

Wer verantwortet es, wenn auch in Österreich – wovon man mit Sicherheit ausgehen kann – gesunde Minderjährige durch ein nicht ausreichend geprüftes Serum einen Schaden erleiden? Wer haftet dafür? Der Impfarzt? Der Gesundheitsminister? Die Eltern? Eines steht fest: Die Pharmafirmen haften jedenfalls nicht.

Zur Autorin:
Dr. Gudula Walterskirchen ist Journalistin und seit 2017 Herausgeberin der „Niederösterreichischen Nachrichten“ und der „Burgenländischen Volkszeitung“.

Morgen in „Quergeschrieben“:
Andrea Schurian

E-Mails an: debate@diepresse.com

zwar ebenso anmaßend, aber weniger leicht als verwerflich erkannt worden. Aber dazu hätte es einer gewissen Bildung bedurft, sowohl beim Verfasser als auch den Empfängern. Also halt der Pöbel. Der verächtliche Ausdruck *Pöbel* stammt etymologisch von *populus*, dem Volk, bezeichnet also die Bevölkerung des Landes, in dem Thomas Schmid Öbag-Chef mit hoher Bezahlung durch den Staat ist. Es erinnert an die Marie Antoinette zugeschriebene Bemerkung, dass das Volk mangels Brot halt Kuchen essen solle – ähnlich weltfremd und von oben herab, und entsetzt denkt man an ihr Ende durch die Guillotine in der damaligen barbarischen Welt.

Glücklicherweise leben wir in einer Demokratie im 21. Jahrhundert, und Herrn Schmid bleibt solch ein furchtbares Schicksal erspart. Dass er allerdings seinen Posten im Staat, dessen Bürger er als Pöbel sieht, behalten kann, verunmöglicht der vom Volk gewählte Bundespräsident, denn dieser ist ein ehrenwerter Mann,

der – wie bei Ibiza – feinfühlig erkennt und entschlossenfreudig bewertet, was für die Menschen in Österreich und des Landes Reputation tragbar ist und was unerträglich...

Und dann ist man aufgewacht.
Prof. Dr. Thomas Dermdarsky, 1140 Wien

Wie interpretieren die Neos „vertraulich“?

„*Pilnacek-Chats: ÖVP wirft Neos ‚hinterhältige Politik‘ vor*“, *diepresse.com*, 4. 6.

Heiligt der Zweck alle Mittel? Groß ist die Empörung bei den Neos, wenn sie beim politischen Widersacher auch nur die kleinste Spur einer Verfehlung vermuten. Die Weitergabe der Pilnacek-Brandstetter-Chats, deren Inhalt in manchen Punkten befremdlich sein mag, an die Medien ist ein Skandal und dürfte nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wie interpretieren die Neos das Wort „vertraulich“? Die Weitergabe vertraulicher Akten ist kein Kavaliärsdelikt und verträgt sich nicht mit dem Image dieser

Partei, die sich gern und lautstark als Gralshüter der Moral geriert.
Mag. Gerald Gruber, 3353 Seitenstetten

Wunderbare Sprache

„*Was muss ein guter Mensch?*“, von *Vladimir Vertlib*, „*Spectrum*“, 29. 5. Der Artikel von Vladimir Vertlib ist großartig. Vertlib bringt die Komplexität unseres Daseins nachvollziehbar und in wunderbarer Sprache auf den Punkt. Danke!
Mag. Gertraud Schmid, 3180 Lilienfeld

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debate@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: [diepresse.com/meinung](https://www.diepresse.com/meinung)
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

Unmut in Venedig

Italien. In Venedig ist der Tourismus zurück: Von Protest begleitet hat am Wochenende nach eineinhalb Jahren wieder ein großes Kreuzfahrtschiff abgelegt. „Große Schiffe raus aus der Lagune“, skandierten Menschen. Die Gästerückkehr führte auch an Bord der Vaporetti für Spannungen, weil die Wasserbusse nur halb belegt werden dürfen – und Venezianer Probleme hatten, in die Arbeit zu kommen. [AFP]



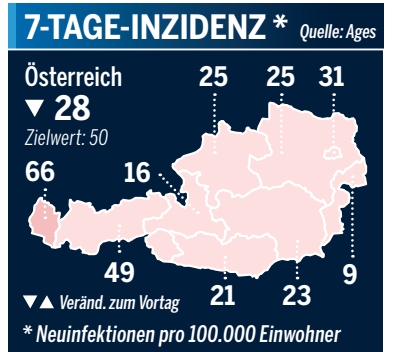
NACHRICHTEN

Letzter Befreier von Auschwitz gestorben

München. Der letzte noch lebende Befreier des Konzentrationslagers Auschwitz ist im Alter von 98 Jahren in München gestorben. David Dushman stammte aus der ehemaligen Sowjetunion und kämpfte in der Schlacht von Stalingrad. Am 27. Jänner 1945 walzte er im Alter von 21 Jahren mit einem Panzer den Zaun des Konzentrationslagers Auschwitz nieder. Später trainierte er die russische Frauennationalmannschaft im Fechten.

Großeinsatz wegen Autotuning-Treffen

Vorarlberg. Ein Treffen der Autotuning-Szene mit bis zu 100 Fahrzeugen auf einem Parkplatz hat Samstagabend in Götzis (Bezirk Feldkirch) einen Großeinsatz der Polizei ausgelöst.



Formel 1: Pérez gewinnt Chaos-GP von Baku

Motorsport. Sergio Pérez hat am Sonntag beim Formel1-Grand-Prix in Aserbaidschan einen dramatischen ersten Sieg für Red Bull eingefahren. Der Mexikaner profitierte von einem späten Reifenschaden seines zuvor noch souverän führenden Stallrivalen Max Verstappen. **S. 17**

Massengrab: Papst gedenkt toter Kinder

Rom. Nach dem Fund eines Massengrabs mit Kinderleichen an einem von der römisch-katholischen Kirche betriebenen früheren Internat für Indigene in Kanada hat Papst Franziskus der Opfer gedacht. „Ich habe mit Schrecken die Nachrichten aus Kanada empfangen“, sagte das Kirchenoberhaupt am Sonntag nach dem traditionellen Angelus-Gebet vor vielen Gläubigen auf dem Petersplatz in Rom. In dem Massengrab in der Nähe der Stadt Kamloops (British Columbia) waren Überreste von 215 Kinderleichen entdeckt worden. Das Grab lag auf dem Gelände der Kamloops Residential School, einer Art Umerziehungslager für Kinder kanadischer Ureinwohner, das zwischen 1890 und 1978 in Betrieb gewesen war, bis 1969 unter Leitung der katholischen Kirche. UNO-Menschenrechtsexperten forderten von Kanada und dem Vatikan umfassende Aufklärung.

ÖVP: Schützenhöfer verlangt Mäßigung

Justiz. Der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer rief die ÖVP-Spitze um Kanzler Sebastian Kurz in der ORF-„Pressestunde“ am Sonntag zur Mäßigung auf und kritisierte die Angriffe gegen die Justiz. Die Chats zwischen Spitzenfunktionären der ÖVP und ÖVP-nahen Spitzenjuristen nannte er „grauslich“ – das gelte aber auch für die Veröffentlichung. Seiner Partei riet er außerdem, bei der Bundespräsidentenwahl 2022 keinen Kandidaten aufzustellen, sollte Alexander Van der Bellen noch einmal antreten. [APA] **S. 4**



Wien: Kritik nach 13 Stunden Platzverbot

Karlsplatz. Eine Nacht lang war das Platzverbot in Teilen des Wiener Resselparks in Kraft, Sonntagfrüh wurde es von der Wiener Polizei wieder aufgehoben. Auslöser waren heftige Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizisten in der Nacht auf Samstag gewesen. Im Resselpark, aber auch anderswo, werde die Gefahrenlage nun laufend bewertet und situationsbedingt könnten Platzverbote erlassen werden, so die Polizei. Am Sonntagnachmittag waren aber keine weitere Verbote geplant, hieß es.

Mit Kritik meldete sich unter anderen der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig am Sonntag zu Wort: „Das Platzverbot war weder mit mir noch mit Stadt Wien abgestimmt“, so der Stadtchef auf Facebook. Solche Einschränkungen seien „nicht tragbar“, hieß es auch vom Jugendsprecher der Wiener Grünen, Ömer Öztas. **S. 5**

Centre Pompidou plant Filiale in New Jersey

Museum. Das renommierte Pariser Centre Pompidou will seine erste Außenstelle in den USA nicht in New York eröffnen, sondern quasi nebenan: Auf der anderen Seite des Hudson River, in Jersey City, New Jersey, im Jahr 2024 in einem dafür zu adaptierenden Industriegebäude. Bisher hat das Centre Pompidou Filialen in Metz, Malaga, Brüssel und Shanghai.

Roger Federer steigt aus French Open aus

Tennis. Einen Tag nach dem kräftezehrenden Drittrundensieg gegen den Deutschen Dominik Köpfer hat sich Roger Federer von den French Open zurückgezogen. Der Schweizer, er wird im August 40, wolle vor Wimbledon nichts riskieren. Der Rasen-Klassiker ist das erklärte Saisonhighlight des 20-fachen Major-Champions.

Euromillionen: Ziehung vom 04.06.2021

7 20 36 40 46 2 4		EUROMILLIONEN
1 x 5+2	à €	130.000.000,00
3 x 5+1	à €	422.567,40
15 x 5+0	à €	19.752,10
69 x 4+2	à €	1.337,40
1.181 x 4+1	à €	143,90
2.623 x 3+2	à €	68,50
2.458 x 4+0	à €	51,30
41.510 x 2+2	à €	15,20
54.563 x 3+1	à €	12,90
118.452 x 3+0	à €	11,00
232.145 x 1+2	à €	6,80
843.437 x 2+1	à €	5,90
1.836.279 x 2+0	à €	4,30

Bingo: Ziehung vom 05.06.2021

Bingo	1 mal €	7.785,10
Ring	2 mal €	614,60
Box	2 mal €	409,70
Ring 2. Ch.	7 mal €	175,60
Box 2. Ch.	1.606 mal €	3,40
Card	1.973 mal €	2,00

Zahlenlotto: Ziehung vom 05.06.2021

11 67 26 45 40 (Alle Angaben ohne Gewähr)

TOP-AKTIEN	ATX	DAX	TecDax	MDax	EuroStoxx	FTSE-100	Dow Jones	Nasdaq 100
in der vergangenen Woche	AT&S Austria +17,36 %	BMW AG St. +8,24 %	LPKF Laser & +6,38 %	Porsche Auto +9,17 %	BMW AG St. +8,24 %	Johnson Matt +5,92 %	Goldman Sach +5,22 %	Docusign +15,68 %

SUDOKU mittel

Füllen Sie das Diagramm so aus, dass in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der 3x3 Quadrate jede Ziffer von 1 bis 9 genau ein Mal vorkommt. Lösungen im Programmteil.

6	8							
		1	8	4				
	9		3		5			
	6	4		7		8		
			1		8		4	
	3			9		1	7	
					7		9	1
			9		2	7		
4								3

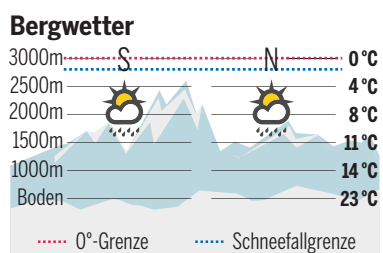
Nachrichten. Meinung. Magazin.
DiePresse.com

WETTER

Montag, 7. Juni 2021. Im Nordosten geht es oft sonnig in den Tag, sonst überwiegen die Wolken. Im Westen und Süden regnet es von Beginn an häufig, örtlich sind teils kräftige Gewitter dabei. In der Osthälfte ist die Schauerneigung eher gering, im Flachland dominiert bei nur harmlosen Quellwolken der Sonnenschein. Der Wind weht schwach bis mäßig aus nordöstlichen Richtungen und mit 18 bis 28 Grad bleibt es frühlingshaft warm.

Biowetter. Das teils sonnige Wetter wirkt sich positiv auf die innere Verfassung aus, man fühlt sich zunehmend ausgeglichener und gut gelaunt. Der schwache Tiefdruckeinfluss hat bei wetterfühligeren Personen jedoch Kopfschmerzen oder Migräne zur Folge. Bewegung schafft Abhilfe.

Sonne & Mond
 Sonnenaufgang: 4:55 Uhr
 Sonnenuntergang: 20:52 Uhr
 Mondaufgang: 3:29 Uhr
 Monduntergang: 17:57 Uhr
 Zeiten für Wien, Linz +9', Innsbruck +20'



Stadt	Temperatur
Amsterdam	9 / 22
Athen	18 / 33
Barcelona	17 / 24
Berlin	15 / 27
Brüssel	9 / 24
Budapest	14 / 28
Bukarest	14 / 27
Dublin	10 / 20
Frankfurt	15 / 24
Helsinki	14 / 24
Istanbul	17 / 23
Kopenhagen	13 / 24
Lissabon	15 / 27
London	12 / 24
Madrid	15 / 33
Moskau	13 / 23
München	13 / 22
Oslo	14 / 24
Paris	14 / 25
Prag	14 / 27
Rom	16 / 26
Venedig	17 / 26
Sofia	13 / 22
Zürich	14 / 19
Stockholm	14 / 27
Warschau	13 / 27

Stadt	Temperatur
Buenos Aires	9 / 15
Johannesburg	5 / 13
New York	21 / 29
Peking	19 / 29
Sydney	7 / 19
Tokio	19 / 29

DiePresse.com/wetter

